



123. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 26. März 2021

Mitteilungen des Präsidenten	3	2 Digitalisierung im Hochschulraum weiter vorantreiben – Machbarkeitsstudie für eine landesweite „Studi-App“ in Auftrag geben	19
1 Masken-Deal wirft weitere Fragen auf		Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/13083	19
Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD Drucksache 17/13155		Dr. Stefan Nacke (CDU)	19
<u>In Verbindung mit:</u>		Daniela Beihl (FDP)	20
Fragwürdige Masken-Vergabepaxis der Landesregierung – FFP2-Schutzmasken aus China zu Wucherpreisen und Kleidungsstücke statt medizinische Gesichtsmasken für die NRW-Polizei		Dietmar Bell (SPD).....	21
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/13156	3	Matthi Bolte-Richter (GRÜNE).....	22
Sven Wolf (SPD).....	3	Helmut Seifen (AfD)	23
Sven Werner Tritschler (AfD)	4	Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen	24
Formlose Rüge des Abgeordneten Sven Werner Tritschler (AfD).....	6	Daniela Beihl (FDP)	25
Peter Preuß (CDU)	6	Dietmar Bell (SPD).....	25
Verena Schäffer (GRÜNE)	7	Ergebnis.....	25
Susanne Schneider (FDP)	8	3 Kindern, Jugendlichen und Familien aus der Pandemie helfen	
Marcus Pretzell (fraktionslos)	11	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13066	
Minister Herbert Reul.....	12	<u>In Verbindung mit:</u>	
Christian Dahm (SPD)	13	Gute Bildung braucht außerschulische Lernorte. NRW muss endlich alle Potentiale nutzen!	
Josef Hovenjürgen (CDU)	15	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13067	
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	16	Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/13184	26
Marc Lürbke (FDP)	17		
Christian Loose (AfD)	18		

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD)	26
Jens Kamieth (CDU).....	27
Marcel Hafke (FDP).....	29
Josefine Paul (GRÜNE).....	31
Iris Dworeck-Danielowski (AfD).....	33
Minister Dr. Joachim Stamp	34
Heike Troles (CDU)	35
Dr. Dennis Maelzer (SPD).....	36
Helmut Seifen (AfD).....	38
Minister Dr. Joachim Stamp	39
Ergebnis	40

4 Abschlussbericht der Enquetekommission „Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission II)

Abschlussbericht
der Enquetekommission II
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/12900

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3792..... 40

Stefan Engstfeld (GRÜNE).....	40
Raphael Tigges (CDU)	43
Susana dos Santos Herrmann (SPD)	44
Ulrich Reuter (FDP)	46
Stefan Engstfeld (GRÜNE).....	47
Sven Werner Tritschler (AfD)	47
Stefan Engstfeld (GRÜNE).....	48

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Armin Laschet
Minister Peter Biesenbach
Ministerin Ursula Heinen-Esser
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister Hendrik Wüst

Jörg Blöming (CDU)
Frank Boss (CDU)
Dr. Annette Bunse (CDU)
Guido Déus (CDU)
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)
Katharina Gebauer (CDU)
Matthias Goeken (CDU)
(bis 11 Uhr)
Gregor Golland (CDU)

Daniel Hagemeier (CDU)
Wilhelm Korth (CDU)
Oliver Krauß (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Jens-Peter Nettekoven (CDU)
Dr. Patricia Peill (CDU)
Charlotte Quik (CDU)
Jochen Ritter (CDU)
Hendrik Schmitz (CDU)
Marco Schmitz (CDU)
Daniel Sieveke (CDU)
Martin Sträßer (CDU)
Andrea Stullich (CDU)
Margret Voßeler-Deppe (CDU)
Klaus Voussem (CDU)
Simone Wendland (CDU)
Heike Wermer (CDU)

Inge Blask (SPD)
Frank Börner (SPD)
Dr. Nadja Büteführ (SPD)
Anja Butschkau (SPD)
Georg Fortmeier (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Heike Gebhard (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Hans-Willi Körfges (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)
Eva Lux (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Marlies Stotz (SPD)
Frank Sundermann (SPD)
Annette Watermann-Krass (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)
Alexander Brockmeier (FDP)
Jörn Freynick (FDP)
Martina Hannen (FDP)
Stephan Haupt (FDP)
Stephen Paul (FDP)
Andreas Terhaag (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Horst Becker (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Monika Düker (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)
Johannes Remmel (GRÜNE)
Norwich Rüße (GRÜNE)

Thomas Röckemann (AfD)
Dr. Martin Vincentz (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)
Frank Neppe (fraktionslos)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen, 123. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Geburtstag feiert heute Marc Blondin von der Fraktion der CDU. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen und Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

Ich rufe auf:

1 Masken-Deal wirft weitere Fragen auf

Aktuelle Stunde
auf Antrag der SPD
Drucksache 17/13155

In Verbindung mit:

Fragwürdige Masken-Vergabepaxis der Landesregierung – FFP2-Schutzmasken aus China zu Wucherpreisen und Kleidungsstücke statt medizinische Gesichtsmasken für die NRW-Polizei

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13156

Die Fraktion der SPD sowie die Fraktion der AfD haben jeweils mit Schreiben vom 22. März 2021 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Wolf das Wort.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP] – Christian Dahm [SPD]: War schon gut, oder? Bleib sitzen! Jetzt wird es warm!)

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 19. Januar hat die Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident*innen einen Beschluss gefasst. Den möchte ich hier gerne zitieren:

„Gerade vor dem Hintergrund möglicher besonders ansteckender Mutationen weisen Bund und Länder darauf hin, dass medizinische Masken ... eine höhere Schutzwirkung haben als Alltagsmasken, die keiner Normierung in Hinblick auf ihre Wirkung unterliegen. Deshalb wird die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Geschäften verbindlich auf eine Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken konkretisiert. Generell wird in Situationen, in denen ein engerer oder längerer Kontakt zu anderen Personen, insbesondere in geschlossenen Räumen, unvermeidbar ist, die Nutzung medizinischer Masken angeraten.“

Diesem Beschluss hat unser Ministerpräsident Armin Laschet zugestimmt – nur noch medizinische Masken, weil sie eine höhere Schutzwirkung haben. Danach sollte eigentlich die Sache vollständig geregelt sein.

Aber warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, sprechen wir dann heute noch mal über Stoffmasken?

(Marc Lürbke [FDP]: Weil Sie es beantragt haben!)

Die will doch kein Mensch mehr.

Wir haben mit der Gewerkschaft der Polizei gesprochen. Die sagen: Nein, die wollen wir nicht. – Wir haben mit dem Bund der Kriminalbeamten gesprochen. Die sagen: Nein, die wollen wir nicht. – Ich habe auch mit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hier vom Landtag gesprochen. Die sagten mir auch: Nein, Stoffmasken brauche ich nicht.

Die Antwort ist überall immer die gleiche: Auf gar keinen Fall! Wir wollen als Polizistinnen und Polizisten in diesem Land den bestmöglichen Schutz – und das heißt: medizinische Masken oder FFP2-Masken.

(Beifall von der SPD)

Das sieht der Beschluss der Bundeskanzlerin auch ausdrücklich vor. Sind denn Polizistinnen und Polizisten weniger schutzbedürftig?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das steht nicht in dem Beschluss.

Aber erstaunlicherweise steht das in der Coronaschutzverordnung des Landes. Dort steht in § 3 Nr. 2a, dass in allen beruflich genutzten Fahrzeugen medizinische Masken getragen werden müssen. In allen? Nein! Ausgerechnet in Einsatzfahrzeugen von Polizei und Feuerwehr gelten Ausnahmen. Hier braucht man nämlich keine medizinischen Masken zu tragen.

Dann habe ich nach der Begründung gesucht. Die finden Sie nicht. Keine Begründung!

(Christian Dahm [SPD]: Warum nicht?)

Herr Reul, vielleicht können Sie das beantworten: Ist Corona in Streifenwagen weniger ansteckend als woanders? Gerade Sie haben ja sehr deutlich und breit berichtet. Sie wissen, wie ansteckend es auch in Fahrzeugen ist.

Diese Ausnahme kann man sich nur erklären, wenn wir uns den gesamten Vorgang und die Verbindung der Landesregierung zu van Laack noch einmal genau anschauen. Da gab es dieses Telefonat. Danach bekam van Laack Besuch von Mitarbeitern des Gesundheitsministeriums. Masken will da keiner kaufen. Man braucht nämlich Schutzkittel. Die hat van Laack aber gar nicht.

Dann bittet die Landesregierung van Laack um die Entwicklung und Herstellung von Schutzkitteln. Das Land verhandelt im Geheimen nur mit van Laack – mit keinem anderen, auch nicht mit den anderen Textilerstellern aus NRW, die sich anbieten: BRAX, Ahlers, Seidensticker usw. Keine Ausschreibung! Keine lästige Konkurrenz! Der Auftrag geht einfach an van Laack, obwohl die Kittel gar nicht zertifiziert sind. Aber das macht ja nichts. Der Gesundheitsminister ist sehr großzügig und erteilt eine Ausnahmegenehmigung. Diese Kittel gehen dann ohne Zertifikat an den Staat.

Dann fallen sie qualitativ durch. Das haben wir hier mehrfach diskutiert. Was tut der Gesundheitsminister? Nichts! Erst als der öffentliche Druck nicht mehr auszuhalten ist, wird van Laack aufgefordert, Ersatz zu liefern.

Mehrere Unikliniken – auch das haben wir hier mehrfach diskutiert – haben die Kittel immer noch komplett ausgesondert im Keller liegen. Der TÜV schaut sie sich an. Die Bemerkung des TÜVs ist wirklich lesenswert: Die Landesregierung wäre besser in den Baumarkt gegangen und hätte Malerkittel bestellt statt dieser Schutzkittel, die van Laack geliefert hat.

(Beifall von der SPD)

Dabei waren die Kittel nicht wirklich billig: 45 Millionen Euro.

Und dann kommt der Innenminister und bestellt 1,25 Millionen Stoffmasken bei van Laack. Dabei hatte sich van Laack vorher gar nicht angeboten, diese Masken zu liefern. Den Auftrag haben sie bekommen, ohne Ausschreibung und natürlich auch ohne die entsprechende Veröffentlichung, einfach so – einen Millionenauftrag.

Aber damit nicht genug: Ende letzten Jahres bekam van Laack einen neuen Auftrag – wieder einen Millionenauftrag für Masken, wieder ohne Ausschreibung. Dann wird es allerdings veröffentlicht. Das fällt dann natürlich auf. Es gibt die Vergabebeschwerde.

Ganz klammheimlich wird dann zwischen Weihnachten und Neujahr die Notbremse gezogen. Sie ziehen das Ganze zurück und sagen: Wir wollen das jetzt

rückabwickeln und neu ausschreiben. – Aber warum haben Sie das gemacht? Weil es nicht in Ordnung war. Die ganze Vergabep Praxis war nicht in Ordnung.

Genau in diese Phase fällt der Beschluss der Bundeskanzlerin und Ministerpräsident*innen mit der eindringlichen Empfehlung, dass wir künftig FFP2- oder OP-Masken tragen. Aber Sie halten an den Stoffmasken fest. Sie wollen weiterhin von van Laack Stoffmasken haben.

Ich frage mich: Wollen Sie die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land nicht ausreichend schützen? Und: In welchen Fallkonstellationen soll denn tatsächlich eine Stoffmaske zum Einsatz kommen?

Verfolgung eines Flüchtlings in einen Bahnhof: Geht nicht! Entschuldigung; ich muss erst mal meine Maske wechseln – Stoffmaske in FFP2-Maske oder medizinische Maske.

Ich will einen Ladendieb stellen. In den Laden kann ich aber auch nur mit medizinischer Maske. Also müsste ich als Polizist schnell meine Maske wechseln.

Das funktioniert doch alles nicht. Mit anderen Worten: Stoffmasken schützen unsere Beamten nicht. Sie gefährden sie.

Warum wollen Sie weiterhin diese Stoffmasken bei van Laack bestellen? Darauf müssen Sie heute eine Antwort geben.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt dafür keinen rationalen Grund – außer einem: Die ganze Sache stinkt zum Himmel. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie rausgehen und mit den Bürgern über die Coronapolitik in Deutschland sprechen, dann stoßen Sie zunehmend auf Unverständnis. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, warum das Rausgehen zunehmend verboten wird.

Bevor wir uns an dieser Stelle falsch verstehen: Ja, die COVID-19-Erkrankung hat viele Menschenleben gefordert, ja, jedes Menschenleben ist wertvoll, und ja, damit ist nicht zu spaßen. Aber auch das rechtfertigt eben nicht alles.

Die Einschränkungen der persönlichen Freiheit, die Sie inzwischen mir nichts, dir nichts per Videokonferenz abnicken, hätten wir uns alle vor gut einem Jahr überhaupt noch nicht vorstellen können. Sie gehen

den Menschen auf die Nerven, und sie sind kaum noch erklärbar.

Warum etwa wollten Sie vorgestern noch für Gründonnerstag den Total-Lockdown verkünden – mit dem Ergebnis, dass am Mittwoch dann die Läden doppelt so voll gewesen wären –, und warum gilt das heute schon wieder nicht mehr? Warum etwa ist die Gastronomie geschlossen, obwohl Studien längst nachgewiesen haben, dass sich dort mit entsprechenden Schutzmaßnahmen kaum jemand ansteckt? Warum müssen Mitarbeiter im Einzelhandel hinter Glas sitzen und zusätzlich noch eine FFP2-Maske tragen? Warum gilt teilweise, hier in Düsseldorf zum Beispiel, unter freiem Himmel ein Maskenzwang, obwohl es keinen ernst zu nehmenden Wissenschaftler gibt, der das auch nur ansatzweise für sinnvoll hält?

Die Bürger verstehen das nicht, meine Damen und Herren. Ich gebe zu: Ich verstehe es auch nicht. Ich glaube auch nicht, dass hier jemand im Haus ist, der es versteht.

Ganz aktuell und im Rahmen der Aktuellen Stunde stellt sich uns aber die Frage, warum die Landesregierung am 8. März 2021 die Coronaschutzverordnung so geändert hat, dass seither nur noch medizinische Masken oder FFP2-Masken getragen werden dürfen, bzw. warum bis heute eine Ausschreibung über 1,25 Millionen Euro für sogenannte Alltagsmasken läuft, die die Bürger in der Öffentlichkeit nicht mehr tragen dürfen, um damit Polizeibeamte – ausgerechnet Polizeibeamte – auszustatten.

Nun muss man ja schon froh sein, wenn die Landesregierung überhaupt ordentlich ausschreibt. Das war nicht immer so. Letztes Jahr wurde noch eine Auftragsvergabe an das Modeunternehmen van Laack wegen massiver Formfehler vom Gericht kassiert.

Ja, natürlich passieren Fehler, insbesondere dann, wenn es in Notlagen schnell gehen muss, wie das im vergangenen Jahr öfters der Fall war. Aber wenn bei einer solchen fehlerhaften Vergabe ausgerechnet ein Modeunternehmen den Zuschlag erhält, das der Sohn des Ministerpräsidenten vermittelt hat, dann fällt es tatsächlich schwer, noch an Zufall zu glauben.

So verspielen Sie das ohnehin schwindende Vertrauen in Ihre Coronapolitik. Wir hatten den Maskenskandal im Bundestag. Jetzt kommt auch noch die Familien-Connection des Ministerpräsidenten mit Beigeschmack. Das können Sie den Einzelhändlern, Gastronomen, Hoteliers und Dienstleistern nicht vermitteln, die seit Monaten aufgrund widersprüchlicher und willkürlicher Lockdown-Maßnahmen um ihre blanke Existenz bangen.

Sie sind zu Recht wütend, wenn die Verantwortlichen in der Politik per Federstrich ganze Branchen auslöschen oder erheblich gefährden und nebenher dann

auch noch der Eindruck entsteht, dass man in der Politik in die eigene Tasche wirtschaftet.

Aber Sie bestellen nicht nur Alltagsmasken, die die Bürger nicht mehr tragen dürfen. Am 20. März 2021 berichtete der „Kölner Stadt-Anzeiger“ über den Kauf von 527.000 FFP2-Masken zum stolzen Stückpreis von 9,90 Euro bei einer Schweizer Firma, hergestellt in China. Die Masken sind qualitativ minderwertig und überteuert. Vermittelt hat das ganze Geschäft die CSU-Politikerin Monika Hohlmeier, die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Strauß – aber auch das sicherlich nur unentgeltlich und ganz zufällig.

Meine Damen und Herren, vor ziemlich genau einem Jahr sagte Gesundheitsminister Laumann an dieser Stelle Folgendes – ich zitiere –:

„Ein Beamter in einem Ministerium bekommt von dem, was wir da zurzeit machen müssen, sicher Alpträume.

Gestern hat ein kluger Mann im Kabinett gesagt: Na ja, wer von den Ministern jetzt für Beschaffung zuständig ist“

– Herr Präsident, Sie verzeihen; ich zitiere wörtlich –

„und nach der Krise nicht den Landesrechnungshof am Arsch hat, der hat alles verkehrt gemacht. – Das ist schon eine Aussage.

Aber, liebe Leute, in dieser Lage bin ich jeden Tag. Wir müssen die Aufträge unterschreiben. Sonst kommt gar nichts in Nordrhein-Westfalen an. Wir machen, was wir können.“

Meine Damen und Herren, ich habe das als Besorgnis verstanden. Ich glaube, so war es von Herrn Laumann auch gemeint. Aber mittlerweile drängt sich der Eindruck auf, dass der eine oder andere in der CDU das als Handlungsempfehlung aufgefasst hat.

Sicher muss in akuten Notfällen auch zu unkonventionellen Maßnahmen gegriffen werden. Da haben Sie und da hatten Sie seit einem Jahr unsere vollste Unterstützung. Aber eines geht nicht: Dass die Verantwortlichen oder Personen aus ihrem Umfeld sich an der Notlage im Land bereichern.

Aber genau das tritt bei der Union in letzter Zeit leider gehäuft auf. Zumindest kann man diesen Eindruck bekommen.

Das ist vermutlich auch der Grund, meine Damen und Herren, warum sich Ihre Umfragewerte gerade im freien Fall befinden. Die Leute haben nicht nur von Ihrer chaotischen und überzogenen Coronapolitik die Nase voll. Sie reagieren auch gerade in dieser Lage besonders allergisch auf Kriegsgewinnler und Krisenprofiteure, die COVID für sich als Geschäftsmodell entdeckt haben.

Meine Damen und Herren von der CDU, es ist höchste Zeit, dass Sie sich vom Geruch der Korruption freimachen und Ihren Laden in Ordnung bringen.

Sonst wird der Schaden irreparabel – und das nicht nur für Ihre Partei, sondern für die gesamte Demokratie.

Wir, die AfD, jedenfalls werden Ihnen weiterhin genau auf die Finger schauen und das anprangern. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Auch wenn Sie es angekündigt haben und es ein Zitat war, haben Sie ein unparlamentarisches Wort verwendet. Diesbezüglich muss ich Sie ermahnen, Herr Kollege.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Entschuldigung!)

Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab in Richtung der AfD und deren Antrag zur Aktuellen Stunde: Das Vertrauen der Menschen in die handelnden Personen, die die Coronapolitik gestalten, ist das A und O. Das Vertrauen ist erschüttert, wenn auch nur der Eindruck entsteht, Volksvertreter würden sich an Corona-Maßnahmen bereichern.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

So ist das Verhalten einiger Bundestagsabgeordneter, die Provisionen für Maskengeschäfte erhalten haben, absolut verwerflich und findet unsere klare Missbilligung.

(Beifall von Susanne Schneider [FDP] – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist ein absolutes No-Go!

Ein No-Go ist aber auch, verschiedene Sachverhalte zu vermischen, indem von Abgeordnetenfunktionen, von Nebentätigkeiten und von wirtschaftlichen Vorteilen aufgrund der Funktion die Rede ist und das alles mit der Beschaffung von Schutzkleidung in Zusammenhang gebracht wird, wenn also verschiedene Sachverhalte vermengt werden und dann im AfD-Antrag zur Aktuellen Stunde ohne Beweisantritt – und das ist eben in der Rede noch einmal ausdrücklich gesagt worden – von Korruptionsverdacht die Rede ist, der sich auf Landesparlamente ausweitet, womit auch unterstellt wird, die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten, die mit der Beschaffung von Schutzkleidung beschäftigt waren und sind, hätten sich beeinflussen lassen oder gar einzelne Anbieter begünstigt.

Meine Damen und Herren, dazu gibt es keine konkreten Hinweise. Das ist ein ganz anderer Sachverhalt.

Bezüglich der Maskenbeschaffung sollten wir uns noch einmal an den Anfang der Pandemie erinnern. Im März 2020 bestand große Not, Masken und Schutzkleidung zu beschaffen und diejenigen damit auszustatten, die an vorderster Front für die Gesundheit vieler betroffener Menschen gestanden und im wahrsten Sinne des Wortes um deren Leben und Gesundheit gekämpft haben.

Wir erinnern uns an die Debatten auch hier im Parlament, dass die Beschaffung uns allen nicht schnell genug ging. Der Markt war quasi leer gefegt. Mit diesem Problem hatte jedes Bundesland zu kämpfen. Die Vergaberegeln waren faktisch außer Kraft gesetzt. Bürokratie war nicht gefragt und hinderlich. Das rief viele Anbieter auf den Plan, die angaben, bei der Beschaffung der Schutzkleidung helfen zu wollen. Wie edel!

Es gab auch unseriöse Anbieter, die keine Gewähr dafür übernehmen konnten, tatsächlich liefern zu können, oder die lediglich als Vermittler auftraten – nach dem Motto: Ich kenne jemanden, der zu den höchsten Regierungsstellen in China Verbindung hat.

Manche Anbieter verlangten Vorkasse. Bestellte Schutzkleidung wurde abgefischt, also gestohlen, usw. usf. Die Sachverhalte sind Ihnen bekannt.

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der vergangenen Woche hat Herr Staatssekretär Edmund Heller die damalige Situation detailliert geschildert. Mehr als 7.000 Angebote waren beim MAGS eingegangen. Ein Team von 20 bzw. zeitweise 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte die Angebote auf Qualität, Preis und überhaupt auf Seriosität prüfen müssen. Eine Kraftanstrengung!

Für diesen Einsatz gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im MAGS ein ausdrücklicher Dank.

(Beifall von der CDU, Franziska Müller-Rech [FDP] und Susanne Schneider [FDP])

Dabei wissen wir, dass die Beschäftigten im MAGS seit Monaten am Limit arbeiten. Wer in dieser Situation behauptet, die Vergaben seien nicht ordnungsgemäß gelaufen, verhält sich besserwischerisch. Die Preise für Masken waren zum damaligen Zeitpunkt sehr wechselhaft und änderten sich zum Teil stündlich. Letztlich kamen die meisten der mehr als 7.000 Angebote überhaupt nicht infrage.

Es aus heutiger Sicht und im Nachhinein besser zu wissen, ist wohlfeil, da hier im Hause wohl niemand beurteilen kann, ob die Einzelvergabe nach Preis, Qualität und Lieferzuverlässigkeit gerechtfertigt ist.

Natürlich wurden die Preise verglichen. Aber aufgrund der hohen weltweiten Nachfrage gab es auch schnellen Handlungsbedarf. Eine Marktbeobachtung, wie man sie so kennt, die sich über einen län-

geren Zeitraum hingezogen hätte, verbot sich schlichtweg; denn es war Eile geboten.

Um zu beurteilen, ob die Preise marktüblich waren, muss man daher die damalige Sichtweise zugrunde legen und bitte nicht die heutige. Alles andere wäre unseriös.

Was die Ausschreibung von Alltagsmasken für die Polizei angeht, hat Herr Minister Herbert Reul in der Fragestunde am 3. März 2021 ausführlich zu dem Thema Stellung genommen. Danach gab es weder einen sachlichen noch einen rechtlichen Grund, auf die ausgeschriebenen Alltagsmasken zu verzichten bzw. die Ausschreibung aufzuheben.

Von den Polizisten war das ausdrücklich gewünscht
(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

in den Fällen, in denen FFP2-Masken nicht vorgeschrieben sind.

(Christian Dahm [SPD]: Welche sind das denn?)

Warum sollte man diesem Wunsch nicht Rechnung tragen? Es kann doch eine sinnvolle Ergänzung sein, und es führt ein Stück weit auch in diesen Fällen zu mehr Sicherheit für die Polizistinnen und Polizisten.

Das Tragen von medizinischen Masken ist – das ist eben gesagt worden – nur in bestimmten Fällen vorgesehen. Ansonsten ist das Tragen einer Alltagsmaske weiterhin zulässig. Das ist ja auch im Antrag der Sozialdemokraten im Detail beschrieben.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der Minister hat in der Fragestunde dargelegt, in welchen Situationen der Einsatz von Alltagsmasken für die Polizei weiterhin sinnvoll ist.

(Christian Dahm [SPD]: Da bin ich ja mal gespannt! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch wissenschaftlicher Unfug! Ehrlich!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Frau Schäffer das Wort.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Preuß, ich gebe Ihnen recht: In Bezug auf die Ausschreibung im Frühjahr letzten Jahres muss man definitiv die damalige Situation betrachten. Das sehe ich ganz genauso. Wir sind aber inzwischen zwölf Monate nach Beginn der Pandemie. Das muss man eben auch betrach-

ten. Inzwischen haben wir andere Erkenntnisse – Stichworte: Tragen von FFP2-Masken und Stoffmasken usw. Dazu komme ich gleich noch.

Der Anlass für die Aktuelle Stunde war die aktuelle Berichterstattung zur Ausschreibung von Stoffmasken für die Polizei NRW. Da geht es um die zweite Ausschreibung, die im November 2020 getätigt wurde, also nicht mehr am Beginn der Pandemie, sondern acht Monate nach Beginn der Pandemie. Das will ich hier noch einmal deutlich sagen.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Ganz genau!)

Ich möchte kurz den Verlauf der Auftragsvergabe an van Laack für Masken im Polizeibereich noch einmal skizzieren. Wie ich schon sagte, erfolgte Anfang November 2020 die zweite Auftragsvergabe. Es wurde damals mit einer angeblichen äußersten Dringlichkeit begründet. Mit dieser Begründung fand kein offenes Ausschreibungsverfahren statt.

Daraufhin wurde die Vergabekammer Rheinland angerufen, die ein Nachprüfverfahren eingeleitet hat, woraufhin aus rechtlichen Gründen der Vertrag mit van Laack – wie ich finde, richtigerweise – rückabgewickelt wurde.

Allerdings wurden die 1,25 Millionen Stoffmasken bereits in der 51. Kalenderwoche – das muss um den 14. Dezember 2020 herum gewesen sein – zum Preis von 1,9 Millionen Euro ausgeliefert. Seitdem lagern sie, ich glaube, immer noch in Lünen im Polizei...

(Herbert Reul, Minister des Innern, schüttelt den Kopf.)

– Sie sind nicht mehr dort. Aber sie sind an die Polizei ausgeliefert worden. Das können Sie ja sonst gleich noch einmal richtigstellen, Herr Reul.

Am 20. Januar 2021 gab es dann die Berichterstattung mehrerer Medien darüber, dass eine neue, diesmal offene, europaweite Ausschreibung stattfindet, wieder in der Höhe von 1,25 Millionen Stoffmasken für die Polizei. Ich finde, das verwundert schon.

In den Tagen vor dem 20. Januar hatten wir eine öffentliche Debatte über das Einführen einer Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken. Am 19. Januar beschloss die MPK dann tatsächlich eine Konkretisierung in Bezug auf das Tragen von Masken. Die MPK hat am 19. Januar beschlossen, dass es auf Bundesebene eine Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken im ÖPNV und in Geschäften geben soll. Auf Bund-Länder-Ebene hat man sich darauf verständigt, einen Schritt weiterzugehen: nicht mehr Stoffmasken, sondern medizinische Masken. – Das war der Stand Mitte/Ende Januar. Parallel dazu gab es die Ausschreibung.

Insofern finde ich es schon legitim, die Frage zu stellen, warum man sich für eine Ausschreibung von Stoffmasken für die Polizei entschieden hat, anstatt zu diesem Zeitpunkt auf medizinische Masken zu setzen.

Deshalb drängt sich auch die Frage auf, ob man wieder 1,25 Millionen Stoffmasken – genau die Anzahl, die van Laack schon geliefert hatte – ausgeschrieben hat, um darauf zu hoffen, dass van Laack diese offene Ausschreibung gewinnen würde.

Van Laack hat dazu öffentlich gesagt, dass das Unternehmen dann, wenn es die Ausschreibung gewinnen würde, auf Schadenersatzansprüche verzichten würde. Deshalb stellt sich natürlich schon die Frage, ob man genau diese Anzahl an Stoffmasken ausgeschrieben hat, weil man darauf gehofft hat, so um Schadenersatzzahlungen an van Laack herumzukommen. Diese Frage drängt sich zumindest auf.

Ich will Ihnen, Herr Reul, zugutehalten, dass es offenbar eine Vereinbarung mit dem PPHR, dem Polizeihauptpersonalrat, und auch mit der Behindertenbeauftragten der Polizei gibt, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten ein Wahlrecht haben zwischen OP-Masken, FFP2-Masken und Stoffmasken. Die Beschäftigten der Polizei sollen situationsangemessen auswählen können.

Mich persönlich überzeugt das nicht komplett. Ich finde die Mitbestimmung wichtig. Ich finde es wichtig, sich mit den Beschäftigten auszutauschen und deren Wünsche auch zu berücksichtigen, aber mich persönlich überzeugt das nicht ganz. Vielleicht können Sie, Herr Reul, daran noch etwas ändern.

Es würde mich schon interessieren, welche Situationen es genau sein sollen, in denen Polizeibeamtinnen und -beamten sinnvollerweise nur Stoff- und eben nicht medizinische Masken tragen sollen. Das erklärt sich mir nicht so ganz.

Ich weiß nicht, wie Sie es handhaben. Meine Stoffmasken sind bei mir im Schrank verschwunden. Ich trage die eigentlich gar nicht mehr, maximal noch draußen auf dem Spielplatz. Ansonsten sind sie weg, ich trage sie nicht mehr. Ich trage nur noch medizinische Masken, und ich vermute, das geht Ihnen allen so. Dann stellt sich schon die Frage, warum man bei der Polizei sagt, dass sie auswählen können.

Gerade Polizeibeamtinnen und -beamte haben doch eine Vorbildfunktion. Wenn Beamtinnen und Beamte im öffentlichen Raum unterwegs sind und auf Streife gehen, dann haben sie eine Vorbildfunktion. Wenn sie dann mit Stoffmasken herumlaufen, würde ich mich als Bürgerin schon fragen, warum sie eine Stoffmaske aufhaben und keine FFP2-Maske.

Aber natürlich geht es auch um den Infektionsschutz. Ich weiß, Herr Reul, Sie haben in den letzten Wochen immer betont, dass auch Ihnen der Infektionsschutz der Beschäftigten äußerst wichtig ist. Insofern sehe

ich bei der Frage „Stoffmasken/FFP2-Masken/Wahlfreiheit der Beamtinnen und Beamten?“ zumindest einen Widerspruch. Vielleicht kriegen wir den hier noch aufgeklärt.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es erst seit dem 22. Januar eine Maskentragepflicht im Bereich des Innenministeriums und der nachgeordneten Behörden gibt. Wir haben im Innenausschuss darüber diskutiert. Vielleicht mögen Sie das gleich erläutern. Ich glaube, das ist nicht von geringem Interesse auch für die Kolleginnen und Kollegen hier.

Einen Punkt finde ich wirklich fragwürdig – ich finde ihn nicht sinnvoll und verstehe es auch nicht –: Es geht um die Einsatzfahrzeuge. Ich hatte für die letzte Sitzung des Innenausschusses einen Bericht beantragt. Dieser trägt das Datum 10. März. Da haben wir auch über das Thema „Einsatzfahrzeuge“ diskutiert.

Aus dem schriftlichen Bericht an den Innenausschuss geht hervor, dass es „keine landesweite Vorgabe“ gibt, „die das Tragen von Masken in Einsatzfahrzeugen vorschreibt. Gleichwohl haben einige Polizeibehörden ... entsprechende Regelungen getroffen.“ So steht es im Bericht an den Innenausschuss.

Das verstehe ich nicht. Auch die MPK hat am Montag in ihrem Beschluss noch einmal festgehalten, dass es eine Tragepflicht von medizinischen Masken für Mitfahrer im privaten Pkw gibt. Das finde ich auch sinnvoll für Personen, die nicht einem Hausstand angehören. So handhabe ich es privat schon seit Langem. Wenn ich mit anderen Menschen außer meiner eigenen Familie im Auto sitze, was ich selten tue, dann tragen wir immer Masken. Warum gilt das nicht für die Polizei?

Stichwort „Vorbildfunktion“: Es geht um die Vorbildfunktion, es geht um den Infektionsschutz. Wir als Abgeordnete im Landtag NRW sind doch auch zuständig für die Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten. Das liegt uns allen sehr am Herzen, und das gilt umso mehr in einer Pandemie. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht die Abgeordnete Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hätte, hätte, Fahrradkette – so könnte man die beiden beantragten Aktuellen Stunden heute aus meiner Perspektive zusammenfassen.

(Beifall von Daniela Beihl [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Oder, etwas parlamentarischer ausgedrückt: In der Rückschau sieht man vieles klarer und manchmal auch etwas anders.

(Sven Wolf [SPD]: Aktuelle Ausschreibung, Frau Kollegin!)

Die Opposition gibt jetzt vor, wirklich alles zu wissen.

(Christian Dahm [SPD]: Kennen Sie die neue Ausschreibung?)

Jeder, der ein bisschen denkt, weiß: Als die Pandemie vor einem Jahr losging, war das eine völlig neue Situation. Es musste schnell gehandelt werden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Natürlich sind dabei auch Fehler passiert, aber daraus haben wir gelernt. Wir gucken in Zukunft, dass sich diese nicht wiederholen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn ich einmal an die Situation zurückerinnern darf: Wir haben damals aufgrund des Bedarfs an Schutzkleidung und -masken einen massiven Druck erlebt. Andererseits haben wir einen Wildwestmarkt gesehen: Preisanstiege um mehr als das Zehnfache, Lieferung nur gegen Vorkasse, dubiose Zwischenhändler, kriminelle Angebote, explodierende Nachfrage in vielen Ländern und die Produktionsausfälle in China haben zu einer Verschärfung der Situation geführt.

Unsere Landesregierung hat seinerzeit viel versucht, um Bezugsquellen zu finden und mehr Material zu erhalten. Dabei wären reguläre Verfahren mit Ausschreibungen aufgrund des enormen zeitlichen Drucks überhaupt nicht möglich gewesen. Ich erinnere mich nur an die dramatischen Hilferufe damals aus Heinsberg – vielleicht sollten Sie sich auch einmal daran erinnern –: Unser Material, unsere Vorräte reichen nur noch für wenige Tage. Macht was, aber macht schnell!

(Marc Lürbke [FDP]: So war es!)

Wir konnten in dieser Situation nicht auf jede Offerte – von möglicherweise kriminellen Anbietern – eingehen. Darum ist es nachvollziehbar, dass diejenigen Angebote vertrauenerweckend erschienen, die von Personen mit einer gewissen Reputation vermittelt wurden oder von Personen, die als Ansprechpartner persönlich bekannt waren.

(Christian Dahm [SPD]: Ui, ui, ui!)

Dafür kann man keinem einen Vorwurf machen.

(Christian Dahm [SPD]: Wir haben eine neue Ausschreibung, oder?)

Ebenso schien es in dieser Lage ein erfolversprechender Ansatz, heimische Unternehmen dafür zu

gewinnen, in die Produktion einzusteigen und Schutz-ausrüstung zu liefern.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Es mögen sich nicht alle Erwartungen erfüllt haben, aber es ist müßig, in der Rückschau über überhöhte Preise oder über nicht erfüllte Qualitätsstandards zu diskutieren. Es ging einfach darum, überhaupt Schutz-ausrüstung zu beschaffen – für die Menschen, die an der Front gegen die Coronapandemie gekämpft haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben uns um die Menschen gekümmert. Uns war es wichtig, die Menschen zu schützen. Unser Pflegepersonal, unsere Ärztinnen und Ärzte haben wir nicht im Regen stehen gelassen. Deswegen haben wir zügig gehandelt, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Opposition hat zu den konkret angesprochenen Beschaffungen in Nordrhein-Westfalen bereits in mehreren Fragestunden und im Ausschuss Auskunft erhalten. Anzeichen für ein rechtswidriges Verhalten haben sich dabei nicht ergeben. Wenn bei wenigen Bundestagsabgeordneten ein Korruptionsverdacht bestehen sollte, weist das zwar auf ein ausgesprochen schäbiges Verhalten hin, wird aber an anderer Stelle strafrechtlich aufgeklärt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die SPD fragt heute nach der Maskenbeschaffung für unsere Polizei.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Zentral ist dabei doch die Frage, ob unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch die Beschaffung dieser Masken zu jeder Zeit ausreichend geschützt waren. Und das waren sie. Sie waren zu jeder Zeit geschützt. Schutz, Rückendeckung und Sicherheit für unsere Einsatzkräfte sind für Union und FDP keine Worthülsen,

(Christian Dahm [SPD]: Das ist doch überhaupt nicht die Frage!)

das steht bei uns ganz, ganz oben auf der Agenda.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Völlig am Thema vorbei, Frau Kollegin!)

Wir wissen ganz genau, dass unsere Beamten jeden Tag ihre Gesundheit für uns alle riskieren. Keine Landesregierung hat sich bisher so für unsere Polizeibeamten und -beamtinnen starkgemacht wie die aktuelle Landesregierung. Das sage ich Ihnen jetzt auch mal.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb noch einmal ganz langsam und ganz deutlich, damit es jeder versteht: Zu keiner Zeit, zu keiner Zeit hat es an sachgerechter Ausstattung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gefehlt.

(Zuruf von der SPD: Wenn man sich das immer selbst erzählt, kann man es glauben!)

Daher finde ich die vorgeschobene Kritik der SPD hier wirklich scheinheilig.

(Christian Dahm [SPD]: Darum geht es doch überhaupt nicht! – Zuruf von der SPD: Das ist nicht vorgeschoben!)

Die genauen Modalitäten und Umstände bei der Ausschreibung der Masken für die Polizei hat der Innenminister bereits am 3. März ausführlich erläutert. Im Januar war man zudem noch von einer universellen Verwendbarkeit dieser Masken ausgegangen. Wenn Sie das nun mit dem Wissen von heute lautstark kritisieren, ist das meiner Meinung nach ausgesprochen billig. Es war doch damals eine ganz andere Ausgangssituation.

(Sarah Philipp [SPD]: Was heißt denn „damals“?)

Mittlerweile kommen die Stoffmasken natürlich aufgrund der veränderten Empfehlungen, die wir aber noch nicht so lange haben, auch bei der Polizei weniger zum Einsatz als im Januar. Aber es gibt ja, wie wir gehört haben, noch entsprechende Einsatzmöglichkeiten.

Wenn Frau Schäffer sagt, sie sei irritiert, wenn sie Polizei im öffentlichen Raum träge, die Stoffmasken trage, bin ich der Meinung: Ich freue mich, dass wir inzwischen deutlich mehr Polizei im öffentlichen Raum sehen. Und wenn sich die Beamten für eine Stoffmaske entscheiden, weil sie das angenehmer finden, finde ich das persönlich sehr in Ordnung.

(Beifall von der FDP und der CDU – Verena Schäffer [GRÜNE]: Oh Mann! – Zurufe von der SPD)

Wenn ich mit Polizeibeamten spreche, habe ich auch sehr oft gehört: Wir sind froh, dass wir diese Masken noch haben, denn man kann darunter besser atmen, sie sind angenehmer und einfach besser für die Haut. – Ich bin froh, dass wir hier eine Auswahl zur Verfügung haben. Das gönne ich unseren Beamten von ganzem Herzen.

(Christian Dahm [SPD]: Ich habe selten so einen Quatsch gehört!)

Vielleicht machen Sie sich auch einmal schlau, bevor Sie hier einfach irritierende und verängstigende Kommentare in die Runde geben.

(Sarah Philipp [SPD]: So ein Quatsch!)

Wir schützen vor allem unsere Einsatzkräfte ...

(Unruhe – Glocke)

Wir schützen vor allem unsere Einsatzkräfte durch Impfungen.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Dabei sind wir in diesen Wochen bereits deutlich vorangeschritten.

(Sarah Philipp [SPD]: Da müssen Sie selbst lachen!)

Die Impfung ist die wichtigste Maßnahme gegen das Coronavirus, und deshalb müssen wir unseren Einsatz bei der Impfkampagne aktivieren und pragmatische Lösungen finden.

(Zurufe von Sven Wolf [SPD] und Britta Altenkamp [SPD])

Der gestern herausgegebene Erlass zur Öffnung der gesamten zweiten Priorisierungsgruppe ist dabei ein wichtiger Schritt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Hammer!)

Wir müssen jetzt noch unsere Hausärzte einbeziehen und an Ostern die Impfbüros offenhalten.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

Wir müssen täglich, sieben Tage die Woche, alles verimpfen, was zur Verfügung steht.

(Beifall von der FDP – Nadja Lüders [SPD]: Das ist eine sehr gute Idee!)

Unser größtes Problem bleibt die Verfügbarkeit der Impfstoffe. Der Bund hat zu spät bestellt, falsch bestellt, zu lange gezögert. Dadurch ging sehr viel Zeit verloren. Wir versuchen das hier in NRW auszugleichen – so gut, wie es geht.

In NRW beginnen heute die Osterferien. Ich wünsche Ihnen allen schon mal eine schöne Ferienzeit und ein gesegnetes Osterfest. Falls es Sie in die Ferne zieht, kommen Sie bitte gesund wieder. Ob Sie jetzt nach Mallorca fliegen oder in einen anderen Teil dieser schönen Welt fahren,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann doch echt nicht wahr sein!)

ich wünsche Ihnen einen schönen Urlaub, gönne Ihnen das von Herzen, denn mit mir als Liberale wird es zum Thema „Reiseverbot“ sicher keine Gespräche geben.

(Andreas Keith [AfD]: Das können sich nur CDUler leisten!)

Die meisten Menschen würden viel lieber in Deutschland bleiben. Das ist momentan aber ...

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, die Redezeit ist überschritten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber deutlich! – Nadja Lüders [SPD]: Es wird Zeit!)

Susanne Schneider (FDP): ... nicht möglich. Letztendlich, glaube ich, wären viele Menschen schon glücklich, wenn sie endlich mal wieder im Biergarten eine Kleinigkeit essen oder etwas trinken könnten, um ein bisschen Ablenkung zu erfahren.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der AfD)

Das fände ich schön.

(Zuruf von der SPD: Peinlicher Auftritt, Thema verfehlt!)

Die technischen Möglichkeiten stehen zur Verfügung.

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, die Redezeit ist jetzt drastisch überzogen. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Susanne Schneider (FDP): Ich wünsche Ihnen allen schöne Ostern.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Präsident André Kuper: Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Herr Pretzell.

(Christian Dahm [SPD]: Thema verfehlt, Frau Kollegin! Sarah Philipp [SPD]: Das wurde ja von Minute zu Minute schlimmer!)

Marcus Pretzell¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! „Wer hat welche Deals eingefädelt?“, „Transparenz“, so lautet die AfD-Forderung. Das hat die AfD-Fraktion heute völlig zu Recht zum Thema gemacht. Es fehlt allerdings eine kritische Betrachtung der AfD, die ich liefern möchte.

Während für den einfachen Unionsabgeordneten sechs- oder siebenstellige Summen aufgerufen werden, Gauweiler gar, wie heute gemeldet, 11 Millionen bekam, kann man in die AfD weit günstiger investieren.

Betrachten wir den Preis für einen AfD-Parteivorsitzenden. Ende 2015 bettelt sich Jörg Meuthen wegen 12.000 Euro durch die ganze Partei. Vorstände und sogar der Parteikonvent wurden mit dieser Summe und seiner dringlichen Bitte darum beschäftigt – ein kleiner fünfstelliger Betrag. Sollte das der Preis sein, für den man einen AfD-Parteivorsitzenden kaufen, korrumpieren und erpressbar machen kann? Meuthens günstiger Preis ist seit Jahren bekannt. Seit Jahren wissen alle, dass er 2016 Geld nicht für

die Partei, sondern für seine persönliche Wahl in den Landtag genommen hat – fünfstellig!

Die AfD hat Meuthen in diesem Wissen 2017 und 2019 zum Vorsitzenden gewählt – ein wichtiger Unterschied zur Union, die sich von ihren schwarzen Schafen getrennt hat. Jörg Meuthen fährt am 07.12.2015 nach Küsnacht. Dort wird ihm ein voluminöser Umschlag überreicht. Er läuft im Frühjahr 2016 innerparteilich zu Höcke über und wird zum Maskottchen des Flügels. Mich interessiert: Was war in dem Umschlag? Wurde sein 12.000-Euro-Problem gelöst?

(Heiterkeit von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Geldprobleme hatte Jörg Meuthen ab diesem Zeitpunkt jedenfalls nie wieder. Vor allem aber interessiert mich: War es das wert?

Die AfD hat eine ebenso korrumpierte Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Das Europaparlament ist voll mit zentralen Figuren dieses Stückes mit dem Titel „Ich kaufe mir eine Partei“. Auch andere Führungskräfte sind betroffen, immer wieder dasselbe Muster.

Weidel wendet sich im Frühjahr 2017 dem Flügel zu, wenige Monate später erhält sie Geld aus der Schweiz.

Der Europaabgeordnete Krahl, Anfang 2017 noch überzeugt davon, dass Höcke – Zitat – braun sei, knüpft wenig später Kontakte in die Schweiz, wechselt die Fronten.

Der Europaabgeordnete Reil erhält personalisierte Wahlkampfunterstützung im Frühjahr 2017 und wechselt – so ein Zufall – genau zu diesem Zeitpunkt öffentlichkeitswirksam die Fronten in Richtung Flügel.

Es gibt weitere dieser Koinzidenzen. Immer wieder fallen Kontakte in die Schweiz oder zum Verein mit einer Hinwendung zum Flügel in zeitlichen Zusammenhang.

Aber sprechen wir über die hiesige Fraktion. Wer hat die Kölner Sonderkampagne des Kreisverbandes Köln im Landtagswahlkampf 2017 bezahlt, wer die JA-Kampagne zur Landtagswahl? – Eine Liste mit einem guten Dutzend Unternehmern aus Köln, hieß es damals. Das kommt uns doch inzwischen bekannt vor. Was hat ein Kölner Rechtsanwalt und CDU-Mitglied damit zu tun, zu dem der Abgeordnete Beckamp beste Kontakte auch beruflich pflegt oder pflegte?

Warum behauptet jemand mit besten Kontakten zum AfD-Spendenverein, dass Herr Keith – neben anderen – in Kontakt mit einem großen deutschen Plakatanbieter stehe, es aber Missverständnisse bezüglich der Koordination der edlen Spender aus dem Süden gegeben habe.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Es gäbe manch spannende Geschichte zu erzählen, wenn man verstehen will, wie eine einst hoffnungsvolle Partei von Leuten, die sich selbst völlig überschätzt haben, für ganz kleine Münze verramscht wurde.

Es ging nie um das Wohl der Partei, sondern um die Korruption führender Figuren und damit um die Steuerungsfähigkeit der Partei von außen. Fast alle Protagonisten des Skandals sind in der Partei die Treppe nach oben gefallen. Es hat sich also für den Einzelnen ausgezahlt. Die Rechnung wird die Partei begleichen.

Transparenz: Transparenz wird hergestellt werden. Ihr Preis für die AfD – 30 Millionen Euro. Das liebe Geld ist der Metzger – oder sollte man besser sagen: die Metzgerin? – für die Hoffnung vieler Wähler nach finanzwirtschaftlicher Vernunft.

Wie schrieb die AfD-Fraktion – ich komme zum Schluss – in ihrem heutigen Antrag?

(Henning Höne [FDP]: Machen Sie ruhig weiter!)

„Dabei muss die Landesregierung erklären, warum sie (viel) Geld für obsoletere und minderwertige Masken ausgibt.“ – Die AfD wird erklären müssen, warum sie viel Geld für obsoletes und minderwertiges Führungspersonal ausgibt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Wir geben Ihnen noch fünf Minuten!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Reul.

(Christian Dahm [SPD]: Er hat noch fünf Minuten! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, von mir aus!)

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Fragen, die die Polizeimasken betreffen, habe ich am 3. März alles erklärt. Es gab eine erste Vergabe nach Dringlichkeit, die war total in Ordnung. Es gab eine zweite Vergabe durch das Land – LZPD –, die nach dem gleichen Verfahren gelaufen ist. Das war zu dem Zeitpunkt – Frau Schäffer, da haben Sie recht – nicht in Ordnung. Deshalb habe ich da auch eingegriffen. Es gab neue Bedingungen für die Ausschreibung, so muss das dann sein. Die ist in Ordnung und nach allen Regeln gelaufen. Die Verfahren sind also okay.

Zweitens. Warum Stoffmasken? – Die Polizistinnen und Polizisten haben heute drei unterschiedliche Maskentypen zur Verfügung: OP-Masken, KN95-Masken – vergleichbar mit FFP2-Masken – und die Alltagsmasken. Es gibt für alles ausreichend Vorrat.

Ich bin froh, dass die Polizei so arbeitet. Als die Coronapandemie begonnen hat, hatten wir Masken. Wir hatten sie, weil die Polizei immer auf Vorrat arbeitet und klug vorausplant. Es kann dann je nach Notwendigkeit ausgewählt werden.

Die Polizei hat ja auch für unterschiedliche Einsatzsituationen verschiedene Mittel. Das kann das Pfefferspray, der Einsatzmehrzweckstock oder die Dienstwaffe sein. Es ist unterschiedlich.

(Lachen von Verena Schäffer [GRÜNE])

Das ist ein Teil, ein Baustein der Schutzausrüstung, der immer wieder gebraucht wird. Die Polizei kann entscheiden, wann sie was braucht. Das entspricht übrigens den rechtlichen Grundlagen. Das entspricht auch den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Die sehen nämlich Verwendungsmöglichkeiten für von Stoffmasken vor.

Herr Wolf hat richtig zitiert. In dem Beschluss vom Januar war von „empfehlen“ und „anregen“ die Rede und nicht davon: „Es muss so sein“.

Darüber hinaus haben wir uns natürlich abgesichert. Wir haben mit unseren Polizistinnen und Polizisten geredet; Frau Schäffer hat dankenswerterweise darauf hingewiesen. Der Hauptpersonalrat und die Hauptschwerbehindertenvertretung haben dem zugestimmt, sie wollen auch die Stoffmasken.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Das ist auch logisch. Warum? – Weil es Situationen gibt, in denen Polizisten, die den ganzen Tag im Einsatz sind, lieber eine Stoffmaske tragen und diese auch ausreichend ist. Das ist ja genau die Sache.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Zum Beispiel beim Streifengang im Stadtteil an der frischen Luft, abseits von Bereichen, in denen andere Regelungen gelten, oder auch im Büro sind unsere Polizistinnen und Polizisten froh, wenn sie die andere Maske anziehen dürfen. Warum? – Weil die FFP2-Masken natürlich – vielleicht ist das bei Ihnen nicht so – schon ein wenig beschwerlicher in der Nutzung sind. Wenn man Brillenträger ist, kommen noch ein paar Probleme hinzu. Das heißt, wir brauchen auch die anderen Masken, aber im täglichen Gebrauch nicht mehr in der Menge.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es geht überhaupt nicht um die Frage „entweder oder?“, sondern es geht um „sowohl als auch“.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Wir brauchen die neuen Alltagsmasken, weil die alten durch sind, weil sie aufgebraucht sind. So ist das im Leben. Deshalb werden die neuen bestellt. Das ist ein ganz normales förmliches Ausschreibungsverfahren. Sie können übrigens – Sie haben ein paar

Juristen in Ihren Reihen, in bin ja keiner – nicht einfach mit einem Schnipp eine Ausschreibung aufheben. Das geht gar nicht. Die eine Ausschreibung konnten wir teilaufheben, weil sie fehlerhaft war. Sie können das gar nicht so einfach machen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir haben darüber hinaus eine Fristverlängerung vorgenommen. Warum? – Das habe ich auch schon erzählt. Es besteht bei diesen Stoffmasken nicht mehr so die Dringlichkeit wie beim ersten Mal. Damals hatten wir dringenden Bedarf. Das war am Anfang.

Jetzt haben wir diese Masken

(Der Redner hält eine FFP2-Maske hoch.)

und andere Masken und zusätzlich Alltagsmasken. Wir benötigen sie jetzt nicht mehr in der Schnelligkeit. Wir haben unterschiedliche Maskentypen, und das ist richtig. Die werden in unterschiedlichen Situationen eingesetzt, und das ist vernünftig so. Deswegen ist die Eilbedürftigkeit nicht mehr gegeben.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Schluss sagen, weil mich das am meisten berührt. Das, was ich jetzt vorgetragen habe, ist sachlich ja zu klären.

Bei den Debatten, die wir hier führen, macht mir eines Sorge – diese Auffassung müssen Sie ja nicht teilen –: Erst einmal fordern alle ganz einmütig, dass es irre schnell gehen muss. Am besten wäre es, die Sachen wären schon da, obwohl sie noch gar nicht bestellt sind. Das gilt für Masken, fürs Testen und Impfen. Das ist auch richtig so, weil der Kampf gegen das Virus ein Kampf gegen die Zeit ist.

Wenn die Sachen dann besorgt sind, sagt jemand: Das war viel zu langsam, das könnte viel schneller gehen. – Ich könnte Ihnen 100 Zitate dazu liefern.

Am Ende, wenn alles durch ist, geht man ins Detail und bemängelt, was alles nicht in Ordnung war: die Ausschreibung, die Qualität, der Preis. – Verstehen Sie? Alle können kritisieren, so viel sie wollen. Das ist Ihr Recht, das ist auch mein Recht, das ist jedermanns Recht. Dass die Opposition das macht, weiß ich auch. Das ist in Ordnung. Sie können daraus politisches Kapital schlagen. Ob Sie daraus wirklich Kapital schlagen, weiß ich übrigens nicht, es kann auch ganz anders kommen.

Ich bitte nur um eines: Bei solchen Dingen besteht immer die Gefahr, dass am Ende wir alle und die staatlichen Organe in Misskredit gebracht werden. Deswegen gehört es meines Erachtens dazu, dass man Fehler, die man macht, eingesteht. Das habe ich getan. Als die Maskenausschreibung falsch war, habe ich sie korrigiert. Das muss man dann machen. Dazu gehört auch, nichts zu versprechen, was man nicht halten kann. Man muss ein bisschen behutsamer mit dem „Zack, zack!“ sein.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es gehört auch dazu, dass man während einer solchen Krisensituation nicht alles auf die Goldwaage legt. Vielleicht kann man später noch genauer hinsehen. Jetzt ist es die dringlichste Aufgabe, das Problem zu lösen.

Natürlich, wenn etwas schnell geht – das weiß jeder –, dann geht ab und zu auch etwas schief. Das wird damit nicht richtig, aber ich kann es sehr gut verstehen, weil ich jetzt mitten in einem solchen Prozess bin. Nachher weiß man sowieso immer alles besser. Dafür gibt es ja, Gott sei Dank, in der Demokratie, im Rechtsstaat Organe. Ich finde das gar nicht schlimm.

Ist es wirklich ein Drama, wenn in solchen Extremsituationen Gerichte die Entscheidungen von Regierungen und Verwaltungen korrigieren? Ist es wirklich ein Drama, wenn bei Vergabeverfahren, die in diesen Zeiten unter extremem Zeitdruck durchgeführt werden, auch mal ein Fehler passiert? Ich persönlich bin der Auffassung, dass man solche Krisen nicht mit dem Lehrbuch bewältigen kann,

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

sondern man muss schnell und möglichst wirkungsvoll helfen. Nachher muss man sich dann natürlich verantworten. Ob uns das aber auf der Strecke und bei der Problemlösung hilft, daran habe ich meine Zweifel.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht als Nächstes der Abgeordnete Dahm.

Christian Dahm (SPD): Guten Morgen, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Mein 40-jähriges Dienstjubiläum bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen liegt mittlerweile anderthalb bis zwei Jahre zurück. Ich weiß genau, wie die Polizei arbeitet, und ich weiß auch genau, was auf der Straße los ist.

Ich sage Ihnen hier heute Morgen, Herr Minister: Mich haben Sie mit Ihrer Rede nicht überzeugt.

(Beifall von der SPD)

Ich weiß nicht, wer aus Ihrem Haus Ihnen das aufgeschrieben hat,

(Zuruf von der SPD)

um uns zu überzeugen, dass Sie mit den Polizisten und mit dem Hauptpersonalrat gesprochen haben. Vielleicht sollten Sie mal mit den Polizisten reden, die auf der Straße sind.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Das mache ich jeden Tag!)

Ich sage Ihnen ganz offen: Sie haben mit Ihrer Rede hier keinen Beitrag zur Aufklärung geleistet, keinen einzigen Beitrag.

(Beifall von der SPD)

Nach Ihrer Rede heute Morgen, Herr Minister, stellen sich mir weitere Fragen.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Welche Frage ist denn offengeblieben? – Zuruf von der SPD: Hören Sie auf, dazwischenzurufen!)

– Es stellen sich mehr neue Fragen, als Sie Antworten an diesem Pult gegeben haben. Ich habe den Eindruck – Frau Schneider war hier und hat gar nicht zum Thema geredet –:

(Sven Wolf [SPD]: Reisetipps!)

Je länger diese Geschichte dauert, umso schlimmer wird es, umso schlimmer wird diese Geschichte für Sie, Herr Minister.

Ich sage Ihnen ganz offen, Herr Reul: Ich verstehe es einfach nicht. Warum bestellen Sie über 1 Million Masken für die Polizei?

(Herbert Reul, Minister des Innern: Das habe ich doch gerade erklärt!)

Über 1 Million Masken aus Stoff! Es sind genau 1,25 Millionen Masken für die Polizei. Es sind 1.250.000 Masken für 40.000 Polizisten in Nordrhein-Westfalen. Ein Paket geht wahrscheinlich ins Ministerium,

(Herbert Reul, Minister des Innern: Nein, 56.000!)

aber umgerechnet sind das 31 Stoffmasken für jede und jeden der Beamtinnen und Beamten.

Die Polizistinnen und Polizisten hier in Nordrhein-Westfalen wollen die Masken gar nicht. Sie wollen keine einzige von diesen Masken.

(Beifall von der SPD – Herbert Reul, Minister des Innern: Das stimmt nicht!)

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 4979 meines geschätzten Kollegen Kämmerling,

(Zuruf von der SPD: Guter Mann!)

der nach der Qualität des Mund-Nasen-Schutzes bei der NRW-Polizei gefragt hat, schreiben Sie – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten auszugsweise –,

„dass für Einsatzkräfte eine situative Handlungskompetenz besteht. Jede Einsatzkraft kann grundsätzlich ... selbst entscheiden, welcher Maskentyp in der jeweiligen Einsatzsituation getragen wird.“

Das hatten Sie eben auch so ausgeführt.

Ja, Herr Minister, diese Kompetenz dürfen Sie den Polizistinnen und Polizisten durchaus zutrauen. Ich weiß nicht, warum man die Polizei in Nordrhein-Westfalen an der Stelle noch mit einem Erlass bevormunden muss. Das ist blanker Hohn.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir vorstelle, wie Polizistinnen und Polizisten zu einem Einsatz bei einem Ladendiebstahl eilen, dann stellt sich mir die Frage: Dürfen die Beamtinnen und Beamten das Ladenlokal mit einer der 31 von Ihnen zur Verfügung gestellten Stoffmasken überhaupt betreten?

(Herbert Reul, Minister des Innern: Im Notfall ja!)

– Sie werden sich wahrscheinlich auf „Notstand“ berufen; und ich glaube das auch.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Das dürfen Sie auch!)

– Sie sind kein Jurist, und ich bin auch keiner, aber ich weiß, dass das geht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Schließlich gilt im Einzelhandel nach Ihrer Coronaschutzverordnung und insbesondere nach Minister Laumann die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske. Ich stelle mir dann aber die Frage: In welcher Einsatzsituation kann so eine Stoffmaske von den Polizisten überhaupt noch sinnvoll getragen werden? Der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen hat noch am Mittwoch hier erklärt, wie wichtig das Tragen von FFP2-Masken sei, und er hat dafür geworben. Das muss man dann doch erst recht für unsere Polizei in Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen. Ich halte das für entscheidend.

Herr Minister, unsere Polizistinnen und Polizisten werden im Einsatz beschimpft, bespuckt, bepöbelt. Ich bin der Auffassung, dass die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz die bestmögliche Schutz- und Sicherheitsausrüstung bekommen müssen.

(Beifall von der SPD)

Herr Reul, ich lade persönlich Sie ein: Verbringen Sie mal einen Tag mit der Polizei!

(Herbert Reul, Minister des Innern: Oh! – Weitere Zurufe)

Kommen Sie einmal ohne den Personenschutz. Kommen Sie einmal ohne die Bodyguards, ohne das vorgeschriebene Drehbuch

(Zurufe von der CDU, der FDP und Herbert Reul, Minister des Innern: Oh!)

und ohne den bestellten Pressetross.

(Henning Höne [FDP]: Wann waren Sie das letzte Mal auf Streife? – Weitere Zurufe)

Begleiten Sie die Polizisten einmal einen Tag und Sie werden feststellen, ...

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie so unruhig sind.

(Anhaltende Unruhe)

Ich komme im Übrigen auch gerne mit. Sie werden feststellen, dass es keine – ich würde nicht „kaum“, sondern eher „keine“ sagen – Einsatzsituation gibt, bei der wir auf die bestmögliche Sicherheitsmaßnahme für unsere Polizei verzichten können. Deshalb gilt das auch für Masken, und zwar für FFP2- und für OP-Masken und nicht für Stoffmasken. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

Herr Minister, ich habe den Eindruck – ich will das mal so ausdrücken –, dass sich bei Ihnen ein System der Fahrlässigkeit verfestigt.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Marc Lürbke [FDP]: Ach du Schande!)

Erst verpflichtet Ihre Landesregierung die Bevölkerung, Alltagsmasken zu tragen, aber im Hause Reul – nicht bei Ihnen persönlich zu Hause, sondern bei Ihnen im Ministerium – gilt gar keine Maskenpflicht. Dann verpflichtet die Landesregierung die Bevölkerung, medizinische Masken zu tragen. Im Hause Reul werden aber Monate später – nämlich erst Ende Januar – Stoffmasken verpflichtend. Im Januar, nachdem in Ihrem Hause nach Beförderungen zahlreiche Mitarbeiter erkrankt sind, sich infiziert haben, kommen Sie dann auf die Idee, das Tragen von medizinischen Masken anzuordnen.

Herr Reul, ich frage Sie in Anbetracht der derzeitigen Infektionslage: Warum wollen Sie immer noch Stoffmasken bestellen? Ich verstehe das nicht.

(Beifall von der SPD)

Was ist mit Ihrer Fürsorgepflicht für die Beamtinnen und Beamten? Gerade die Polizei von Nordrhein-Westfalen befindet sich doch im Nahkontakt. Daher braucht es Schutzausrüstung, die die Kolleginnen und Kollegen bestmöglich schützt. Die Polizei benötigt FFP2-Masken – das haben Sie eben ausgeführt –, und sie braucht OP-Masken. Was die Polizei aber nicht braucht, sind Stoffmasken von van Laack. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Dahm. – Jetzt hat Herr Hovenjürgen für die CDU-Fraktion das Wort.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich war es in diesem

Hause bisher eine sehr sachliche Debatte, und dafür sage ich ausdrücklich Danke. Ihre Beiträge, Herr Dahm, gehören allerdings nicht ganz dazu,

(Christian Dahm [SPD]: Das verstehe ich jetzt nicht!)

und ich kann nur sagen, dass ich nach Ihrer Rede das Gefühl nicht loswerde, dass Innenminister Reul deutlich mehr Kontakt zu aktiven Polizisten hat als Sie zurzeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass hier mehrfach erläutert wurde, dass die Kolleginnen und Kollegen, die im Einsatz sind, eine Auswahl an Masken dabei haben und entscheiden, wie und wann sie diese einsetzen. Ich glaube, dass das zu einer vernünftigen Ausstattung dazugehört. Außerdem glaube ich, dass sich die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz gefreut hätten, wenn solche Dialoge, wie sie dieser Minister mit den Kolleginnen und Kollegen jetzt hinsichtlich der Beschaffung geführt hat, auch sein Vorgänger mit ihnen geführt hätte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nehmen wir als Beispiel nur die Einsatzfahrzeuge, in denen nicht einmal die Einsatzmittel mitgeführt werden konnten, weil diese Fahrzeuge einfach nicht diensttauglich waren. Trotzdem wurden sie angeschafft, und es wurde jede Kritik daran im Keim erstickt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist ein Minister, der Fehler eingestehen kann und sie dann korrigiert, allemal lieber als ein Minister, der jeden Zweifel vom Tisch wischt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deswegen noch einmal: Ich denke, hier wird verantwortlich gehandelt, und es tut in der Politik not, wenn man Fehler macht, diese auch einzugestehen.

(Christian Dahm [SPD]: Das hat doch schon Methode, Herr Kollege!)

– Lieber Kollege, wenn Sie hier eine Politik verteidigen, für die Sie aus der Regierungszeit von Rot-Grün die politische Verantwortung tragen, dann kann ich nur sagen, dass Sie nicht besonders viel Recht dazu haben, heute so zu kritisieren und so aufzutreten, wie Sie das getan haben; denn dieser Minister ist gegenüber dem Parlament deutlich offener als sein Vorgänger, und er geht fair mit den Abgeordneten aller Parteien um.

(Zurufe von Frank Müller [SPD] und Nadja Lüders [SPD])

Das hätten wir uns zu Ihrer Zeit gewünscht, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Natürlich kann ich verstehen – ich bin im Nebenberuf Generalsekretär – und ich weiß auch, dass es in der politischen Auseinandersetzung reizvoll ist, ein Fehlverhalten zu verallgemeinern und es allen von der gegnerischen Seite an den Hals zu hängen. Das müssen wir uns gefallen lassen. Klar ist aber: Jede Art von Bereicherung an der Not von Menschen durch Abgeordnete ist abzulehnen. Diejenigen, die so etwas tun, stellen sich ins Abseits. Sie gehören nicht in unsere Partei, sie gehören in keine Partei, und sie gehören – um auch das ganz deutlich zu sagen – erst recht nicht in ein Parlament.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich erwarte aber auch, dass man die Konsequenz, die die anderen ziehen, auch selbst zieht. Insofern: Bevor man mit dem Finger auf andere zeigt, muss man wissen, dass vier Finger auf einen selbst zeigen. Deswegen glaube ich, dass wir alle gut beraten sind, die Dinge aufzuarbeiten, das, was falsch ist, als falsch zu benennen, Korrekturen vorzunehmen und den Menschen das Vertrauen in die Politik zu geben. Dort, wo gehandelt wird, müssen Fehler korrigiert werden, und dort, wo es ein Fehlverhalten gibt, muss dieses Fehlverhalten Konsequenzen haben.

Dabei müssen wir uns alle gemeinsam um das Beste für die Menschen bemühen, nämlich um eine gute Zukunft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Kämmerling [SPD]: Aber nicht Stoffmasken!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hovenjürgen. – Jetzt hat für die grüne Fraktion Herr Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Wehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Reul, Sie sitzen neben dem Gesundheitsminister und haben daher eigentlich engsten Kontakt und Absprachemöglichkeiten. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie erklären, dass in der Anfangsphase die Aufträge schnell herausgegeben werden mussten. Dagegen sagt auch keiner etwas. Jetzt geht es darum, dass das im November ein wenig spät war; dazu wurde bereits vieles gesagt.

Als Gesundheitspolitiker kann ich jedoch Folgendes nicht stehen lassen – Herr Kollege Preuß, diesbezüglich habe ich Sie auch nicht verstanden –: Diese FFP2-Masken sind, das ist wissenschaftlich belegt, wirkungsvoll und sicher, und sie schützen den Träger und die Trägerin, aber auch die anderen vor Infektionen. Deswegen ist fahrlässig, Herr Minister, wenn Sie am Pult des Landtags suggerieren: Ach, es ist ein bisschen besser für die Haut und für die Beautypflege, wenn

(Heiterkeit von Verena Schäffer [GRÜNE] und Christian Dahm [SPD])

man die nicht trägt, und es ist schöner und ein wenig angenehmer. – Das ist fahrlässig, Herr Minister. Natürlich ist es anstrengend, die Maske zu tragen. Deshalb sagen auch die Arbeitsschützerinnen und Arbeitsschützer: Ihr müsst ab und zu mal eine Pause machen; ihr müsst nach spätestens zwei Stunden mal eine halbe Stunde Pause machen

(Zuruf von der CDU)

und die Maske ablegen. – Im Übrigen gilt das genauso für Krankenpfleger und Krankenschwestern im Dienst,

(Zuruf von der FDP)

für die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule, für die Erzieherinnen und Erzieher sowie für viele andere Bereiche.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich kann Sie deshalb nur bitten, Herr Minister: Machen Sie das nicht mehr. Reden Sie sich mit so einem Zeug an diesem Pult nicht heraus. Das ist am Ende des Tages verantwortungslos.

(Beifall von den GRÜNEN und Frank Müller [SPD])

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen und bin deshalb froh, dass der Gesundheitsminister hier sitzt. Es ist jetzt 11:09 Uhr. Sie haben geplant, in 51 Minuten – mittlerweile sind es 50 –, während der laufende Plenarsitzung, obwohl diese nur bis 14:05 Uhr angesetzt ist, eine Pressekonferenz abzuhalten. Ich finde es grundsätzlich unanständig, dass Sie während einer Plenarsitzung eine Pressekonferenz abhalten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD –Christian Dahm [SPD]: So ist es!)

Sie wollen in dieser Pressekonferenz offensichtlich – so ist es zumindest in einer Überschrift zu lesen – die geneigte Öffentlichkeit darüber informieren, wie es mit den Modellregionen im Gesundheitsbereich hier in Nordrhein-Westfalen weitergeht.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein!)

– Dann können Sie sich vielleicht gleich zu Wort melden und hier erklären, warum Sie erstens gedenken, während der laufenden Plenarsitzung eine Pressekonferenz abzuhalten und worum es zweitens in dem Zusammenhang geht. Ich habe dazu nämlich einige Fragen, Herr Minister, und die werden wir Ihnen auch schriftlich zukommen lassen. Warum gibt es jetzt die Modellregionen?

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich hatte Sie vor einigen Wochen noch gefragt, welche Vorbereitungen Sie beim Gesundheitsschutz

überhaupt an den Tag gelegt haben. Sie haben in diesem Zusammenhang ...

(Henning Höne [FDP]: Gehört das zum Thema der Aktuellen Stunde?)

– Lesen Sie mal die Geschäftsordnung, Herr Kollege.

Ich hatte Sie gefragt, wie Sie in diesem Zusammenhang auf die Idee kamen, zu sagen: Wir haben nichts vorbereitet. – Jetzt loben Sie Modellregionen aus, obwohl wir die Anfragebedingungen nicht kennen, obwohl wir die Zielrichtung nicht kennen und obwohl wir die wissenschaftliche Herleitung nicht kennen. Viele Städte und Gemeinden bekunden öffentlich, sich an einem solchen Verfahren beteiligen zu wollen.

(Henning Höne [FDP]: Was haben die Modellregionen mit den Masken der Polizei zu tun?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie zur Sache sprechen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ich spreche zur Sache.

Vizepräsident Oliver Keymis: Na ja, das geht ein bisschen an der Sache vorbei, weil wir zu Masken sprechen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident, es geht um folgenden Zusammenhang: Wir reden gerade über den Gesundheitsschutz bei der Polizei und die Benutzung von Masken. Der Zusammenhang ist, dass diese Polizei neben den Ordnungskräften diesen Gesundheitsschutz überwachen muss. Das steht auch im Kontext damit, dass das OVG am Montag dieser Woche entschieden hat, dass das Konzept der Landesregierung zum Gesundheitsschutz nicht ausreicht und deswegen eine Neujustierung stattfinden müsse. – Daher erlaube ich mir, Herr Präsident, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass ich vom Gesundheitsminister erwarte – er kann sich in die Debatte ja auch einmischen –, uns darzulegen, wie er weiter vorgehen will.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

An den vergangenen beiden Plenartagen haben Sie versäumt, uns zu erklären, wie es weitergehen soll, und deswegen nutze ich die Gelegenheit, das hier zu sagen. Und deshalb, Herr Präsident, werden wir auch im Ältestenrat zur Sprache bringen, dass der Minister diese Pressekonferenz angesetzt hat.

(Henning Höne [FDP]: Das hier ist nicht der Ältestenrat!)

Außerdem möchte ich – das wäre meine letzte Bemerkung – auf Folgendes hinweisen: Es gibt Städte und Gemeinden, Herr Kollege Höne, die gerne mitmachen wollen und am Gesundheitsschutz in Nordrhein-Westfalen teilhaben möchten. Es gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die daran mitarbeiten wollen, dass wir endlich nicht mehr über „Lockdown auf und zu“ diskutieren, sondern Konzepte auf den Tisch legen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Herr Kollege Höne, Ihre Fraktion ist bei diesem Thema doch eigentlich sehr ungeduldig – wie ich finde, zu Recht –, weil dieser Minister und diese Landesregierung so schläfrig sind,

(Henning Höne [FDP]: Nee!)

sodass wir eigentlich ein gemeinsames Interesse daran haben müssten, hier Druck zu machen und schneller zu werden.

Der Maskendeal war sicherlich ziemlich merkwürdig. Noch merkwürdiger ist die Reaktion der Landesregierung. Und absolut unanständig ist, dass Sie für heute eine solche Pressekonferenz angesetzt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Mostofizadeh. – Jetzt spricht Herr Lürbke für die FDP-Fraktion.

Marc Lürbke^{*)} (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich nicht mehr in die Debatte hineingehen, aber das, Herr Dahm, kann man so nicht stehen lassen – ganz ehrlich. Wir kennen uns jetzt schon viele Jahre. Ich weiß nicht, wer Ihnen das aufgeschrieben hat, aber ich will Ihnen Folgendes mitgeben: Die Rede, die Sie gerade an diesem Pult gehalten haben, war Ihr ganz persönlicher Tiefpunkt in der Zeit in diesem Parlament.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Strategie der SPD ist, mit Schmutz zu schmeißen, mit allem, was einem gerade irgendwie einfällt.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wo war denn da Schmutz? – Christian Dahm [SPD]: Es war doch kein Schmutz dabei!)

Die Hoffnung dabei ist, dass womöglich irgendetwas kleben bleibt. Ich finde das sehr, sehr bedenklich, und ich denke auch nicht, dass Ihnen das hilft. Mich ärgert das wirklich sehr. Sie können das ja gerne machen, aber es ärgert mich sehr, wenn Sie dafür unsere Polizeibeamten instrumentalisieren

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

und sagen, dass unsere Polizeibeamten schlecht geschützt seien.

(Christian Dahm [SPD]: Es geht um eine Ausschreibung in Millionenhöhe, Herr Kollege!)

Nein, das stimmt nicht! Unsere Polizeibeamten sind stets geschützt – das hat der Minister dargestellt, und das hat übrigens auch meine Kollegin Schneider dargestellt.

(Christian Dahm [SPD]: Warum werden Stoffmasken bestellt?)

Sie hätten zuhören sollen. Unsere Polizeibeamten sind froh, dass diese Landesregierung, diese NRW-Koalition, dieser Innenminister sich so für ihren Schutz starkmachen.

(Christian Dahm [SPD]: Warum werden Stoffmasken bestellt?)

Der Vergleich zu Rot-Grün, den Sie selbst gezogen haben – wow! –, der ist wirklich mutig. Wie ist das denn mit persönlicher Schutzausrüstung für unsere Polizeibeamten gewesen, auch schon vor Corona? Das mussten wir doch alles verbessern. Auf welchem Stand haben wir das denn vorgefunden?

(Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Das gab es doch alles gar nicht, das ist doch die Wahrheit. Wir haben das erst mal verbessert.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Das war aber teuer ausgeschrieben!)

Schutzwesten, Helme, persönliche Schutzausrüstung – der Schutz unserer Polizeibeamten, der Einsatzkräfte in diesem Land liegt dieser Landesregierung sehr am Herzen. Deswegen werde ich wirklich fuchsig, wenn Sie das in Abrede stellen, Herr Kollege.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Nochmals: Die Strategie ist, alles in einen Topf zu schmeißen, umzurühren und zu schauen, was kleben bleibt. Maskendeals aus dem Bundestag, die Produktionsfehler – der Minister hat in der Fragestunde Anfang März schon alles dazu gesagt.

Dann gab es auch noch den Seitenhieb bezüglich der Coronaerkrankungen im Innenministerium und die Frage, wie es dort mit der Hygiene gewesen sei. – Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD – ich will es an diesem Pult sagen –, empfand ich wirklich als unterirdisch.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Im Innenministerium sind Menschen krank, und Ihrer Fraktion fällt nichts Besseres ein, als Kleine Anfragen zu stellen. Kleine Anfragen sind Ihr parlamentarisches Recht, das können Sie machen, aber Sie stel-

len in jedes Mikrofon die Frage, ob da alle Hygieneregeln eingehalten worden seien.

(Christian Dahm [SPD]: Nee, andersherum!)

Ich finde, das gehört sich nicht, und es gehört sich auf keinen Fall, das auch noch mit dieser Debatte zu vermischen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Für uns steht völlig außer Frage, dass wir unsere Polizei schützen. Und das Gute ist: Unsere Polizeibeamten wissen das auch sehr gut.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie können darauf vertrauen, dass diese NRW-Regierung an der Seite unserer Einsatzkräfte steht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lürbke. – Jetzt spricht Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist eine einzelne falsch gelaufene Ausschreibung, ein falscher Einkauf wirklich ein großes Problem? Einmal falsch bestellt, und schon kommen die Rücktrittsrufe – ist das gerecht? Wie viel Schaden ist denn wirklich entstanden – 5 Millionen, 10 Millionen Euro? Sind diese Größenordnungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie wirklich relevant? War das wirklich gefährlich für unser Land?

Ist es nicht viel gefährlicher, wenn man Impfungen über Monate verschleppt, um einen sogenannten Impfnationalismus zu verhindern? Ist es nicht viel dümmer gewesen, Apotheken für die Verteilung der Masken sechs Euro zu geben – und das zu einem Zeitpunkt, als die Masken im Großhandelsmarkt nur noch bei 50 Cent lagen? Übrigens hatte die Drogeriekette dm der Bundesregierung angeboten, die Verteilung für einen Euro statt für sechs Euro pro Maske zu übernehmen. Bei 27 Millionen Anspruchsberechtigten und sechs bzw. später zwölf Masken pro Person kamen locker 2 Milliarden Euro zusammen, die in die Taschen der Apotheker geflossen sind. Dagegen sind die Fehler der Landesregierung bei dieser einen Ausschreibung Kleinigkeiten.

Auch durch die Impfverzögerung gab es Kosten. BioNTech wollte im vergangenen Sommer 50 Euro pro Impfdosis haben, Deutschland wollte das aber nicht zahlen, das war zu viel. So zogen sich die Verhandlungen über Monate hin. Am Ende hatte man dann für etwa 20 Euro über die EU bestellt und hing zwei bis drei Monate hinterher. Man hat ausgerechnet in der kritischen Winterzeit zwei, wenn nicht

sogar drei Monate verloren, um beim Impfstoff 2 bis 3 Milliarden Euro zu sparen. In diesen zwei oder drei Monaten sind mehrere Tausend Menschen gestorben, Herr Laumann. Dagegen sind doch die Fehler der Landesregierung bei dieser einen Ausschreibung wirklich Kleinigkeiten.

Nun sollen für Millionen Bürger jede Woche Tests zur Verfügung gestellt werden. Wenn jeder zweite Bürger das machen würde – und wir wissen ja, dass in den Schulen sogar zweimal die Woche getestet werden soll –, kostet das Deutschland bei den aktuellen Preisen eine halbe Milliarde Euro pro Monat für die Tests und noch einmal 3 Milliarden Euro für die Durchführung der Tests. Denn die Testfirmen bekommen für jede Durchführung nämlich 18 Euro erstattet, zuzüglich Materialkosten. Man darf für den Test ganze 6 Euro abrechnen, obwohl er im Großhandel nur 3 Euro kostet. Dagegen sind doch die Fehler der Landesregierung bei dieser einen Ausschreibung eine Kleinigkeit.

Sie brauchen ja auch noch zusätzliche Masken. Auch das kostet Deutschland locker pro Monat eine Milliarde Euro. Jeder Monat Verzug beim Impfen kostet nicht nur Tausende Tote, sondern auch noch etwa 4 bis 5 Milliarden Euro für Tests und Masken. Dagegen sind doch die Fehler der Landesregierung bei dieser einen Ausschreibung Kleinigkeiten.

Wenn Sie mal all diese Kosten auf einem Blatt Papier zusammenschreiben und einem Grundschüler geben, dann wird er schnell zum Ergebnis kommen, dass die Impfbestellung über die „heilige“ EU uns am Ende jeden Monat weitere Milliarden Euro und Tausende Menschenleben kosten wird. Und dabei sind gar nicht die Verwerfungen in der Wirtschaft berücksichtigt. Dabei sind noch gar nicht die Ängste und Sorgen der Menschen berücksichtigt. Dabei sind nicht die Kosten für den Verlust der Grundrechte berücksichtigt.

Während die Israeliten bereits wieder am Strand liegen, warten die Deutschen immer noch auf den Impfstoff. Dagegen sind doch die Fehler der Landesregierung bei dieser einen Ausschreibung eine Kleinigkeit. Vielleicht hat Herr Reul auch wirklich gedacht, dass es eine gute Idee ist, jetzt noch einmal Stoffmasken zu kaufen. Er hat dazu auf die Seiten des Bundesamtes ...

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, spricht mit dem Chef der Staatskanzlei. – Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Stamp, Sie können gerne zuhören. Dann lernen Sie vielleicht noch was.

Herr Reul hat vielleicht auf die Seiten des Bundesamtes für Gesundheit geschaut und sich die Empfehlungen für Masken durchgelesen. Ich zeige Ihnen dazu mal das Bild hier.

(Christian Loose [AfD] hält ein DIN-A4-Blatt hoch.)

Dort erkennt man, dass Stoffmasken statt FFP2-Masken für den Alltag empfohlen wurden. Ich zitiere die Seite des Bundesamtes für Gesundheit:

„Bei Atemschutzmasken, wie FFP2-Masken, ist die Zuverlässigkeit schwer zu gewährleisten, da unter anderem die Handhabung und das korrekte Tragen der Atemschutzmasken Schwierigkeiten darstellen.“

Sie haben es vielleicht erkannt: Die Empfehlungen sind zwar vom Bundesamt für Gesundheit, allerdings nicht aus Deutschland, sondern aus der Schweiz. – Vielen Dank und Grüezi in die Schweiz!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen zur aktuellen Stunde nicht vor. Daher schließe ich diese aktuelle Stunde.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Digitalisierung im Hochschulraum weiter vorantreiben – Machbarkeitsstudie für eine landesweite „Studi-App“ in Auftrag geben

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13083

Die Aussprache ist eröffnet. Es spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Nacke. Bitte schön.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns Christdemokraten bedeutet Qualitätspolitik, dass wir das Leben der Menschen nicht schwerer, sondern einfacher machen wollen, dass wir Lösungen präsentieren. Ich finde, es ist gut, wenn wir dem Service-Gedanken folgen und so weit wie möglich smarte Lösungen entwickeln, auch für den Alltag im Studium.

In der föderalen Zuständigkeit der Wissenschafts- und Hochschulpolitik sind wir aus Landesperspektive insbesondere auf die Institutionen bezogen. Wir garantieren die Hochschulen und können so manche Forschungsinitiative des Bundes durch Kofinanzierung in und für Nordrhein-Westfalen sichern. Wir wollen aber gerne auch die Menschen direkt ansprechen, in diesem Fall insbesondere die 750.000 Studierenden in unserem Land, die momentan auf das dritte Coronasemester zusteuern.

Rückmeldungen zeigen, dass es im Bereich Lehre, im Hochschulbereich sehr gut gelungen ist, auf Digi-

alisierung und Distanz umzustellen. Dennoch macht ein Studium als Lebensabschnitt viel mehr aus als die bloße Lehre. Ich bedauere sehr die notwendigen Einschränkungen und hoffe, dass zumindest im Wintersemester neue Normalität einkehren wird und die soziale Dimension eines Studiums zurückkehren kann.

Zur Erleichterung des studentischen Alltags sehen wir eine sogenannte „Studi-App NRW“ als eine gute Bereicherung der neuen Normalität. Wir betrachten Nordrhein-Westfalen als einen zusammenhängenden Lebensraum und unsere ausgeprägte Hochschullandschaft als einen guten Standortvorteil.

Die Zukunft liegt wie überall in der Vernetzung. Schon jetzt sind Studierende durch das Semesterticket landesweit mobil. Angebote an unterschiedlichen Standorten sollen genutzt werden, und standortübergreifende Kooperationen sollen sich weiter entfalten können. Deswegen haben wir in der NRW-Koalition den vorliegenden Antrag zur Studi-App verabredet.

Wir wollen die heterogene Landschaft, in der es in Sachen Digitalisierung starke Ungleichzeitigkeiten gibt, aufgreifen und mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob wir nicht Schnittstellen zu bestehenden digitalen Angeboten schaffen können und in eine landesweite einheitliche App integrieren können. In Rede stehen die Funktionen des Studierendenausweises, Zahlungsfunktionen zum Kopieren und Drucken, zur Ausleihe in den Bibliotheken, das Bezahlen in der Cafeteria und der Mensa und natürlich das Semesterticket. Vielleicht können auch Vorlesungsverzeichnisse und Lernplattformen integriert werden.

Wir möchten gerne im Rahmen der Machbarkeitsstudie gemeinsam mit den Hochschulen landesweite Standards entwickeln und zunächst Kernfunktionen für ein digitales vergleichbares Angebot identifizieren. Noch einmal, damit es kein Missverständnis gibt: Es geht uns nicht darum, ein neues System neben die an manchen Orten bereits bestehenden zu stellen. Wir wollen eine Plattform, die Bestehendes integriert und ergänzt. Natürlich muss dabei der Datenschutz sichergestellt werden. Es geht uns auch um Akzeptanz und nicht um Konkurrenz.

Ich erinnere mich noch gut an meine eigene Zettelwirtschaft während meines Studiums in den 90er-Jahren und werbe sehr für dieses Projekt, das uns aus der Studierendenschaft ans Herz gelegt wurde. Aus den Reihen der Studierenden haben wir bereits sehr viel positive Rückmeldungen erhalten und Bedarf nach einer solchen App gemeldet bekommen. Wir wollen den Hochschulstandort und den Studienstandort Nordrhein-Westfalen deutlich weiterentwickeln. Wir können mit der Studi-App die Digitalisierung im Hochschulraum weiter vorantreiben.

Wir möchten heute den Antrag direkt abstimmen, damit uns die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie noch

in dieser Legislatur erreichen und wir dann zum eigentlichen Projekt kommen können, nämlich zum Prozess der Umsetzung der Studi-App.

Zuhören, entscheiden, handeln – so vorstehe ich Qualitätspolitik. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, Christian Mangen [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Nacke. – Jetzt spricht Frau Beihl für die FDP-Fraktion.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich an meine Studienzeit zurückdenke, dann denke ich neben vielen spannenden Vorlesungen und Seminaren beispielsweise auch an viele Fahrten im Zug zur Uni. Während dieser Fahrten gab es natürlich auch einige Ticketkontrollen. Mein Semesterticket musste ich jedes Semester neu auf ein laminiertes Stück Papier aufkleben.

(Die Rednerin hebt eine Karte hoch.)

– So sah das damals aus. Der eine oder andere kennt das hier vielleicht. Etwas mühselig, und ja, man lief auch immer Gefahr, dass diese Aufkleber abrisen oder irgendwann nicht mehr gut zu lesen waren. Darüber hinaus musste man auch immer diese zweite Karte,

(Die Rednerin hebt eine zweite Karte hoch.)

die der eine oder andere vielleicht auch kennt, zum Bezahlen in der Mensa dabei haben.

Und heute: Was brauchen unsere über 700.000 Studierenden täglich, wenn die Hochschulen nach Überwindung der Pandemie wieder zur Präsenzlehre zurückkehren können? Sie brauchen nach wie vor den ÖPNV, um zur Hochschule zu kommen. Sie brauchen die Mensa, um mittags und zwischendurch was zu essen. Sie brauchen die BIB, wo Lektüre ausgeliehen werden kann, abends dann Kino, Schwimmbad oder Kunstausstellung – all das natürlich mit einer Studierendenermäßigung. Vielleicht gibt es auch Prüfungsergebnisse, oder die Immatrikulationsbescheinigung wird mal kurz für den Nebenjob gebraucht und, und, und – die Liste ließe sich fortsetzen.

Auch heute noch setzen manche Hochschulen weiterhin auf Studierendenausweise in Papierform. Andere Hochschulen setzen auf verschiedene Chipkarten. Wieder andere Hochschulen bieten einige wenige Funktionen bereits in einer Smartphone-App an. Erst sehr wenige haben alle Funktionen von A bis Z in einer kompletten Smartphone-App vereint. Alle Hochschulen in NRW stehen also vor der gleichen

Herausforderung, im Interesse der Studierenden bessere digitale Serviceangebote zu schaffen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Trotzdem werbelt aber jede Hochschule für sich und muss Kosten alleine tragen. Gemeinsam mit unseren Hochschulen wollen wir für unsere Studierenden hier einen Schritt weiter gehen. Deshalb schlagen wir mit der Studi-App eine digitale Lösung für alle Studierenden in NRW vor.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

So, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, bringen wir die Digitalisierung an unseren Hochschulen weiter voran.

Die Coronakrise hat uns gezeigt, dass so vieles nicht nur möglich, sondern auch machbar ist. All diese Erfahrungen müssen wir uns ganz genau anschauen und weiterentwickeln. Denn wir wollen unseren Studierenden einen echten Mehrwert bieten und ihren Studienalltag besser machen.

Außerdem erleichtern wir damit den Studienbeginn von internationalen Studierenden und verhindern Probleme bei Hochschulwechseln.

Wir wollen nun eine landesweite Studi-App auf den Weg bringen, die als Plattformlösung all die genannten Aspekte integriert: eine Zahlungsfunktion zum Kopieren und Drucken, zur Ausleihe in der Bibliothek, zur Zahlung in der Mensa und zur Nutzung des NRW-Semestertickets.

Perspektivisch wollen wir die Aufnahme des Vorlesungsverzeichnisses oder von Lernplattformen wie beispielsweise ILIAS umsetzen. Dazu brauchen wir zunächst Mindeststandards für Kernanwendungen, die wir gemeinsam mit den Hochschulen entwickeln wollen.

Ganz wichtig ist: Wir wollen keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten schaffen, sondern eine Plattform gestalten, die bestehende Angebote der Hochschulen über Schnittstellen einbeziehen kann.

Klar ist: Wir werden keiner Hochschule vorschreiben, was sie wie zu verwenden hat. Wir wollen attraktive Möglichkeiten schaffen, Synergien nutzen sowie Expertise und auch Kosten teilen.

Individuelle ergänzende Angebote der Hochschulen sollen bei Bedarf aufgenommen werden können. Das wird ganz bewusst kein Top-down-Prozess, bei dem alle Hochschulen über einen Kamm geschoren werden. Wir ermöglichen mit dieser Studi-App all unseren Studierenden einen zeitgemäßen, flexiblen und übersichtlichen Zugang zu ihren Studiendaten.

Wie gehen wir dieses ambitionierte Ziel nun an? – Wir wollen in einem ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie anstoßen, denn eine landesweite Studi-App ist ein umfangreiches IT-Projekt. Wir haben an unseren

69 Hochschulen unterschiedliche Voraussetzungen, die alle Berücksichtigung finden müssen. Ein sehr großes Projekt also.

Wir gehen das nun an, um für unsere Studierenden den Studierendenausweis 4.0 zu entwickeln. Wir erleichtern so den Studienalltag und machen unsere Hochschulen noch digitaler.

Ich würde mich sehr freuen, wenn unser Antrag und unsere zukunftsorientierte Idee heute für alle Studierenden in NRW auf eine sehr breite Unterstützung treffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Beihl. – Jetzt spricht Herr Bell für die SPD-Fraktion.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja wirklich eine schöne neue Welt, die hier beschrieben wird. Ich finde es wirklich bemerkenswert: In einer Zeit, in der seit einem Jahr nahezu keine Studierenden auf den Hochschulcampus sind und Studierende massive Sorgen und Probleme haben, wie sie ihr Studium inhaltlich und wirtschaftlich erfolgreich abschließen können, stellen Sie einen Antrag zur Einführung einer Studi-App, die helfen soll, sich auf dem Campus besser zurechtzufinden.

Das ist in der jetzigen Situation gerade in Richtung der Studierenden kaum zu vermitteln. Die Reaktionen, die ich dazu erhalten habe, sind auch bei Weitem nicht so euphorisch und positiv, wie Sie das hier darstellen.

Mein Eindruck ist auch, dass sich die Menschen in diesem Land aktuell deutlich mehr Engagement der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen bei der Entwicklung digitaler Kompetenz zur Bewältigung der Pandemie wünschen; aber sei's drum: Es ist Ihre Entscheidung, welche Inhalte Sie gerade besetzen wollen.

Noch bemerkenswerter ist aus meiner Sicht allerdings, dass Sie über den Antrag nun ohne eine Diskussion unmittelbar abstimmen wollen, obwohl fachlich nicht eine Frage dazu von uns gestellt werden konnte.

Ich will mal Fragen aufwerfen, die sich nach der Lektüre dieses Antrags stellen: Gibt es überhaupt eine Bereitschaft der Hochschulen, sich an dieser Initiative zu beteiligen?

Warum sollen wir heute hier im Parlament einen Blankoscheck ausstellen, ohne dass klar ist, wie diese Bereitschaft aussieht?

Wie viel Geld soll für die Machbarkeitsstudie bereitgestellt werden? Sie selber schreiben in Ihrem Antrag, die Machbarkeitsstudie soll aus „bereiten Mit-

teln“ finanziert werden; ein bisschen mehr haushaltsrechtliche Klarheit würde man sich schon wünschen.

(Beifall von der SPD)

Aus welchem Finanzteil wird denn hier finanziert, und was wird dafür nicht ausgegeben?

Warum soll jetzt ein Produkt entwickelt werden, das es bereits von verschiedenen Anbietern auf dem Markt gibt? Wenn Sie sich zum Beispiel die Webseite uninow.de anschauen, können Sie erkennen, dass es einen Anbieter gibt, der nämlich für Hochschulen die Integration genau dessen betreibt, was Sie hier mit einer Machbarkeitsstudie realisiert haben wollen.

Wie sehen die Hochschulen die ja nicht unproblematische Anbindung von Fremdanbietern an ihre IT-Landschaft und die damit entstehende Datenschutzproblematik?

Das sind nur erste Fragen, die bei der Lektüre Ihres Antrages auftauchen. Ich finde wirklich, dass es kein sachgerechter Umgang mit diesem Parlament und uns als Opposition ist, diese Fragen keiner sachlichen Klärung im Rahmen einer Befassung im Fachausschuss zuzuführen.

Wir werden diesem Antrag aus diesem Grund nicht zustimmen.

(Zuruf von der CDU)

Wir werden – das will ich hier schon einmal ankündigen – das Projekt beginnend bei der Ausschreibung und Vergabe der Machbarkeitsstudie allerdings kritisch begleiten. Sollten Fragen, die durch eine sachgerechte Befassung im Fachausschuss hätten geklärt werden können, in der Machbarkeitsstudie dazu führen, dass das Projekt nicht realisiert werden kann, werden wir die Frage der politischen Verantwortung stellen.

Das will ich hier ankündigen, weil es wirklich schon ein extrem seltener Vorgang ist, wie das hier heute gehandhabt wird. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bell. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Wissenschaftspolitik der Landesregierung und der schwarz-gelben Koalition ist ja ohnehin schon bemerkenswert ambitionslos; da reiht sich dieser Antrag wirklich perfekt ein.

Abgesehen davon, dass es offensichtlich eine Vorgabe aus der Staatskanzlei gibt, dass, bitte schön,

jedes Ressort eine App zu irgendwas zu entwickeln habe, damit man,

(Zuruf von der SPD)

wenn man schon nicht digitaler ist, wenigstens ein bisschen digitaler aussieht, muss man doch bei der inhaltlichen Bewertung des Vorhabens sagen:

Zumindest mit der technischen Seite, eine App zu programmieren, eine Plattform zu programmieren, haben wir inzwischen genug Erfahrung, um zu wissen, dass das nicht unbedingt die reine Raketenwissenschaft ist.

Dazu kann man sich einfach mal auf den einschlägigen Marktplätzen informieren oder bei denjenigen nachfragen, die so was können. Es gibt genügend Stellen, die diese Möglichkeit haben; dafür braucht man keine große Studie.

Man kann sich auch einfach mal im Land umgucken, was es schon an Angeboten gibt. Dann sieht man, dass solche Studi-Apps selbstverständlich ohne Weiteres machbar sind.

Wie ich zu dieser sagenhaften These komme? – Ich habe mal bei den Hochschulen geguckt, was es alles so gibt. Sie haben in Ihrem Antrag selbst die Hochschule Niederrhein aufgeführt. Es gibt die Studi-App an der TU Dortmund und an der TH Köln.

Auch an der Uni Duisburg-Essen, der größten Hochschule, gibt es mit myUDE eine App, die sogar noch deutlich mehr Funktionen bietet als das, was Sie anbieten wollen: den persönlichen Stundenplan, Prüfungsverwaltung, erbrachte Leistungen, Bibliotheksfunktionen, das digitale Semesterticket, einen – das fand ich besonders schön – auf Allergien und Ernährungsgewohnheiten anpassbaren Speiseplan, den kompletten ÖPNV-Fahrplan rund um den Campus und Uniinformationen.

Es gibt also reichlich Angebote. Technisch ist das kein wirkliches Problem, wenn man Leute beauftragt, die das können.

Dann wäre da natürlich noch die organisatorische Frage: Wie setzen wir das Ganze um? Bevor man hier so einen großartigen Antrag vorlegt, könnte man den Hochschulen einen Brief oder ein Fax oder vielleicht sogar eine E-Mail mit der einfachen Frage schicken: Wollt ihr, dass das Land die Regie für eine solche App übernimmt, oder wollt ihr das auf eure Weise alle selber machen? – Wenn man dann einen Blick in diese Mail und ins Internet wirft, ist das, was Sie hier beantragen, eigentlich schon erledigt.

Vierzehn Monate vor der Wahl mit so einer Machbarkeitsstudie um die Ecke zu kommen, macht eigentlich allen Beteiligten klar, dass dieses Projekt nicht mehr unter einer schwarz-gelben Regierung umgesetzt wird.

Es gibt dann vielleicht einen netten Pressetermin für die Nachfolgeregierung, aber eigentlich stellen Sie diesen Antrag an dieser Stelle nur, weil einige von Ihnen gerade den Begriff „App“ kennengelernt haben und ihn voll populär finden.

Noch viel wichtiger ist doch aber die Frage: Trauen Sie – Sie als die Koalition, die hier immer erzählt, dass die Hochschulen alles selbst können, dass wir überhaupt nichts machen müssen und dass es eigentlich eine Beleidigung der Hochschulautonomie ist, dass wir überhaupt ein Hochschulgesetz haben – den Hochschulen nicht zu, diese Angebote alleine zu schaffen?

Warum soll eine App entwickelt werden, wenn es all diese Angebote vor Ort schon gibt? Warum sollen sich die Hochschulen nicht selbst über die Strukturen, die wir mit der Digitalen Hochschule NRW geschaffen haben, vernetzen, die besten Modelle herausuchen und dann gute digitale Lösungen übertragen? – Ich frage mich, warum Sie denen das nicht zutrauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In dem Antrag schreiben Sie, dies werde, wenn es fertig sei, aus bereiten Mitteln finanziert. Nein, so einfach wird es nicht funktionieren; schließlich brauchen die Hochschulen, wenn sie irgendetwas entwickeln sollen, eine vernünftige Ausstattung dafür.

Dass CDU und FDP den Hochschulen im nächsten Jahr 15 Millionen Euro für die Digitalisierung streichen wollen, ist dafür sicherlich nicht hilfreich; damit könnte man jede Menge Apps entwickeln.

Dazu kommt natürlich, dass man fragen muss, was Studierende für eine Erleichterung ihres Lebens momentan eigentlich wirklich brauchen. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel eine vernünftige Nothilfe in der Pandemie. Weitere Möglichkeiten wären eine bessere Betreuungsrelation oder Hörsäle, in die es nicht hineinregnet. All das wären Baustellen, die Sie anpacken könnten.

(Zuruf von der CDU)

All das, mit dem man wirklich helfen würde, wollen Sie nicht anpacken. Stattdessen wollen Sie uns eine Machbarkeitsstudie für eine App vorlegen, während die Hochschulen das wahrscheinlich selber besser könnten. Das machen wir nicht mit. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bolte-Richter. – Jetzt hat Herr Seifen für die AfD-Fraktion das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag bringt eigentlich kein politisches Anliegen ins Parlament. Es ist Tagesgeschäft der Exekutive oder der institutionellen Handlungsträger, also der Universitäten, dafür zu sorgen, dass organisatorische Abläufe geregelt und optimiert werden. Wenn der Wunsch danach bestanden hätte, hätten wir auf diesem Gebiet sicherlich schon etliche Aktivitäten zu beobachten.

Bei einer Datenvernetzung stellt sich selbstverständlich immer die Frage, inwiefern sie notwendig, von Vorteil oder überhaupt möglich ist. In Ihrem Antrag geben Sie 69 Hochschulen mit 767.000 Studenten an, zwischen denen über eine Studi-App quasi hochschulübergreifend eine Vernetzung gebildet werden soll.

Wenn ich bedenke, dass die Digitalisierung des Antrags- und Organisationsverfahrens im Bereich der Studienförderung nach BAföG noch immer auf sich warten lässt und die Verantwortlichen damit offensichtlich heillos überfordert sind, sodass sogar der in NRW verantwortliche IT-Service nach Meinung einiger Fachleute für solch zentrale Digitalisierungsvernetzungen eher hinderlich ist, frage ich mich natürlich, wie diese Vernetzung unter 69 Hochschulen funktionieren soll.

In Ihrem Antrag geben Sie der Regierung ja auch lediglich den Auftrag, all dies zu prüfen. Dagegen kann man zunächst nichts einwenden – wenn, wie meine Vorredner schon betont haben, nicht das liebe Geld wäre und möglicherweise haushalterische Umschichtungen stattfänden.

Vielleicht sollte man aber nicht zu pessimistisch an die Sache herangehen und auf ein mögliches Ergebnis warten. Allerdings ist doch zu bedenken, dass sich die Hochschulen eigene digitale Verwaltungssysteme aufgebaut haben; auch das ist hier schon mehrfach gesagt worden. Sie sind meiner Einschätzung nach nicht zwangsläufig kompatibel.

Die Systeme der Hochschulen sind doch sehr unterschiedlich, weil eben die Bedürfnisse für die digitale Erfassung je nach Hochschule unterschiedlich sind. Insofern hätte ich mir gewünscht, der Antrag hätte dezidiert mehrere Prüfungsmöglichkeiten ausgewiesen.

Es wäre schon ein Fortschritt, wenn zum Beispiel Hochschulen oder Fachbereiche gleichen Charakters über eine gemeinsame App miteinander verbunden wären, denn Sie wollen doch sicherlich die Flexibilität der Studierenden zwischen verschiedenen Städten und Hochschulen herstellen; die Schnittmengen in den Bereichen „Organisation“ und „Beratung“ sind am größten.

Wir stellen es der Weisheit der Regierung anheim auszuschärfen, was der Antragsteller an Ausschärfung nicht geleistet hat oder nicht hat leisten wollen.

Ich sehe dem Ergebnis dieser Prüfung jedenfalls mit Interesse entgegen und bin gespannt, wie viel Zeit im Land verstreichen wird, bis so etwas wie ein Ergebnis vorgelegt werden kann. Mein Vorredner sprach von der nächsten Regierung, möglicherweise ist es aber auch die übernächste oder die überübernächste.

Ich hoffe darauf, dass die Prüfung dann auch Datenschutzfragen in den Blick genommen hat, denn es stellt sich doch die Frage, inwiefern eine Vernetzung von Daten die Wahrung des Datenschutzes möglicherweise erschwert und einen Datentransfer größten Ausmaßes ermöglicht.

Je mehr die jungen Leute datentechnisch erfasst sind, desto offener liegen ihre Lebensläufe und Ausbildungsverläufe späteren Arbeitgebern und anderen Interessenten vor.

Bestimmte Zeitgenossen preisen immer die Digitalisierung aller möglichen Lebensbereiche als den alternativen Weg in die Moderne. Von denen werden die Skeptiker dieses Weges als hoffnungslos rückständige Zeitgenossen belächelt. Die Nachdenklichkeit bei der Einführung neuer Technologie hat aber nichts mit Rückständigkeit zu tun, sondern beweist eine höhere Sensibilität für die Vielfalt an Auswirkungen, die damit verbunden sind.

Diese Sensibilität wünsche ich mir auch bei der weiteren Digitalisierung unserer Lebenswelt. Bei all dem müssen wir vom Menschen und nicht von der Organisationsoptimierung aus denken.

Ich hoffe jedenfalls, dass die durch dieses Parlament Beauftragten mit dieser konservativen Haltung an ihren Prüfauftrag gehen. Mal sehen, ob Sie dazu in der Lage sind.

Dann mal gutes Gelingen. Trotz unserer Skepsis stimmen wir dem Antrag zu. Wir harren der Dinge, die dann auf uns zukommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Als nächstes hat die Landesregierung das Wort. Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen, bitte.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Vernetzung im Hochschulraum Nordrhein-Westfalen weiter voranzutreiben, ist nicht nur ein wichtiges Ziel dieser Landesregierung; es ist auch der Anspruch an moderne, zeitgemäße und effektive Rahmenbedingungen für Studierende. Eine zentrale Grundlage dazu sind gemeinsame

Standards und Schnittstellen zwischen den Hochschulen.

Im Rahmen der „Digitalen Hochschule NRW“, die noch keine Erwähnung fand, aber doch eine wichtige Rolle dabei spielt, erfolgt bereits eine intensive Vernetzung und Kooperation der Hochschulen, um die Digitalisierung im Hochschulraum Nordrhein-Westfalen voranzutreiben.

Mit der landesweiten Digitalisierungsinitiative unterstützt das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen die Hochschulen dabei seit 2019 mit jährlich 50 Millionen Euro. Ich habe mir die Augen gerieben und den Haushaltsplan genau studiert: Vorher gab es das gar nicht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Herr Bell und vor allen Dingen Herr Bolte-Richter, wenn Sie auf die Ausstattung hinweisen, muss ich sagen, dass ich das schon ziemlich gut finde.

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Die Hochschulen arbeiten damit. Wir werden es in der Tat nächstes Jahr im Haushalt erst einmal absenken, weil dann eine gewisse Grundlage geschaffen ist. Das Geld ist auch insgesamt noch nicht verausgabt; das steht uns auch weiterhin zur Verfügung, weil es sehr ruhig und bedacht geplant werden muss.

Erste Erfolge wie das zukünftige Landesportal ORCA.NRW oder die Landesinitiative zum Forschungsdatenmanagement sind bereits sichtbar; das wollen wir künftig ausbauen.

Dabei kann auch eine digitale Plattform, die für Studierende und Hochschulen über unterschiedliche Schnittstellen wie über eine Studi-App schnell und einfach erreichbar ist und die Vielzahl der digitalen Angebote bündelt, ein weiterer Baustein sein.

Im zunehmend digitalisierten Hochschulraum gilt es, auch die unterschiedlichen Services, Plattformen und Datenbanken zeitgemäß und zukunftsgerichtet aufzustellen.

Klar ist, dass dies gemeinsam mit den Hochschulen passiert; das wurde soeben schon infrage gestellt. Wir tun das übrigens immer, auch wenn es Ihnen offensichtlich entgangen ist, denn gemeinsame Standards können nur mit und von den Hochschulen entwickelt und implementiert werden, um auch mit bestehenden Angeboten, Systemen und Funktionen kompatibel gestaltet zu werden.

Nur dann können sie einerseits den Studienalltag für Studierende effizienter gestalten und auf der anderen Seite für die Hochschulen mit Synergien verbunden sein, die aus einem gemeinsamen Standard für den Austausch von Studierendendaten entstehen und die Arbeit der Hochschulverwaltungen erleichtern; auch das ist ein Aspekt dabei.

An vielen Hochschulen gibt es bereits entsprechende Ansätze – das wurde hier erwähnt –, die verschiedenen Funktionen und Dienstleistungen in die Karten und Apps zu integrieren. Voraussetzung ist dabei auch, dass sich die App in die aktuellen Digitalisierungs- und Standardisierungsverfahren im länderübergreifenden Kontext einfügt und natürlich datenschutzrechtlichen Standards entspricht.

Es gibt auch bereits länderübergreifende Ansätze, die einen Rahmen für eine Machbarkeitsstudie bilden können. So wird im Zuge des Onlinezugangsgesetzes derzeit am Austausch von Studierendendaten gearbeitet.

An dem bundesweiten Projekt „XHochschule“ arbeiten unter Beteiligung Nordrhein-Westfalens bundesweit Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Wissenschaftsressorts und der Campusmanagementsysteme und nehmen dabei auch die Anbindung an bereits bestehende europäische Standards in den Blick. Die ganze Angelegenheit ist also etwas umfassender, als hier teilweise kritisiert wurde.

Der Anspruch und die Aufgabe einer digitalen Plattform, die die heterogenen Angebote aller Hochschulen verbindet, ist groß, wäre aber eine Chance zur Vereinfachung und Erleichterung der Organisation des Alltags der Studierenden an den Hochschulen und kann wertvolle Synergien schaffen.

Ob es inhaltlich, technisch und finanziell darstellbar sein wird, die große Zahl unterschiedlicher Systeme und Schnittstellen zu verbinden, kann eben eine solche Studie aufzeigen. Daher begrüßen wir den Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Nun hat sich für die FDP noch einmal Frau Kollegin Beihl zu Wort gemeldet.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Bell, lieber Herr Kollege Bolte, die Ministerin hat zwar gerade schon einiges verdeutlicht, aber ich glaube, Sie haben mir und dem Kollegen Nacke einfach nicht zugehört:

Wir trauen den Hochschulen eine ganze Menge zu – im Übrigen viel mehr, als Sie das in den vergangenen Jahren getan haben. All das, was wir in dem Antrag fordern und auf den Weg bringen, machen wir gemeinsam mit den Hochschulen. Wir lassen sie frei darüber entscheiden, was sie nutzen und inwiefern sie das umsetzen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Insofern können Sie Ihr Empörungslevel ein bisschen herunterfahren.

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beihl. – Jetzt hat sich für die SPD noch Herr Bell zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): Frau Beihl, gut gebellt ist an der Stelle nicht gut gemacht; das will ich so deutlich sagen. Wir waren hier durchaus relativ sachlich unterwegs und haben Ihnen schlichtweg aufgezeigt, dass Ihr Antrag nicht State of the Art ist.

(Stefan Lenzen [FDP]: Sie haben nicht zugehört!)

Sie müssen sich an dieser Stelle wirklich auch mit den realen Bedingungen befassen. Ich bleibe dabei: Den Antrag direkt abzustimmen, ist der Angst geschuldet, sich im Fachausschuss inhaltlich intensiver mit der Materie befassen zu müssen;

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

sonst würden Sie das nicht tun. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, in einen konstruktiven Dialog einzusteigen.

(Zurufe von Matthias Kerkhoff [CDU] und Frank Müller [SPD])

Das ist nichts anderes als Show und heiße Luft; darauf hat Herr Bolte-Richter völlig zu Recht hingewiesen. Die Systeme gibt es auf dem Markt schon. Wir hätten in der Anhörung ein Start-up aus Magdeburg eingebracht. Das machen Sie sonst so gerne: Start-ups einzuladen, die bestimmte Dinge schon machen, in diesem Fall für 28 Hochschulen in ganz Deutschland.

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie viele Sachen, die mittlerweile auch hier in Deutschland State of the Art sind, einfach nicht kennen oder nicht zur Kenntnis nehmen. Insoweit lehnen wir den Antrag voller Überzeugung ab; da hilft auch rhetorisches Geplänkel nicht weiter.

(Beifall von der SPD und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Bell. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Nun kommen wir zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass über diesen Antrag eine direkte Abstimmung erfolgen soll. Wer also stimmt

dem Inhalt des Antrags zu? – CDU und FDP sowie die AfD-Fraktion stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf:

3 Kindern, Jugendlichen und Familien aus der Pandemie helfen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13066

In Verbindung mit:

Gute Bildung braucht außerschulische Lernorte. NRW muss endlich alle Potentiale nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13067

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13184

Frau Voigt-Küppers steht schon bereit, kommt ans Pult und hat jetzt das Wort. Bitte schön.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! In den letzten Wochen habe ich viele Besuche in Jugendtreffs und in Museen unternommen, kurz gesagt: in außerschulischen Lernorten oder Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche treffen könnten.

Ich habe viele Gespräche geführt, und wo es mir wegen der Coronabedingungen nicht möglich war, direkt mit den Menschen zu reden, habe ich Videokonferenzen gemacht. Ich habe bei allen Gesprächen die Frage gestellt: Was geben Sie mir mit? Was soll ich meinen Kolleginnen und Kollegen, was soll ich der Regierung in Düsseldorf sagen? – Immer und immer wieder war die Antwort: Hört uns zu. Fragt uns, was wir wollen. Redet nicht immer nur über Noten und über Prüfungen.

In den letzten Wochen haben wir hier viel über Kinder und Jugendliche gesprochen, aber fast immer in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne „Stimme für die Jugend“ wird heute Morgen abgeschlossen; mein Kollege Dr. Maelzer wird darauf noch genauer eingehen.

Gesprochen habe ich auch mit Sozialarbeiterinnen, mit Erziehern und mit Pädagogen. Auch dieses Zitat

ist hier schon häufig gefallen: Die Kinder und ihre Familien gehen uns verloren.

Besonders beeindruckt hat mich die Erzählung einer Sozialpädagogin, die Kindern mit Migrationshintergrund Lernangebote gemacht hat. Sie erzählte: Morgens sitzen die Kinder schon vor der Öffnungszeit hier auf den Treppen, um ein bisschen Free WLAN anzuzapfen. Sie wollen lernen, sie wollen sich treffen, sie wollen miteinander spielen, sie wollen Konflikte miteinander austragen.

In Jugendtreffs fragte man uns: Warum können wir nicht aufmachen? – Inzwischen können die sich mit fünf Leuten treffen. Sie fragten: Warum können wir nicht aufmachen? Die anderen treffen sich sowieso. Dann sind sie eben nicht hier im Jugendtreff, sondern in dem nicht einsehbaren Spielplatz, auf der Lichtung im Wald oder hinter dem Supermarkt.

Die Bertelsmann-Studie hat diese Woche noch einmal bestätigt: Kinder und Jugendliche gehen uns verloren. Einrichtungen mussten zeitweise geschlossen werden. Wo sie geschlossen werden mussten, um Schutz zu geben, waren wir an Ihrer Seite. Dabei finden Sie uns auch weiterhin an Ihrer Seite.

Dennoch richte ich an Sie den dringenden Appell: Wir müssen immer die konkrete Situation einschätzen. Wo es möglich ist, wo uns die Rahmenbedingungen diese Möglichkeit lassen, sollten wir darüber reden, dass wir den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten geben, sich zu entwickeln.

Kinder und Jugendliche sind nicht nur Schülerinnen und Schüler; sie brauchen andere Menschen, sie brauchen Erlebnisse, sie brauchen Konflikte. All das ist wichtig für ihre Entwicklung, und dazu brauchen sie Räume und Einrichtungen.

Bereits im letzten Sommer haben wir hier gesagt: Lasst uns gemeinsam kreative Lösungen finden. – Das Problem war damals, dass Räume fehlten und Personal fehlte, um Klassen zu teilen. Frau Müller-Rech antwortete damals in der Diskussion: Mit uns wird es das nicht geben. Wir gehen nicht auf Kegelbahnen.

Auch wegen dieser Bemerkung habe ich mir dann außerschulische Lernorte angeguckt; ich muss sagen: Es gibt eine Menge Orte, die ausgezeichnete Bedingungen für außerschulische Aktivitäten bieten würden.

Ich will ein Beispiel nennen: In meinem Wahlkreis, der Stadt Alsdorf, gibt es ein Bergbau-Museum, das „Von der Sonne zur Sonne“ heißt. Viele Minister oder Ex-Minister, zum Beispiel auch Herr Pinkwart, haben dieses Museum besucht.

Dieses Museum bietet ideale Chancen. Es hat Konferenzräume; es hat Luftfilter; es hat Mitmachmöglichkeiten; es hat Museumspädagogen. Aber dieses Museum ist geschlossen. Dabei liegt eine Schule

direkt gegenüber. Man könnte gerade den Wechselunterricht ideal dazu nutzen, in den Zeiten, in denen die Lehrer andere Gruppen unterrichten, an dieser Stelle Angebote zu machen.

Ein weiteres Beispiel: In Aachen, der Heimatstadt unseres Ministerpräsidenten, gibt es einen Abenteuer-spielplatz – 10.000 m² Areal, ein großes Haus. Dort ist die benachbarte OGS, eine Schule des Standort-typs 5, ebenfalls seit Wochen geschlossen.

Sie bieten in Ihrem Entschließungsantrag Folgendes an: Das alles haben wir berücksichtigt. Wir geben jetzt „Extra-Zeit zum Lernen“. – Das unterstützen wir. Deshalb werden wir auch den Entschließungsantrag unterstützen.

Nichtsdestotrotz muss ich sagen: Ich stolpere über ein Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 10. März 2021 an die pädagogischen Leitungen der außerschulischen Lernorte, in dem, wie ich zitieren darf, Folgendes verlautbart wird:

Auch eintägige Schulfahrten, zum Beispiel zu einem außerschulischen Lernort, werden hiermit erfasst.

Das ist der Wandererlass. Sie dürfen also nicht eintägige Fahrten zu außerschulischen Lernorten machen. Faktisch heißt das: Viele außerschulische Lernorte sind überhaupt nicht erreichbar, weil es den Wandererlass gibt und man an dieser Stelle verbietet, mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln dorthin zu fahren.

Meines Erachtens gibt es da bessere Lösungen. Man könnte sagen: Schüler, die morgens getestet sind, können nachmittags auch zum außerschulischen Lernort gehen.

Ich habe mit Theaterpädagogen gesprochen. Die Künstlerinnen und Künstler stehen vor der Tür und dürfen nicht hinein. Es gibt eine Menge an Förderung von Kultur für Kinder und Jugendliche. Aber sie dürfen im Augenblick nicht in die Gebäude hinein. Das sind übrigens Fachleute, die in wirtschaftlicher Not sind und denen wir damit ein Standbein geben könnten.

Ich will abschließen und sagen: „Bedenken second“ hat die FDP 2017 plakatiert. Zu spüren ist davon nicht viel. Im Gegenteil: Bürokratie statt Lösungen!

(Henning Höne [FDP]: Mit Blick auf das Wahlergebnis hat das ganz gut funktioniert!)

Blicken wir auf die guten Ideen vor Ort – in den Kommunen, in den Bildungsbüros. Lassen Sie uns die engagierten Menschen miteinander verbinden, Netzwerke schaffen und zum Wohle unserer Kinder Entwicklungs- und Aufenthaltsangebote machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Voigt-Küppers. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Danke. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Frage, was Politik kann, um Kindern und Jugendlichen aus der Pandemie zu helfen, haben wir nicht zuletzt gestern mit Blick auf die Erstattung der Elternbeiträge miteinander diskutiert.

Ich danke in diesem Zusammenhang gerne noch einmal meinem Kollegen Raphael Tigges. Er hat, wie ich finde, sehr gut klargemacht, mit welchen konkreten Maßnahmen Bund, Land und die kommunale Familie das Ihrige dazu getan haben, um Kinder, Jugendliche und Familien in dieser herausfordernden Zeit zu unterstützen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht, die Zahlung eines Kinderbonus für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen, die Ausweitung der Kinderkrankentage für die Eltern auf den Weg gebracht und für eine Entlastung durch den Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen gesorgt.

Das Land hat im engen Schulterschluss mit der kommunalen Familie Elternbeiträge erstattet, für Schutzausrüstung wie FFP2-Masken gesorgt, kostenlose Testmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, ein Kita-Helfer-Programm aufgelegt und zuletzt 64 Millionen Euro für Selbsttests zur Verfügung gestellt.

(Michael Hübner [SPD]: Im Februar!)

Ich meine, es ist keine Zeit für Selbstlob. Jede, jeder tut in dieser herausfordernden Zeit nach Kräften, was sie, was er kann.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Zwei Dinge kann man festhalten.

Aus Sicht der Kinder: Wir tun unser Möglichstes, um zu gewährleisten, dass Kinder wieder von frühkindlicher Bildung und Kontakt mit Gleichaltrigen profitieren können.

Aus Sicht der Eltern: Wir tragen dafür Sorge, dass Eltern auf Betreuungsangebote zurückgreifen können, die es ihnen ermöglichen, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen.

Das einmal als Zwischenfazit.

Sie wissen, dass CDU und FDP immer an einer sachlichen Debatte interessiert sind. Deswegen will ich konkret auf die Beschlusspunkte aus Ihrem Antrag eingehen.

Erstens. Sie fordern, bei weiteren Öffnungsschritten die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen und Angebote für sie prioritär zu

öffnen. Dazu sage ich: Das war bereits in der Vergangenheit, ist jetzt und bleibt auch in Zukunft die Richtschnur des Handelns der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen CDU und FDP. Unser Ministerpräsident Armin Laschet und unser Familienminister Dr. Stamp, mein Kollege Marcel Hafke und ich haben das auch an dieser Stelle hier im Hohen Haus immer wieder deutlich gemacht.

Zweitens. Sie fordern, die Testmöglichkeiten für Kinder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erweitern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kamieth, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Ich habe leider die kleine Pause vor dem „Zweitens“ verpasst. Die Kollegin Voigt-Küppers würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Jens Kamieth (CDU): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Danke, Herr Kamieth, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich will an dieser Stelle gar keine kontroverse Diskussion führen. Es geht mir darum, konstruktiv bessere Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu finden.

Stimmen Sie mir zu, dass es erschreckend ist, wenn auf der einen Seite gesagt wird: „Wir öffnen jetzt mehr“, aber auf der anderen Seite faktisch durch den Wandererlass die Möglichkeit genommen wird, diese neu geöffneten Einrichtungen dann zu besuchen?

Jens Kamieth (CDU): Ich bin insofern bei Ihnen, als dass wir in der Tat schauen müssen: Wie können wir lokal auf die Inzidenzen reagieren? – Wir sind ein großes, vielfältiges Land mit sehr unterschiedlichen Situationen. Der Begriff „auf Sicht fahren“ hat sich im Grunde genommen seit einem Jahr etabliert. Ich meine, dass das auch tatsächlich der Punkt ist, der die Antwort auf Ihre Frage ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Der hat sich gerade nicht bewährt! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bin selbst – bedauerlicherweise – Bewohner eines Kreises, der im Moment, glaube ich, unter den Top 3 im Land ist, was die Inzidenzen betrifft. Wir haben gerade die 200 überschritten. Deswegen muss man im Kreis Siegen-Wittgenstein im Moment halt anders ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Nur, weil demnächst Ostern ist, muss man nicht so rumeiern! – Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

– Warum lachen Sie, wenn ich Ihre ...

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Entschuldigung! Das war die eine Zwischenbemerkung!)

– Ich halte es für keinen angemessenen Umgang mit diesem Thema, eine Zwischenfrage zu stellen und sich dann mit anderen durchaus geschätzten Kolleginnen hier zu belachen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Entschuldigung!)

Tut mir leid. Dann spare ich mir auch den Rest der Antwort auf Ihre Zwischenfrage.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Glück gehabt! Da war ja auch nicht viel Antwort!)

– Melden Sie sich doch, Frau Kollegin. Dann können wir hier vielleicht alle zusammen lachen, wenn Ihnen danach ist.

Zweitens. Sie fordern, die Testmöglichkeiten für Kinder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erweitern.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist aber sehr viel Dünnhäutigkeit!)

Dazu sage ich: Wir haben von Anfang an unsere Möglichkeiten ausgeschöpft und Schritt für Schritt das Angebot an Schutzausrüstung und Testmöglichkeiten erweitert. Erst waren es FFP2-Masken. Dann gab es Testmöglichkeiten. Jetzt sind es die Mittel für die Selbsttests. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich darauf verlassen, dass wir auch weiterhin unser Bestes geben, um den Schutz der Kinder und Jugendlichen sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

Drittens und viertens. Sie fordern, einen Kinder- und Jugendgipfel und einen runden Tisch einzuberufen. Dazu sage ich: Gipfel braucht man immer dann, wenn ein regelmäßiger Austausch fehlt. Das ist aber sowohl mit Blick auf die Landesregierung als auch mit Blick auf die Fraktionen von CDU und FDP nicht der Fall. Wir brauchen keine PR-Veranstaltungen, sondern ein vertrauensvolles Miteinander, wie es die CDU und die FDP selbstverständlich mit allen Kindern und Jugendlichen sowie den relevanten Akteuren seit jeher pflegen.

Es freut mich, dass Sie in Ihrem Antrag das wichtige Thema der Familienerholung ansprechen. Dazu kann ich Ihnen mitteilen, dass wir im Haushalt ein Sonderprogramm in Höhe von 1 Million Euro beschlossen haben. Gerade jetzt in Zeiten der Pandemie, wo Familien unsere besondere Unterstützung brauchen, ist das ein ganz wichtiges Signal. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MKFFI sind bereits mit den zuständigen Trägern der Familienerholung im engen Austausch.

(Beifall von Raphael Tigges [CDU])

Fünftens. Sie fordern, über Rettungsschirmmittel ein Jahr lang Bildungsangebote der Familienbildung und die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu finanzieren. Liebe SPD, diese Forderung haben Sie schon in einem anderen Antrag erhoben. Wir haben sie schon damals aus guten Gründen abgelehnt. Gelder aus dem Rettungsschirm sind letztlich auch Schulden.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle wird zum einen deutlich, wie un kreativ Sie sind, indem Sie alte Dinge wieder hervorholen.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Zum anderen zeigt das, dass Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nach wie vor nicht mit Geld umgehen können.

Sechstens und siebtens. Sie fordern, Studien zu den Bedarfen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen auf den Weg zu bringen. Frau Kollegin, Sie haben gerade selbst eine Studie zitiert. Ich sage Ihnen noch einmal ausdrücklich: Bundesfamilienministerin Giffey hat das Deutsche Jugendinstitut und das Robert Koch-Institut mit einer Studie beauftragt. Auch die Bertelsmann Stiftung geht jüngst in einer Studie genau den Fragen nach, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen. Mir ist nicht ersichtlich, welchen zusätzlichen Erkenntnisgewinn eine weitere Studie bringen soll. Bitte klären Sie das doch einmal mit Ihrer Bundesfamilienministerin.

Abschließend fordern Sie einmal mehr, die Elternbeiträge für Kitas und den Offenen Ganzttag auszusetzen. Darüber haben wir zum einen gestern hier ausführlich und zum anderen in den vergangenen Monaten in den Ausschüssen mehrfach debattiert. Wir haben natürlich auch ein zweites beitragsfreies Kitajahr eingeführt.

(Michael Hübner [SPD]: Dazu haben Sie doch gar keinen Beitrag geleistet!)

Ich fasse zusammen: Ihre Forderungen zeugen von der Ideenlosigkeit Ihrer Familienpolitik im Allgemeinen

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist doch nicht zu fassen!)

und mit Blick auf die derzeitige pandemische Situation im Besonderen. CDU und FDP arbeiten weiter dafür, unseren Kindern und Jugendlichen sowie den Familien einen guten Weg aus der Pandemie aufzuzeigen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Abgeordneter Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Plenarwoche neigt sich dem Ende zu – und damit einmal mehr eine Woche, in der wir mitten in der Pandemie leben und leben müssen, wie in mittlerweile so vielen Wochen. Diese Wochen und Monate ähneln sich alle auf merkwürdige Weise. Gleichzeitig ist die Lage hoch dynamisch und in Teilen schlicht unübersichtlich geworden – unübersichtlich insbesondere dann, wenn es darum geht, die Auswirkungen und Folgen der ja notwendigen Coronamaßnahmen in aller Tiefe und Breite nachzuvollziehen.

Hier verhält es sich wie so oft: Der Chor derer, die sich benachteiligt und übergangen fühlen, ist vielschichtig und singt oft auch noch im Kanon.

Die Frage ist dabei aus meiner Sicht weniger, wie gerechtfertigt das jeweilige Anliegen ist, sondern viel mehr, ob man auch wirklich diejenigen hört, die sich nur schwer Gehör verschaffen können.

Insofern finde ich es gut und richtig, dass wir uns an dieser Stelle mit der Pandemie und den Folgen für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land auseinandersetzen.

Ich habe hier das Glück, dass meine Frau in einer Hauptschule in Wuppertal unterrichtet und ich so seit Beginn der Coronakrise recht nahe am Alltag in Ausnahmezeiten in der Schule bin.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich stimme Ihnen daher in der Zielsetzung Ihres Antrags ausdrücklich zu. Wir müssen die Belange der Kinder sowie der Schülerinnen und Schüler in der Pandemiebekämpfung ganz zentral mitdenken.

Was mich allerdings bei Ihren Anträgen in diesem Bereich nach wie vor sehr irritiert, sind erstens Ihr Auftreten – wenn Sie nicht gerade an diesem Pult damit beschäftigt sind, so zu tun, als wären Sie die Einzigen, denen dieses Thema noch am Herzen liegt – und zweitens Ihr verbesserungswürdiges Timing.

Zum Ersten: Die Art und Weise, wie Sie und Ihre Parteikollegen in Duisburg und Dortmund drei Tage nach Wiedereröffnung der Schulen und Kitas ohne irgendeine Absprache mit dem Land losschlagen, um alles pauschal dichtzumachen, steht im krassen Gegensatz zu den Krokodilstränen, die Sie hier und heute vergießen.

Zum Zweiten: Beim Timing muss die Frage erlaubt sein, ob Sie die Maßnahmen von Minister Stamp, von Ministerin Gebauer und von Minister Laumann einfach aktiv ausblenden. Anders kann ich mir das tatsächlich nicht erklären.

Bezüglich der Kitas hat Joachim Stamp bereits im Sommer eine Betreuungsgarantie ausgesprochen, gerade weil die Folgen für die Kinder so dramatisch sind. Auch die Eltern, die Familien, die Teams vor Ort befürworten weit überwiegend geordnete und ge-

sicherte Eröffnungsangebote, weil „ganz dicht machen“ in keinem Verhältnis zu den Folgeschäden für alle Beteiligten steht.

Ich fasse Ihnen das gerne kurz zusammen – das habe ich bereits am Mittwoch getan –:

Erstens. Wir haben das Alltagshelferprogramm plus die Verlängerung zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig führen wir gerade Gespräche über eine Anschlussqualifizierung.

Zweitens. Wir haben die Impfpriorität – und das ist ein Megaerfolg – für das Kita-Personal und die Mitarbeiter erhöht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das Ganze wird hoffentlich bis Ostern abgeschlossen sein.

Drittens. Wir haben 4 Millionen FFP2-Masken für die Einrichtungen zur Verfügung gestellt, Herr Mostofizadeh, sowie Testmöglichkeiten und eine entsprechende Arbeitsschutz-Hotline.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jeden Tag das Gleiche vortragen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Voigt-Küppers würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Marcel Hafke (FDP): Die Frau Kollegin hatte eben genügend Zeit, ihre Position darzustellen. Ich würde deswegen gerne erst einmal ausführen.

Meine Damen und Herren, Sie haben recht, was das Testen und Impfen angeht. In der Tat muss das der Weg sein. Das geht jedoch nicht von heute auf morgen. Aber Nordrhein-Westfalen hat sich hier frühzeitig auf den Weg gemacht. Viele Bundesländer sind in dieser Frage auf unseren Kurs eingeschwenkt. Das zeigt, dass wir vielleicht nicht immer alles, aber eben doch vieles richtig machen.

Ich muss den Aussagen in Ihren Anträgen klar widersprechen. Niemand spielt hier Wirtschaft und Familie gegeneinander aus. Ganz im Gegenteil! Nur gemeinsam können wir durch diese Krise kommen.

Sie sprechen davon, dass Kinder Probleme mitkriegen. Das ist richtig. Ich bin einmal so frei, Frau Voigt-Küppers, Ihre Liste einfach einmal fortzusetzen. Die Kinder bekommen auch die Existenzängste der Eltern mit – Ausbildungskosten, Kreditzahlung, Arbeitskollegen und Kurzarbeit, was überall kursiert. Diese Sorgen ausblenden zu können, muss man sich meines Erachtens erst einmal leisten können, verehrte Kollegin von der SPD.

Wir müssen Lern- und Entwicklungschancen auch außerhalb der Schulzeiten ermöglichen und außer-

schulische Bildungsangebote zum Ausgleich der Pandemiefolgen nutzen. Aber auch hier – wie in der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung – ist die Landesregierung bereits auf dem Weg und stellt nach Kräften die entsprechenden Weichen.

Wir haben das Förderprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“ aufgesetzt und diesen Monat bereits 36 Millionen Euro für außerschulische Betreuungs- und Bildungsangebote zur Verfügung gestellt, die allen Schülerinnen und Schülern aller Schulformen zugutekommen sollen. Auch das hat bereits im Sommer 2020 gut funktioniert.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das würde ich so nicht sagen!)

Dabei können private und öffentliche Bildungsträger flexible Angebote machen, die zum Ausgleich von Lerndefiziten dienen sollen. Das halte ich angesichts der zeitlichen und organisatorischen Verwerfungen in der Pandemie für sehr wichtig. Die Programme können nicht nur in Ferienzeiten, sondern beispielsweise auch am Wochenende oder im Nachmittagsbereich angeboten werden.

Wie hinderlich überbordender Bürokratismus sein kann, zeigt die Krise zudem zu Genüge. Daher lassen die Förderrichtlinien explizit auch digitale Angebote zu.

Meine Damen und Herren, das Programm läuft bis Ende der Sommerferien 2022. Damit bietet es allen Beteiligten ausreichend Planungssicherheit. Es denkt auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit. Das halte ich für eine ganz wichtige Säule dieser Förderrichtlinie. So gibt es auch die Möglichkeit, Bildungs- und Betreuungsangebote im häuslichen Umfeld durchzuführen.

In unserem gemeinsamen Entschließungsantrag werben die Fraktionen von CDU und FDP zudem für eine zeitnahe Evaluierung und dafür, Abrufzahlen und Angebote im Rahmen des Programms „Extra-Zeit für Bildung in NRW“ zu erheben und dabei zu überprüfen, ob die bisherigen Bemühungen zum Ausgleich von pandemiebedingten Lernrückständen ausreichend sind.

Außerdem fordern wir, zu prüfen, in welchem Rahmen eine Studie zur Untersuchung der pandemiebedingten psychischen Folgen bei Schülerinnen und Schülern beauftragt werden kann, um die Auswirkungen der Pandemie auch in den kommenden Jahren durch gezielte Programme ausgleichen zu können.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Meine Damen und Herren, Sie sehen – wenn Sie es denn sehen möchten –, dass die Landesregierung sowie CDU und FDP alles daransetzen, die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche so gering wie möglich zu halten. Dabei gibt es nach wie vor viele Herausforderungen zu bewältigen. Es wäre ver-

messen, zu sagen, dass schon alles perfekt funktioniert. Aber der richtige Weg ist eingeschlagen.

Ich wünsche mir, dass wir alle gemeinsam in diesem Haus ein Stück weit zu konstruktiven Debatten zurückkehren; denn in der Zielsetzung herrscht meines Erachtens weitgehend Einigkeit.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die junge Generation, Herr Kollege Mostofizadeh, in NRW leidet. Wir müssen alles dafür tun, die Folgen nicht ausufern zu lassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. Wie Sie gesehen haben, ist von Frau Abgeordneter Voigt-Küppers von der SPD-Fraktion eine Kurzintervention angemeldet worden. Es steht Ihnen frei, wo Sie diese entgegennehmen. – Ich schalte jetzt das Mikrofon für Frau Voigt-Küppers für 90 Sekunden Kurzintervention frei.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Vielen Dank. – Herr Hafke, ich schließe mich Ihren abschließenden Worten in weiten Teilen an. In der Tat geht es darum, gemeinsam Wege und Lösungen für Kinder und Jugendliche zu finden.

Ich will an dieser Stelle aber betonen: Ihre Art, mit unseren Anträgen und unserem Verhalten umzugehen, empfinde ich als herablassend und den gemeinsamen Zielen nicht entsprechend.

Ich will auch nicht verhehlen, dass eine ganze Menge getan wird. Das ist gut so. Nichtsdestotrotz dürfen wir als Opposition doch unser Recht wahrnehmen, zu sagen: Da ist das eine oder andere, was wir für verbesserungswürdig halten.

Ja, ich habe in meiner Rede deutlich gesagt, dass wir den Entschließungsantrag unterstützen werden, obwohl wir der Meinung sind, dass auch hier das eine oder andere vielleicht anders zu machen wäre. Aber es geht uns um das große Zeichen: Wir wollen gemeinsam etwas für die Kinder tun. – Deshalb sind 36 Millionen Euro für Kinder in Extra-Lernzeit gut investiert. Das streitet kein Mensch ab.

Der Kritikpunkt ist, dass dieses Programm erst ab den Sommerferien genutzt werden kann und dass es für die Zwischenzeit von den Osterferien bis zu den Sommerferien für uns wenig erkennbare andere Dinge gibt. Die anderen Dinge, die es in Kultur und Sport gibt, werden zurzeit nicht genutzt, weil die Türen verschlossen sind.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Stimmen Sie mir zu, Herr Hafke, dass wir an dieser Stelle, wo es Ungleichheiten und Ungereimtheiten

gibt, wo Stolpersteine im Weg sind, gemeinsam versuchen sollten, es besser zu machen?

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Voigt-Küppers. – Ich schalte jetzt das Mikrofon von Herrn Kollegen Hafke für 90 Sekunden zur Erwidderung frei.

Marcel Hafke^{*)} (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – In dieser Pandemie ist, ehrlich gesagt, überhaupt nichts gerecht und läuft überhaupt nichts vernünftig. Deswegen probieren wir vom ersten Tag an, alles zu machen, damit die Kinder und Jugendlichen bestmöglich durch die Pandemie kommen – im Übrigen auch teilweise gegen krasse Widerstände aus Ihrer Fraktion.

So erinnere ich mich an die verschiedenen Sitzungen im Familienausschuss, wo eher der Tenor herrschte, wir sollten doch gucken, den Kita-Betrieb möglichst weit einzuschränken. Das ist ein ganz großer Gegensatz zu dem, was wir als CDU und FDP machen. Wir sorgen nämlich dafür, dass die Kinder und Jugendlichen an den Orten, an denen sie sich aufhalten, Bildungschancen bekommen.

Deswegen sind wir gut beraten, nicht mit Aktionismus in dieser Pandemiebekämpfung voranzugehen, sondern die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Träger und die Verantwortlichen die Programme dann auch gut umsetzen können.

So habe ich das verstanden. Deswegen glaube ich, dass das in der Szene und bei allen Beteiligten gut ankommt. Ich denke, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Da, wo es Verbesserungspotenzial gibt, werden wir das entsprechend umsetzen. Das habe ich eben auch angekündigt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich sind wir uns über viele Dinge auch einig. Es gibt viele Dinge, die wir als Oppositionsfraktion mitgetragen haben, mit denen die Kitas unterstützt worden sind, die Jugendverbandsarbeit unterstützt worden ist und vieles mehr.

Allerdings kann ich zunehmend weniger verstehen, dass, wann immer wir wirklich konstruktiv miteinander hier im Parlament diskutieren wollen, welche weiteren Maßnahmen es braucht, unsere Arbeit stets

diskreditiert wird, indem gesagt wird: Was macht die Opposition denn da? Sie hätten ja wirklich auch einmal etwas einbringen können.

Aber wann immer wir etwas einbringen, wird es von Ihnen hier plattgeredet.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Ich muss auch sagen: Das, was Sie hier vorgetragen haben, liebe Kollegen von CDU und FDP, war ganz dünne Suppe. Das haben Sie uns gestern alles schon einmal vorgetragen. Es ist ja auch nicht falsch, was Sie gestern alles vorgetragen haben.

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

– Ja, Herr Kollege Kamieth, Sie nicht. Das war der Kollege Tigges schräg hinter Ihnen. Aber im Grunde genommen waren es die gleichen Wortbausteine, die da vorgetragen worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

Das finde ich einfach enttäuschend. Lieber Kollege Kamieth, das, was Sie hier vorgetragen haben, waren in allererster Linie Stenzen. Das war wenig Kreatives.

Und dann wussten Sie noch nicht einmal, was im Programm der Bildungsministerin steht.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Regina Kopp-Herr [SPD])

Anders ist Ihre Antwort auf die Frage doch nicht zu verstehen.

Das ärgert mich schon. Das ist aus meiner Sicht kein konstruktiver Umgang miteinander, kein konstruktives gemeinsames Ringen.

Denn das, was hier in den Anträgen beschrieben worden ist, ist doch nicht völlig Wolkenkuckucksheim. Es ist das, was uns und auch Ihnen zurückgemeldet wird – aus der Jugendarbeit, von Kindern und Jugendlichen, aus der Jugendverbandsarbeit. Viele von uns haben sicherlich auch die Aktion „Stimme für die Jugend“ wahrgenommen, die der Arbeitskreis G5 vor Kurzem auf den Weg gebracht hat.

Gerade fand auch eine kreative Onlinedemo dazu statt. Bei dieser Demo gab es ganz viele beeindruckende Botschaften von jungen Menschen, die deutlich gemacht haben, wie sie sich in dieser Pandemie fühlen und was sie brauchen – nämlich einerseits, dass wir ihnen zuhören, und andererseits, dass wir darum bemüht sind, ihnen Freiräume zurückzugeben. Es geht eben nicht nur um die Interessen von Erwachsenen, sondern auch ganz klar darum, junge Menschen als das zu begreifen, was sie jenseits von Schule sind, nämlich Menschen, die Entwicklungsräume brauchen, die Freiräume brauchen und die vor allem auch gehört werden wollen.

Die JuCo-Studie ist vorhin schon angesprochen worden. 65 % der in dieser Studie befragten Jugendlichen gaben an, dass sie sich im zweiten Lockdown nicht ernst genommen, nicht gehört und mit ihren Sorgen nicht gesehen gefühlt haben.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das ist umso bedauerlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass die Politik als Konsequenz aus dem Frühjahr gesagt hat: Jetzt nehmen wir Kinder und Jugendliche mehr in den Blick; jetzt haben Kinder und Jugendliche Priorität für politisches Handeln.

Trotzdem hat sich der Wert von einem Lockdown zum nächsten Lockdown noch einmal um 20 % verschlechtert. Im Frühjahr haben 45 % der Jugendlichen gesagt, dass sie sich nicht gesehen fühlen. Im zweiten Lockdown waren es 65 % der Kinder und Jugendlichen.

Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir gemeinsam in der Verantwortung sind, mehr für junge Menschen zu tun und mehr dafür zu tun, sie ernst zu nehmen, aber auch ihre Rückmeldungen zu hören; denn da gibt es ganz viel Kreativität.

Noch mehr erschüttert mich eine zweite Zahl aus dieser Studie. 58 % gehen nämlich davon aus, dass Politik – wir als Politikerinnen und Politiker – junge Menschen nicht im Blick hat, dass Politik sich nicht an ihnen orientiert und dass sie der Politik nicht wichtig sind. Sie gehen zu einem genauso großen Anteil davon aus, dass sie ihre Ideen in die Politik nicht einbringen können und es gar nicht erst zu versuchen brauchen.

Das ist ein ganz schlechtes Signal. Das müssen wir ernst nehmen. Das muss sich ändern. Teilhabe und Beteiligung sind zentrale demokratische Rechte. Es sind zentrale Kinderrechte. Vertrauen ist eine Grundlage der Pandemiebekämpfung.

Das heißt natürlich auch, dass wir junge Menschen verlieren, dass wir das Vertrauen junger Menschen verlieren und dass junge Menschen das Vertrauen in Politik verlieren, wenn Politik nicht andersherum auch jungen Menschen vertraut und auf sie zugeht, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Das sind Argumente von gestern!)

Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie wollen ihr Leben und ihre Lebenswelt gestalten. Das gilt selbstverständlich auch in der Pandemie.

Ich habe es gerade schon erwähnt: Es gab viele beeindruckende Beiträge gerade bei dieser Onlinedemonstration – zum einen zur Lebenssituation, zum anderen aber auch dazu, was es jetzt braucht, um die Lebenssituation zu verbessern und um wieder Dinge zu ermöglichen. Das zeigt, wie verantwor-

tungsbewusst junge Menschen mit dieser Situation umgehen und wie verantwortungsbewusst sie sich daran beteiligen wollen, gemeinsam hier etwas zu gestalten.

Kindern und Jugendlichen Priorität einzuräumen, heißt, zu versuchen, diese Freiräume und diese Peerkontakte wieder zu ermöglichen. Das ist wichtig für ein gesundes Aufwachsen und eine gute Entwicklung. Das gilt selbstverständlich auch in der Pandemie.

In diesem Zusammenhang sind Ansätze wie das Ferienprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“ ein erster Schritt – natürlich. Diesmal muss das Programm allerdings auch ankommen.

Hier wurde das Sommerferien-Programm sehr gelobt. Wenn von 70 eingestellten Millionen nicht einmal 5 Millionen Euro abgerufen werden, ist das, finde ich, kein besonders erfolgreiches Programm.

(Beifall von der SPD und Wibke Brems [GRÜNE])

Wenn dies aber genutzt wird, um daraus zu lernen, um Kreativität zu fördern und bessere Schritte zu gehen, dann sind wir doch dabei. Aber auch hier geht es darum, dass auch das gemeinsam und aufeinander abgestimmt erfolgen muss. Die Akteure, die aus der Jugendarbeit bereits unterwegs und im guten Gespräch mit dem Familienminister sind, müssen genauso an ein Programm im Bildungsministerium angedockt sein. Das muss gewährleistet sein, sonst geht es eben leider schief. Ich glaube, wir wollen alle miteinander nicht, dass das schiefgeht.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Noch einen Satz zu den außerschulischen Lernorten – da bin ich ganz bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion –: Außerschulische Lernorte sind schon in nichtpandemischen Zeiten absolut wichtig für ganzheitliche pädagogische Prozesse. In diesem Fall – das schreiben Sie ja in Ihrem Antrag – sind außerschulische Lernorte Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

Umso unverständlicher ist es, dass sie als solche Lösungsansätze nicht aufgenommen werden, dass sie offensichtlich nicht einmal mitgedacht werden. Wenn es darum geht, Perspektiven und Entwicklungsräume für junge Menschen zu schaffen, und das entzerrt, dann brauchen wir solche Räume, in denen übrigens das pädagogische Personal vorhanden ist. Denken Sie beispielsweise an Gedenkstätten etc. Das pädagogische Personal ist da. Es kann für solche Gruppenangebote etc. eingesetzt werden. Also nutzen Sie das! Da bin ich ganz bei der SPD. Nutzen Sie das, und heben Sie die Schließungen auf. Wir brauchen diese Einrichtungen, damit wir Bildungsprozesse auch in der Pandemie gut fortführen können.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wir brauchen jetzt endlich mehr Engagement für Kinder und Jugendliche. Das ist ein klarer Auftrag für uns, weil uns Kinder und Jugendliche zurückmelden, dass sie sich von uns nicht gesehen fühlen, dass sie das Gefühl haben, ihre Bedürfnisse seien uns nicht genügend wert. Ich glaube, wir müssen jetzt mehr tun, und zwar nicht immer im Klein-Klein und gegeneinander.

Ich will aber noch einmal auf meinen Appell vom Anfang zurückkommen. Dazu gehört auch, dass man nicht jeden Vorschlag der Opposition als Majestätsbeleidigung auffasst und sagt: Da habt ihr nicht richtig zugehört, das machen wir doch schon alles.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: So ist es!)

Wir werden nur gemeinsam durch diese Pandemie kommen. Die Leute werden uns nur dann weiterhin vertrauen, bzw. wir gewinnen nur dann verloren gegangenes Vertrauen zurück, wenn wir das Klein-Klein und das ganz kleine Karo überwinden und wirklich gemeinsam – in diesem Fall für Kinder und Jugendliche – vorangehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski⁷⁾ (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich kurzfassen. Ja, liebe SPD, Sie haben recht: Kinder brauchen mehr Freiräume, Kinder haben besondere Bedürfnisse, und auf den Schultern der Kinder liegt aktuell eine sehr große Last.

Allerdings brauchen Kinder das, was Sie uns hier als Lösung vorschlagen, einen Dreiklang aus Gipfel, rundem Tisch und Rettungsschirm, im Moment überhaupt nicht. Das hilft ihnen nicht weiter. Damit sich Kinder weiterhin glücklich und gesund entwickeln können, ist die Beendigung des Lockdowns erforderlich.

Dazu gehört, dass die Kitas geöffnet bleiben, dass sie am Präsenzunterricht teilnehmen können – die wissenschaftlichen Erkenntnisse geben das her, auch die, die dem Krisenstab des Landtags vorliegen –, dass sie im Freien von der Maskenpflicht befreit sind, dass sie auf dem Spielplatz keine Masken mehr tragen müssen, dass sie auch auf dem Schulhof ohne Masken spielen können, also überall da, wo man Abstände ohne Probleme einhalten kann.

Weiter gehört dazu, dass die Schwimmbäder geöffnet werden, dass die Kinder spielen können, mit wem

sie möchten, dass die Kontaktbeschränkungen aufgehoben werden. Dann können sich Kinder, die bekanntermaßen keine Pandemietreiber sind, die gesund sind und maximal eine asymptomatische Infektion haben können, die selbst laut RKI im Infektionsgeschehen eine untergeordnete Rolle spielt, ganz normal und glücklich entfalten. Das ist es, was Kinder brauchen.

Das wäre eine Rückkehr zur verantwortungsvollen Normalität, wie sie uns die Landesregierung schon letzten Sommer versprochen und vollmundig angekündigt hat, wovon wir noch Meilen entfernt sind. Das ist das, was wir brauchen. Wir brauchen keinen runden Tisch, keinen Gipfel und keinen Rettungsschirm.

Mehr dazu wird Ihnen gleich mein Kollege Herr Seifen sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kinder, Jugendliche und Familien sind in besonderer Weise von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Deshalb brauchen sie auch unsere besondere Solidarität und Unterstützung. Das Thema „Schule“ ist dabei ganz zentral. Aus diesem Grund war und ist es uns sehr wichtig, die Schulen früh zu öffnen und geöffnet zu halten.

Unverzichtbar ist aber auch die außerschulische Bildung, und dazu gehören Kitas, Jugendarbeit und Familienbildung. Diese Orte der Bildung sind elementar für die Persönlichkeitsentwicklung und für ein selbstbestimmtes Leben. Wir müssen sie deshalb in der Pandemie stärken. – Da stimme ich Ihnen im Übrigen ausdrücklich zu, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Da ziehen wir alle gemeinsam an einem Strang für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Familien in Nordrhein-Westfalen. Das will ich ganz deutlich sagen.

Gemeinsam mit unseren Partnern im Land haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, diese Orte der Bildung und Teilhabe auch in der Pandemie möglichst immer offenzuhalten. Wir können deshalb schrittweise außerschulische Bildungsangebote in Präsenz ermöglichen. Eltern-Kind-Angebote der Familienbildung und der Frühen Hilfen waren noch lange nach Beginn des zweiten Lockdowns in Präsenz möglich.

Das Land unterstützt außerdem bereits jetzt mit erheblichen finanziellen Mitteln die Träger dabei, trotz pandemiebedingter Einschränkungen ihre Struk-

turen bei außerschulischen Bildungs- und Sportangeboten voll leistungsfähig zu halten.

Insgesamt will ich den Fokus noch einmal auf die Strukturen lenken. Es geht jetzt zum Beispiel nicht darum, Teilnehmerbeiträge von Kindern und Jugendlichen finanziell zu subventionieren. Diese Angebote sind für die Teilnehmenden oft sehr günstig oder meist sogar kostenlos. Jetzt geht es vorrangig um den Erhalt der Strukturen für Kinder, für Jugendliche, für Familien. Was einmal geschlossen ist, macht in der Regel so schnell nicht wieder auf. Deshalb brauchen wir vor allem einen wirksamen Rettungsschirm für die Infrastruktur. Diesen Rettungsschirm hat die Landesregierung aufgespannt; das war mir von Anfang an sehr wichtig.

Sehr wichtig ist mir im Übrigen auch, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen Gehör finden. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zusammen den Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main hat uns aktuell noch einmal gezeigt, wie wenig sich Jugendliche in der Pandemie gehört fühlen. Knapp zwei Drittel gaben das für den zweiten Lockdown an.

Ich bin aber davon überzeugt, dass uns ein Kinder-, Jugend- und Familiengipfel nicht weiterbringen würde. Dafür ist die Bedarfslage zu heterogen. In Wirklichkeit ist Beteiligung kontinuierliche und oft auch – das muss man dazusagen – kleinteilige Arbeit. Das wissen Sie alle. Wir arbeiten deshalb täglich daran, im engen Kontakt mit den Trägern und Interessenvertretungen, also den Fachleuten vor Ort, geeignete Schritte zur Sicherung der Angebote jenseits von Präsenzformen und durch gezielte Öffnungen von Präsenzangeboten zu gehen.

Seit Beginn der Pandemie beraten wir uns einmal wöchentlich mit den Landeszentralen Träger der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit wie auch mit den Landesjugendämtern. Darunter ist auch der Landesjugendring, um das klar zu sagen. Die Antworten werden in Orientierungshilfen, in sogenannte FAQs, zur Umsetzung von Angeboten der Jugendförderung übersetzt und die Anregungen von uns in die Gespräche innerhalb der Landesregierung eingebracht.

Das mag nicht so spektakulär sein wie ein Gipfel, hilft aber an den entscheidenden Stellen allen Beteiligten ganz konkret, in der Pandemie handlungsfähig zu sein – für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Familien bei uns in Nordrhein-Westfalen. Aus der Szene gibt es dazu durchweg positive Rückmeldungen.

Die Landeszentralen Träger, der Arbeitskreis G5, veranstalten heute eine digitale Demonstration zur Aktion „Stimme für die Jugend!“, auf die ich hinweisen will. Ich unterstütze die Ziele dieser Aktion ganz ausdrücklich und sende von hier aus einen Gruß an alle Beteiligten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Danke für dieses wichtige Engagement vor allem an die vielen jungen Menschen, die sich bei dieser Aktion für mehr Raum für die Jüngeren in der Pandemie einsetzen.

Es ist ein zentrales Ziel der Landesregierung, Kindern und Jugendlichen gerade in der Pandemie die gesamte Bandbreite von Bildung und Teilhabe zu eröffnen. Das möchte ich auch im Namen von Frau Kollegin Schulministerin Gebauer noch einmal bekräftigen.

Deshalb gilt auch in der Schulpolitik weiterhin, dass außerschulische Bildungsorte bereichernde Bildungspartner für die Schulen in Nordrhein-Westfalen sind. Außerschulische Lernorte, wie zum Beispiel Bildungs- und Kultureinrichtungen, bieten vielfältige Lernmöglichkeiten – eben außerhalb der Schule, aber für die Schule. Sie fördern die Schul- und Unterrichtsentwicklung, sie ermöglichen individuelle Förderung, und sie verschaffen unseren Schülerinnen und Schülern ganz besondere Lernerfahrungen und neue Lernzugänge.

Daher soll eine Kooperation auch unter veränderten Hygienebedingungen weiter ermöglicht werden. Das wurde in der Coronabetreuungsverordnung deutlich gemacht. Die Schulleitungen kennen dabei die Kooperationsangebote und ihre Partner. Sie können unter dem gegebenen Infektionsgeschehen am besten beurteilen, ob und in welchem Format die Kooperation derzeit stattfinden kann.

Außerschulische Lernorte sind mit den aktuellen Anforderungen an Hygienekonzepte und den Vorgaben zum Infektionsschutz in der Regel vertraut. Es ist geübte Praxis, und dafür braucht es keinen Landtagsbeschluss.

Es braucht auch keinen Landtagsbeschluss, um außerschulischen Akteuren die Digitalisierung nahezubringen. Bereits jetzt werden in vielfältiger Art und Weise zum Beispiel Museumsangebote als Lernangebote digital unterstützt, ergänzt und zum Teil schon den Schulen konkret für ihren Unterricht angeboten.

Gemeinsam mit Bildungspartner NRW ist das Schulministerium bereits dabei, weitere Angebote zu entwickeln. Wir sind gut aufgestellt. Wir arbeiten kontinuierlich daran, für Kinder, Jugendliche und Familien auch in dieser Pandemie kluge Bildungsangebote zu machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Troles das Wort.

Heike Troles^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche haben es in der Pandemie besonders schwer. Gerade die vergangenen Wochen des Lockdowns haben die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien noch einmal stark getroffen. Die Landesregierung weiß um die besonderen Herausforderungen, die alle Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern in der Pandemie begleiten.

Dennoch haben junge Menschen ein Recht auf schulische Bildung. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich das am besten durch Präsenzunterricht verwirklichen lässt.

Zudem ist Schule ein Ort der Begegnung, ein Ort des sozialen Miteinanders und der Gemeinschaft. Gerade in der Pandemie ist der Schulbesuch nahezu die einzige Möglichkeit für junge Menschen, um ihre soziale und persönliche Entwicklung weiterzuführen. Von Anfang an haben wir deshalb gesagt: Wir schließen die Schulen zuletzt und machen sie als Erstes wieder auf. – Und wir halten Wort.

Auch für die Zeit nach den Osterferien hat die Landesregierung bereits ein klares Konzept vorgestellt. Es bleibt aufgrund des Infektionsgeschehens richtigerweise beim Wechselunterricht. Städte mit hoher Inzidenz können Ausnahmen erwirken.

Für die Zeit der Schulschließungen wurden in kürzester Zeit die Voraussetzungen für einen funktionierenden Distanzunterricht geschaffen. Jetzt ist es aber unbestritten, dass der Distanzunterricht nicht von allen Schülerinnen und Schülern gleichermaßen erfolgreich umgesetzt werden konnte und kann. Nicht jedes Kind hat zu Hause ein eigenes Zimmer und Eltern, die neben dem Homeoffice noch die Schulaufgaben erklären können. Genau deswegen hat die Landesregierung außerschulische Bildungsangebote ins Leben gerufen.

Das Ferienprogramm wurde bereits im Jahr 2020 aufgelegt, jetzt wurde die Verlängerung der Extrazeit beschlossen. 36 Millionen Euro stehen für außerschulische Betreuungs- und Bildungsangebote zur Verfügung. Das Programm richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen. Die Möglichkeit für flexible Angebote stellt sicher, dass auch am Wochenende oder in der Nachmittagszeit Unterrichtsinhalte aufgeholt werden können.

Außerdem wurde in den vergangenen Wochen die Notbetreuung um ein erweitertes schulisches Betreuungsangebot ergänzt. Sofern Lehrkräfte Lerndefizite beim Distanzunterricht bei Schulkindern feststellen konnten, besteht in bereitgestellten Räumlichkeiten unter Aufsicht von schulischem Personal die Möglichkeit, gezielt zu unterstützen.

Losgelöst von all dem, was auch ohne den vorliegenden Antrag gemacht wird, möchte ich einen Gedan-

ken loswerden. Im Antrag heißt es: „Außerschulische Lernorte sind Teil der Lösung, nicht des Problems.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine einzige aktuell geschlossene Einrichtung ist ein Problem.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Doch, für die Kinder und Jugendlichen schon!)

Ganz im Gegenteil! Die NRW-Koalition ist froh um jede einzelne hier in Nordrhein-Westfalen. Wie gerne würden wir alle sofort alles wieder öffnen, wenn uns die Pandemie nicht im wahrsten Sinne des Wortes auf Trab halten würde.

Außerschulische Bildungsangebote sind wichtig, da sind wir uns alle einig. Gerade weil sie im Zusammenhang mit der Pandemie eine Chance bieten, Lernrückstände aufzufangen, hat die Landesregierung entsprechende Förderprogramme geschaffen.

Zusätzlich blicken wir aber jetzt schon in die Zukunft. Deswegen beauftragen wir die Landesregierung mit unserem Entschließungsantrag, zu prüfen, welche gezielten Programme mit Blick auf mögliche psychische Folgen in den kommenden Jahren bei Schülerinnen und Schülern hilfreich sein könnten. Schlussendlich ist es aber wie in allen Bereichen: Öffnungen werden verantwortungsbewusst abgewogen und, wenn möglich, umgesetzt.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung weiter sorgsam darüber beraten wird, welche Öffnungsschritte zum geeigneten Zeitpunkt und stets unter Betrachtung des Infektionsgeschehens möglich sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Troles. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir über Wege für Kinder, Jugendliche und Familien aus der Pandemie sprechen, ist es in der Tat wichtig, einen Dreiklang zu beachten. Der lautet: Wie schützen und entlasten wir jetzt in der konkreten Situation? Wie erarbeiten wir die weiteren Schritte? Wie sieht der Neustart nach der Pandemie aus?

Über konkrete Entlastungsmöglichkeiten haben wir gestern gesprochen, als es um die Frage ging, ob man Familien in der Pandemie noch zusätzlich mit Kita- und OGS-Gebühren belasten sollte. Dazu haben wir unterschiedliche Auffassungen. Wir sind für Entlastung.

(Beifall von der SPD)

Über die Frage des Schutzes von Kindern durch Selbsttests haben wir gestern ziemlich spontan, aber

durchaus ausführlich gesprochen. Ich will dazu in aller Ruhe einige Feststellungen treffen:

Zum einen müssen wir uns bemühen, nicht durch den falschen Zungenschlag den Eindruck zu erwecken, manchem in diesem Hause wäre das Kindeswohl weniger wichtig als anderen. Damit ist wirklich niemandem gedient.

Zum anderen dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass Kinder stärker von der Coronamutation betroffen sind, als dies bei der Ursprungsvariante der Fall ist.

Wenn Kinder getestet werden, dann nicht deshalb, weil es eine systematische Strategie gäbe, sondern weil sie immer öfter deutliche Symptome entwickeln. Wenn Sie den Zahlen des RKI nicht trauen, dann trauen Sie doch wenigstens den Zahlen Ihres eigenen Monitorings oder den Praktikern vor Ort.

Der Kreis Minden-Lübbecke bittet jetzt darum, auf eine Betreuung zu verzichten. Der Sozialdezernent Hans-Joerg Deichholz sagt:

„Wir würden diesen Appell nicht formulieren, wenn er nicht absolut notwendig wäre. All die früheren Aussagen, wonach Kinder sich nicht so schnell infizieren, können wir definitiv nicht bestätigen. Die Lage ist ernst. Unser Gesundheitsamt steht durch die hohe Zahl der Infektionen in Kindergärten vor gewaltigen Herausforderungen.“

Sprechen Sie mit Herrn Deichholz; ich glaube, Frau Korte kann rasch einen Kontakt vermitteln.

(Christian Dahm [SPD]: Oh!)

Ich habe in der Debatte mitgenommen, dass Lollitests für Kinder ein Weg sein könnten, den wir mehrheitlich mitgehen würden. Auch die AWO schlägt das vor; man konnte das heute nachlesen. Treffen Sie also die klare Aussage: Ja, wir wollen das. Wir schließen bereits jetzt die Verträge dafür ab, und wir sichern uns die Kapazitäten. Wir machen nicht den gleichen Fehler wie bei den Impfstoffen und warten und warten, sondern wir besorgen so früh wie möglich so viele Tests wie möglich.

(Beifall von der SPD)

Es mag ein finanzielles Risiko dabei sein, aber wir würden bei solch einer Entscheidung an Ihrer Seite stehen.

Das sind die akuten Schritte. Was aber sind die weiteren Schritte? – In dieser Coronapandemie wird zwar viel über Kinder und Jugendliche gesprochen, aber viel zu wenig mit ihnen. Häufig werden sie auf die Rolle als Kita-Kind oder als Schülerin oder als Schüler reduziert.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das Leben von Kindern und Jugendlichen findet aber nicht nur in der Kita oder in der Schule statt. Darum

haben wir als SPD ganz bewusst zu unseren Anträgen „außerschulische Lernorte“ und „Wege aus der Pandemie“ eine gemeinsame Debatte beantragt. Denn es ist wichtig, zwischen den Themen endlich wieder Augenhöhe herzustellen.

(Beifall von der SPD)

Noch wichtiger ist es, diese Debatte mit den jungen Menschen zu führen. – Herr Kollege Kamieth, Sie sagten eben, Sie würden mit allen relevanten Akteuren sprechen. Kinder und Jugendliche scheinen in Ihren Augen also keine relevanten Akteure zu sein. Wie müssen es die jungen Menschen empfinden, die dieser Debatte beiwohnen und die eben noch die Onlinedemo „Stimme für die Jugend!“ veranstaltet haben, solche Sätze in so einer Debatte zu hören? Ich glaube, dass diese jungen Menschen massiv enttäuscht sind, wenn sie solche Wortbeiträge hören.

(Beifall von der SPD)

Das Gleiche gilt auch für Ihre Aussagen, Herr Stamp. Sie haben eben sehr wertschätzend gesagt, Sie würden diese Onlinedemo begrüßen, und Sie würden diese Anliegen teilen. Das tun Sie aber nicht, weil Sie im gleichen Atemzug gesagt haben: Wir brauchen keinen Kinder- und Jugendgipfel. Wir brauchen keine zusätzliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Wir machen da schon alles richtig.

Herr Minister, wenn Sie alles richtig machen würden, warum veranstalten die Jugendverbände dann solch eine Onlinedemo? Warum starten sie eine Kampagne unter dem Stichwort „Stimme für die Jugend!“, wenn in Nordrhein-Westfalen doch alles läuft? – Nein, es läuft nicht, und deshalb machen sie konkrete Vorschläge.

Sie wollen Kinder- und Jugendhearings, 1.000-Stimmen-Befragungen und auch einen Kinder- und Jugendgipfel. Diese Forderungen haben sie in der Demo direkt an Sie adressiert. Ein solcher Gipfel muss ein Gipfel sein, bei dem nicht nur Interessenvertreter zu Wort kommen, sondern auch die jungen Menschen selbst.

(Beifall von der SPD – Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Wenn solche Vorschläge aber von der SPD kommen, dann handeln Sie nach dem Motto: Wir brauchen keine Opposition, wir sind schon Demokraten. – Dieses Verhalten ist an der Stelle überhaupt nicht notwendig.

Die jungen Menschen brauchen diese Beteiligung auch, um den nicht ganz unberechtigten Verdacht auszuräumen, dass in Sonntagsreden zwar immer wieder beschworen wird, die Interessen von Kindern und Jugendlichen würden bei der Bewältigung der Pandemie ganz vorne stehen, und sie merken, dass die Ministerpräsidentenkonferenzen aber leider nicht sonntags stattfinden. So haben die jungen Menschen

den berechtigten Eindruck, dass die Interessen der Wirtschaft doch wichtiger sind als ihre Anliegen, denn die Arbeitgeber finden das Ohr der Mächtigen scheinbar problemlos.

Genau das ist auch in der jüngsten MPK passiert. Da liegt der Vorschlag auf dem Tisch, die Arbeitgeber zu Homeoffice-Regelungen oder zu regelmäßigen Tests zu verpflichten – selbst Rainer Haseloff hat sich offen dafür gezeigt –, aber das ist nicht die Linie der Union. Darum pfeift ihn CDU-Bundeschef Armin Laschet zurück. Was bedeutet das dann? – Junge Menschen dürfen sich weiterhin nicht mit ihren Freunden treffen, und sie stehen weiterhin vor verschlossenen Türen von Jugendtreffs.

Frau Troles, da haben wir eine unterschiedliche Auffassung. Ich finde schon, dass jede geschlossene Einrichtung ein Problem ist, und das finden die jungen Menschen auch.

(Beifall von der SPD)

Anscheinend darf man den jungen Menschen in der Pandemie aber so einiges zumuten, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern hingegen nicht. Volle Großraumbüros sind vollkommen okay, obwohl wir um die Ansteckungsgefahren wissen. Freieräume gibt es für die Wirtschaft, für Kinder und Jugendliche gibt es davon viel zu wenige. Da ist es doch kein Wunder, wenn sie mit Frustration darauf reagieren.

Darum ist unsere klare Botschaft: Bei künftigen Öffnungsschritten müssen die Angebote für Kinder und Jugendliche Priorität haben. Lassen Sie uns nicht nur darüber reden, sondern lassen Sie uns das auch tun.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen auch jetzt schon über die Zeit nach der Pandemie sprechen. – Herr Minister, Sie sagten, es sei nicht an der Zeit, darüber zu sprechen. Doch, es ist an der Zeit. Wir müssen jetzt die Vorbereitungen treffen; denn Kindern und Jugendlichen wurden in den letzten Wochen wichtige Erlebnisse genommen. Manche davon sind unwiederbringlich: die Feier des fünften Geburtstages, die Jugendfreizeit, die Abschlussfeier.

Lassen Sie uns darum wenigstens jetzt alles dafür tun, dass es nach Corona einen fulminanten Neustart zurück ins Leben gibt. Dabei können wir unterstützen, und zwar durch den kostenfreien Zugang zu Sportangeboten, durch den kostenfreien Zugang zu Angeboten der Familienbildung bzw. von anerkannten Trägern und Jugendverbänden. Das können wir alles machen.

Wir werden Ihnen auch weiterhin nicht ersparen, diese Forderungen hier vorzutragen; denn es sind richtige, berechnete Forderungen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Welche Forderungen junge Menschen darüber hinaus haben, sollten sie in einem Kinder- und Jugendgipfel selber formulieren dürfen. Bitte machen Sie dafür den Weg frei.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Maelzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was in diesem Parlament gestern vonseiten der Bildungsministerin und den Rednern der Altparteien an Kältherzigkeit und Ignoranz gegenüber dem Kindern und Jugendlichen vielfach zugefügten Leid offen zelebriert wurde, kann man die Vorlage dieser drei Anträge nur noch als Zynismus der übelsten Art einordnen.

(Beifall von der AfD)

Sie waren sich gestern nicht zu schade, die im AfD-Antrag dargelegten Fakten über das Leid der Kinder und Jugendlichen zu leugnen und ihre Hilflosigkeit gegenüber den dort schlüssig dargelegten Argumenten und Abwägungen wieder einmal mit den seit vier Jahren üblichen Sottisen zu belegen. Jetzt vergießen Sie Krokodilstränen und mimen Mitleid.

Völlig außerstande, sich mit den Aussagen und Forderungen des AfD-Antrags argumentativ auseinanderzusetzen, stocherten Sie gestern in Ihrem schön aufgehäuften Vorurteils- und Diffamierungsmüll herum,

(Lachen von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

aus dem Sie sich in den letzten Jahren Ihr AfD-Bild zusammengebastelt haben, und tragen heute das vor, was gestern im AfD-Antrag stand.

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie dann gar keine Gegenargumente mehr haben, Frau Gebauer, meinen Sie, meine Sprache bemängeln zu müssen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie hat doch heute noch gar nichts gesagt! – Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Gestern!)

Die Begrifflichkeit, die ich gestern gewählt habe, um Ihre skrupellosen Entscheidungen gegen unsere Kinder und Jugendlichen zu bezeichnen,

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ja, die war bezeichnend!)

treffen präzise und messerscharf die Ungeheuerlichkeiten und Quälereien, die Sie den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern zumuten. Wer nicht darin

geübt wäre, seinen heiligen Zorn über die skandalöse Behandlung unserer schutzlosen Kinder angemessen auszudrücken, würde noch ganz andere Begrifflichkeiten wählen.

(Beifall von der AfD)

Denn das, was unseren Kindern an Quälerei zugemutet wird, schreit zum Himmel. Dass dies offenbar Ihr Gewissen nicht zu belasten scheint, ist für mich eine Wahrnehmung, die mich tief erschüttert.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wie kaltherzig und abgebrüht muss man eigentlich sein, um die Vielzahl an Meldungen aus den Schulen über das Leid der Kinder so zu ignorieren?

Es gibt zahllose Briefe von Kinderärzten. 130 haben einen Brief vom August 2020 unterzeichnet, in dem sie auf die zum Teil schwersten Schäden hinweisen, die Sie durch Ihre Entscheidungen mitverantworten haben. Aus Elternbriefen mit abgesicherten Daten wird deutlich, dass von den Schulen so gut wie keine Krankheitsgefährdungen ausgehen und dass dieses gesamte Pandemievergessen eine einzige Märchenerzählung ist.

In einem der jüngsten Briefe, der auch an Sie ging, wird haarklein dargelegt, in welchem Verhältnis die Zahlen seriös zu lesen seien. – Wir haben 83 Millionen Menschen in Deutschland, davon sind 8,3 Millionen Schüler, das sind 10 % der gesamten Bevölkerung. Wenn wir die Angaben des RKI mal ernst nehmen, dann haben wir eine Inzidenz von 100 auf 100.000 Einwohner; es sind also 0,1 % der Bevölkerung positiv getestet. Wie viele davon wirklich krank oder überhaupt ansteckend sind, wird leider Gottes nie erfasst. Der eigentliche Skandal ist, dass jeder positiv Getestete als infiziert bezeichnet wird und die Bevölkerung den Eindruck haben muss, dass alle krank seien. Das stimmt ja Gott sei Dank gar nicht.

(Beifall von der AfD)

Wie viele davon sind Schüler, Lehrer oder Eltern? Wie hoch ist die Inzidenz in den Schulen?

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

All diese Daten werden uns verschwiegen. Ich frage Sie: warum?

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Abenteuerlich!)

Sowohl die Coronastudie der TU Dresden und des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden als auch die Coronakinderstudie des Universitätsklinikums Heidelberg vom Juni 2020 haben längst nachweisen können, dass die Schulen keine gefährdeten Orte sind. Deswegen müssen Sie ja jetzt auch wieder eine neue Mutante erfinden.

Der Ansteckungsgrad in den Schulen lag bei nur 0,6 %.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Vielleicht sprechen Sie mal mit Ihrem Vorsitzenden, warum er sich hat impfen lassen!)

Weder haben die Kinder zur Verbreitung in Schulen oder Familien beigetragen, noch sind sie selbst übermäßig betroffen. Wenn jemand in der Familie infiziert war, haben sie selbst sich meistens selbst nicht infiziert. Bisher sind drei Kinder unter dem 18. Lebensjahr verstorben, deren Tod man in die Nähe einer COVID-19-Erkrankung rückt.

Die Studien zur Situation in den Kitas kommen zu den gleichen Ergebnissen. Hier tragen die Kinder keine Masken. Trotzdem gibt es Stimmen, die dafür werben, dass diese armen Kinder tatsächlich einen Schnelltest machen sollten. – Sie, Herr Stamp, haben sich gestern Gott sei Dank dagegen verwahrt. Dabei bin ich ganz an Ihrer Seite.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Hat er nicht! Sie haben noch nicht mal richtig zugehört!)

Aber auf welche Ideen kommt man eigentlich? Diese kleinen Kinder dieser Quälerei auszusetzen – ich frage mich, wo wir hier gelandet sind.

Es gibt zahlreiche Studien über die Schäden, die die augenblicklichen Maßnahmen bei den Kindern anrichten. Professor Dr. Michael Klundt, Kindheitswissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal kommt in seiner Studie zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen während der Coronapandemie in Deutschland zu dem gleichen Schluss, den ich gestern schon gezogen hatte: Kinder werden wie Objekte behandelt.

Von alldem lassen Sie sich nicht beeindrucken. Sie legen Anträge vor, die in diesem Zusammenhang einfach lächerlich sind. Die Schüler über irgendwelche Räume innerhalb einer Stadt verteilen zu wollen, zeugt von einer tiefen Unkenntnis über das Funktionieren von Unterrichtsstrukturen.

Angesichts der Beiträge der Vertreterinnen von SPD, CDU, FDP und Grünen ist der Antrag „Kindern, Jugendlichen und Familien aus der Pandemie helfen“ völlig unglaubwürdig. Statt all diese einschränkenden Maßnahmen in den Schulen aufzuheben, ziehen Sie die Schlinge fester um den Hals der Freiheit. Die Massentests an den Schulen werden nun schon vorbereitet. Tests an den Essener Gymnasien haben übrigens kein positives Ergebnis erbracht. Ein positiver Fall war zunächst da, bei einem zweiten Test wurde er widerlegt.

In Sachsen liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, laut dem auch die gemeindlichen Vollzugsbediensteten mit polizeilicher Gewalt ausgestattet werden sollen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): Ich bin gleich fertig.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Warum hat Herr Wagner sich eigentlich impfen lassen?)

Einer kritischen Mutter in einer NRW-Stadt hat die Schulleitung das Jugendamt nach Hause geschickt. So sieht es im Augenblick in NRW und in Deutschland aus. Aber wir als AfD-Fraktion werden weiter dafür kämpfen,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

dass den Bürgern Deutschlands die Grundrechte bedingungslos erhalten bleiben. Da können Sie noch so viel herumbrüllen, Herr Hovenjürgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, zur Bildungspolitik sollte die AfD in diesem Haus nicht das letzte Wort haben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Nicht nur dazu!)

Wenn ehrbare Demokraten aus der Jauchegrube des Parlaments heraus mit Dreck beschmissen werden, will ich das in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ein ehemaliger Leiter eines Gymnasiums spricht hier allen Ernstes von einer erfundenen Mutante.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

Es ist eigentlich ein bildungspolitischer Skandal, dass er ein Gymnasium geleitet hat.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Kollege Maelzer sprach an, dass es bei der sozialdemokratischen Fraktion die Empfindung gegeben habe, ich hätte gestern im Zusammenhang mit den Tests bei denjenigen, die diese befürworten, eine Nähe zur Kindeswohlgefährdung herstellen wollen. – Das ist nicht meine Absicht gewesen. Vielmehr wollte ich sagen, dass wir alle es uns nicht zu einfach machen dürfen. Bei allen Methoden, die wir anwenden, müssen wir genau abwägen zwischen dem Schutz der Gesundheit und dem, was man damit möglicherweise der Psyche der Kinder antut. Um nichts anderes als diese präzise Abwägung ging es mir – das

wollte ich zwischen uns Demokraten noch einmal betonen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür kämpfen und arbeiten, die Chancen für Kinder und Familien und die Bildungsansprüche unseres Landes auch in Pandemiezeiten hochzuhalten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister, deutliche Formulierungen in einer parlamentarischen Debatte sind durchaus üblich, und dagegen habe ich bzw. hat das Präsidium auch nichts. Aber den Begriff, den Sie gewählt haben, um eine Fraktion zu kennzeichnen, bitte ich in Zukunft zu unterlassen, ansonsten müssten wir als Präsidium das rügen.

Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3.

(Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13066. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? –

(Josefine Paul [GRÜNE]: Entschuldigung, wir haben geschlafen!)

Es gibt keine Stimmenthaltungen. Dann muss ich die Ja-Stimmen wohl noch einmal abfragen. – Das war die SPD-Fraktion. Zustimmung will auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Nein-Stimmen waren bei CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Es gab keine Enthaltungen. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/13066** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13067. Auch hier wurde eine direkte Abstimmung beantragt. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Nein-Stimmen? – Bei der CDU-, der FDP- und der AfD-Fraktion. Gibt es hier Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Antrag Drucksache 17/13067** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/13184. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die antrag-

stellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13184** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir sind damit am Ende von Tagesordnungspunkt 3 angelangt.

Ich rufe auf:

4 Abschlussbericht der Enquetekommission „Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission II)

Abschlussbericht
der Enquetekommission II
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/12900

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3792

Dem Vorsitzenden der Enquetekommission II, dem Herrn Kollegen Abgeordneten Stefan Engstfeld, erteile ich hiermit das Wort zur mündlichen Berichterstattung, bevor wir dann in die Aussprache eintreten.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist er nun, der Abschlussbericht der Enquetekommission „Brexit“.

(Der Redner hält den Abschlussbericht hoch.)

In diesen 349 Seiten stecken zwei Jahre intensive Arbeit, 29 Sitzungen der Kommission, sieben öffentliche Anhörungen, drei Gutachten, 51 schriftliche Stellungnahmen, eine Klausurtagung und eine zweitägige Delegationsreise nach Brüssel.

Mit dem vorliegenden Abschlussbericht ist die Enquetekommission ihrem Auftrag nachgekommen, die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auf Nordrhein-Westfalen in all seiner Komplexität zu untersuchen und auf dieser Grundlage Empfehlungen für zukünftiges Handeln auszusprechen.

Bevor ich weiter ausführe, möchte ich zuerst allen, die am Enquetebericht mitgewirkt haben, meinen Dank aussprechen. Ich bedanke mich herzlich für den konstruktiven Diskurs und den fairen Umgang unter allen Fraktionen bei den Kolleginnen und Kollegen, die als Mitglieder in der Kommission mitgewirkt haben. Ganz besonders danke ich dem stell-

vertretenden Vorsitzenden Ulrich Reuter aus den Reihen der FDP-Fraktion sowie den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, namentlich Raphael Tigges für die CDU-Fraktion, Susana dos Santos Herrmann für die SPD-Fraktion, Rainer Matheisen für die FDP-Fraktion und Dr. Martin Vincenz von der AfD.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim „Maschinenraum“ der Kommission, bei den Referentinnen und Referenten der Fraktionen für die geleistete Arbeit. Denn ohne die Referentinnen und Referenten, ohne ihr Wissen, ihr Engagement, ihren Fleiß wäre das alles so nicht möglich gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

– Gerne Applaus. Ich bedanke mich außerordentlich beim Kommissionssekretariat der Landtagsverwaltung, namentlich Frau Bente Schneider-Pott und Herrn Mert Karaoglan für all die Unterstützung, die wir vom Parlament erhalten haben. Das war ganz hervorragend. Das ist wirklich einen Applaus wert.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ganz herzlichen Dank auch an das Verbindungsbüro des Landtags in Brüssel, an Herrn Tom Odebrecht. Mein großer Dank an alle Sachverständigen, die intensiv in der Enquetekommission mitgearbeitet haben, namentlich Dr. Ralf Mittelstädt, der von der CDU-Fraktion benannt wurde, Prof. Dr. René Repasi, der von der SPD-Fraktion benannt wurde, Peter Brock, der von der FDP-Fraktion benannt wurde, sowie Dr. Daniel Schade, der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt wurde. Sie haben uns mit Ihrer hohen Expertise wirklich befruchtet. Sie haben uns tatkräftig unterstützt, und Sie haben wesentlich mit dafür gesorgt, dass die Qualität immer stimmte. Ganz herzlichen Dank dafür.

Ich bedanke mich ebenfalls für die Begleitung und Unterstützung durch die Landesregierung. Die Landesregierung war bei den Sitzungen der Kommission immer vertreten und hat regelmäßig als ersten Tagesordnungspunkt in den Kommissionssitzungen über die neuesten Entwicklungen berichtet und konnte im Gegenzug während unserer Sitzung das Erfahrene und Gehörte für ihre Arbeit mitnehmen. Wir, die Exekutive und Legislative, haben dadurch beim Thema „Brexit“ gute Synergieeffekte in unser beider Wirken erzielt, und das war sicherlich sehr sinnvoll.

Großer Dank auch an die NRW-Landesvertretung in Brüssel für ihre Unterstützung und Begleitung der Delegationsreise, ebenso mein Dank an alle externen Gäste, Gutachterinnen und Gutachter und all diejenigen, die sich eingebracht haben und für Gespräche zur Verfügung standen. Dieser Input war für unsere Arbeit unabdingbar und äußerst wertvoll.

Nicht zuletzt bedanke ich mich beim in Düsseldorf ansässigen Generalkonsul des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Herrn Rafe Courage, sowie dem ganzen Generalkonsulat und der Botschaft in Berlin für die Unterstützung und die Begleitung. Thank you very much, auch für die Ausgestaltung des neuen Projekts „Friendship 2.0“. Das ist auch noch mal einen Abschlussapplaus wert.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der FDP und Regina Kopp-Herr [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um Mitternacht des 31. Januar 2020 verließ das Vereinigte Königreich als erstes Land der Geschichte die Europäische Union. Ich war zu dem Zeitpunkt in London, habe am Parlament gestanden und mir selber ein Bild gemacht. Der sogenannte „Brexit day“ war wirklich ein historischer Moment. Mit Vollzug des Austritts im Sinne von Art. 50 des EU-Vertrages hat sich der Status des Vereinigten Königreiches und Nordirlands vom EU-Mitgliedsland zum Drittstaat geändert.

Zur Analyse der Auswirkungen auf unser Bundesland hat der Landtag im Oktober 2018 auf Antrag der Grünen-Fraktion einstimmig diese Enquetekommission eingesetzt. Damit setzte der Landtag Nordrhein-Westfalen ein nach dem Referendum im Vereinigten Königreich ergangenen Aufruf der Europäischen Kommission in die Tat um, um sich auf die mannigfaltigen Folgen des Brexits vorzubereiten. Dies im Rahmen einer Enquetekommission zu tun, bot die Möglichkeit, die Auswirkungen außerhalb des Rahmens der Tagespolitik zu betrachten und so ein möglichst detailliertes und akkurates Bild der zu erwartenden Folgen und Handlungsoptionen zu zeichnen.

Allerdings waren wir während der ganzen Kommissionszeit mit dieser hohen tagespolitischen Dynamik, die der Prozess des Brexits halt mit sich bringt, konfrontiert. Der Umgang mit der Unsicherheit über ausstehende Entscheidungen und die sich wiederholenden Verschiebungen aufgrund von politischen Entwicklungen waren in den letzten beiden Jahren ein ständiger Begleiter dieses Gremiums. Es galt stets, die zahlreichen Entwicklungen mitzuverfolgen und abzubilden, um daraus sich verändernde Entwicklungschancen, Anpassungen und erforderliche Weichenstellungen für unser Bundesland herauszuarbeiten.

Wir haben die ganze Zeit über verschiedene Austrittsszenarien betrachtet, um genauer zu sein: betrachten müssen. Wir haben deswegen mit dieser Kommission nicht nur historisches Neuland betreten, sondern auch parlamentarisches. Denn ich kenne keine Enquetekommission, die mit so einer Dualität, also einerseits außerhalb der Tagespolitik arbeiten zu sollen und zu können, andererseits ständig mit tagespolitischen Ereignissen konfrontiert zu sein, gearbeitet hat.

Alleine der Landtag, dieses Parlament, hat sich während unserer Kommissionszeit parallel in 13 Kleinen Anfragen, 15 Anträgen, in acht Aktuellen Stunden und einem Gesetz, dem Brexit-Übergangsgesetz, und in vielen Sitzungen der Fachausschüsse mit dem Thema „Brexit“ beschäftigt. Ich denke, das ist in der Tat einzigartig. Aber diesen Spagat haben wir alle gemeinsam sehr gut hinbekommen.

Auch gibt es kein anderes Landesparlament in Deutschland, das sich mit dem Thema „Brexit“ und seinen Folgen so intensiv auseinandergesetzt hat. Da haben wir ein Alleinstellungsmerkmal mit unserer Arbeit.

Wir haben mit unserer Arbeit auch gezeigt, dass dieses Parlament fähig und in der Lage ist, im politischen Mehr-Ebenen-System der Europäischen Union zu arbeiten. Ich hoffe, dass unsere Arbeit auch einen Beitrag dazu geleistet hat, den Landtag von Nordrhein-Westfalen noch weiter zu europäisieren und zu internationalisieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse des Berichts geben dem Land und ihren Behörden Anhaltspunkte mit, wie und mit welchen Mitteln es auf die Folgen reagieren sollte, um die Betroffenheit zu minimieren und die Beziehungen zum Vereinigten Königreich aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar zu stärken.

So konnten wir im Bericht nachzeichnen, dass die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Regionen besonders eng ausgestaltet sind. Dies ist natürlich nicht zuletzt Ausdruck der besonderen Rolle des Vereinigten Königreichs bei der Gründung dieses Bundeslandes, aber auch ein Resultat der in Teilen komplementären Wirtschaftsstrukturen und der engen sowie vielfältigen zivilgesellschaftlichen Verbindungen.

Der Brexit und die ausgehaltenen Regelungen zum Vereinigten Königreich treffen Nordrhein-Westfalen somit in besonderem Maße. Wir sind, um es klar zu sagen, das „britischste“ Bundesland aller Bundesländer. Auch wenn das Land NRW selbst kein aktiver Verhandlungspartner beim Brexitprozess war, verfügt das Land über verschiedene Kommunikationskanäle und Instrumente, um seine Interessen auf europäischer Ebene zu vermitteln und auf Entscheidungsprozesse einzuwirken.

Diese Möglichkeiten der politischen Teilhabe umfassen Handlungsempfehlungen, die sich auf den europäischen Binnenmarkt beziehen, wie zum Beispiel der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen, der Durchsetzung des Level Playing Fields, aber auch die Kooperationen in Strafsachen und in justiziellen Angelegenheiten. Nichtsdestotrotz muss festgestellt

werden, dass in diesen Bereichen eine starke Betroffenheit im Gegensatz zu vergleichsweise geringen Handlungsmöglichkeiten herrscht.

Allerdings verfügt das Land Nordrhein-Westfalen insbesondere in Bereichen, die nicht primär über die Binnenmarktregelung definiert werden, sowie auf der gesellschaftlichen Ebene über großen Handlungsspielraum, um die Brexitfolgen abzufedern. Dies betrifft vor allem Handlungsempfehlungen, die standortpolitische Maßnahmen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zivilgesellschaftliche Projekte oder administrative Veränderungsprozesse vorschlagen. Die Einflusskompetenzen des Landes sind in dieser Hinsicht im Rahmen des Föderalismus deutlich definiert.

Insgesamt setzt sich die Enquetekommission dafür ein, dass der Brexit und die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich keinen Abbruch der bestehenden Verbindungen auf allen Ebenen bedeuten dürfen.

Nach dem Verlust der Programme Erasmus+ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ schlägt die Kommission vor, mit neuen Projekten Begegnungen und interkulturelles Verständnis zu fördern, bestehende Austauschformate zu erhalten und die Zusammenarbeit auf binationaler Ebene zu stärken. Konkret wird die Einrichtung eines deutsch-britischen Jugendwerks empfohlen. Hinzu kommen Maßnahmen, die der Landtag initiieren kann, wie zum Beispiel ein parlamentarisches Europastipendium.

Nicht zuletzt sind die Einbürgerungszahlen von Britinnen und Briten in NRW seit dem Referendum signifikant gestiegen. Dies stellt ein wichtiges Potenzial für das Land und seine Kommunen dar, welches für die Initiierung und Aufrechterhaltung neuer Verbindungen beispielsweise über ein Botschafter*innenprogramm genutzt werden kann.

Eine weitere Empfehlung ist der verstärkte Einsatz der englischen Sprache als behördliche Verwaltungssprache sowie Lehrsprache im Hochschulbereich.

Um dem Verlust der Personenfreizügigkeit entgegenzuwirken, schlägt die Kommission zudem die Etablierung einer Direktverbindung, einer Schienenfernverkehrslinie zwischen London und Köln, vor.

Die Handlungsempfehlungen zur wirtschaftlichen Kooperation orientieren sich mehrheitlich am Szenario eines harten Brexits und unregelter zukünftiger Beziehungen, da zum Zeitpunkt des Verfassens noch keine endgültige Rechtssicherheit herrschte. Auch das Ende letzten Jahres uns unter den Weihnachtsbaum gelegte beschlossene Handels- und Kooperationsabkommen kommt in manchen Regelungsbereichen einem harten Brexit doch sehr nahe.

Im Warenhandel entstehen dem Handels- und Kooperationsabkommen zufolge zwar keine tarifären

Hemmnisse, sofern die europäischen Ursprungsregeln garantiert sind, aber die Kommission rechnet vereinzelt mit Einschränkungen, zum Beispiel durch nichttarifäre Handelshemmnisse und den Verlust der Dienstleistungsfreiheit. Dies kann für Nordrhein-Westfalen aber auch eine Chance bedeuten, weil das Land ein interessanter Standort für den Finanz- und Versicherungssektor ist.

Gerade der Bereich der Bildung und der Forschung ist durch die EU-Mitgliedschaft in besonderer Weise beeinflusst worden. So ermöglichen EU-Programme etwa die Durchführung wichtiger Austauschprogramme oder befördern sogar die Zusammenarbeit von Bildungsträgern insbesondere in der Hochschulbildung und in der Forschung. Viele Forschungsprojekte an Hochschulen bei uns in Nordrhein-Westfalen mit Partnern im Vereinigten Königreich wären ohne EU-Förderung nicht zustande gekommen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass das Modell der strategischen Partnerschaft, wie es bisher für Kooperationen mit Hochschulen außerhalb der Europäischen Union üblich ist, die Möglichkeit bietet, passgenaue individuelle und vertrauensvolle Partnerschaften zwischen einzelnen nordrhein-westfälischen und britischen Hochschulen zu stabilisieren und zu fördern.

Durch den Brexit entsteht auch ein erhöhter Beratungsbedarf für den musealen und kulturellen Austausch. Daher empfiehlt die Enquetekommission eine Befragung der betroffenen Akteure und ergebnisabhängig eine Ausweitung des entsprechenden Angebots im NRW KULTURsekretariat, um den internationalen kulturellen Austausch für alle Bevölkerungsgruppen zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Enquetekommission ist sich bewusst, dass dieser Bericht nur eine Momentaufnahme sein kann. Der Brexitprozess ist trotz des Handels- und Kooperationsabkommens, das ja immer noch nicht ratifiziert ist, noch nicht abgeschlossen. Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und seinem ehemaligen Mitglied, zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen wird sich voraussichtlich noch über viele Jahre hinziehen.

Die Enquetekommission hat mit ihrer Arbeit eine Grundlage für politisches Handeln und die Anpassung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure erarbeitet, um die Langzeitfolgen des Brexits so gut wie irgend möglich abzufedern.

Dieser Bericht schließt ab mit der Erkenntnis, dass der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union ein großer Verlust ist, sowohl für die Britinnen und Briten als auch für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Er zeigt auf, dass die Errungenschaften der europäischen Einigung, so selbstverständlich sie das Alltagsleben der

Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen verbessert haben, nicht selbstverständlich im Bewusstsein der Menschen sind und das Einigungsprojekt der Europäischen Union fragil ist.

Für die Errungenschaften Europas zu werben, für die Europäische Einigung einzutreten und die Europäische Union zum Vorteil der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger weiter voranzutreiben, ist für die Enquetekommission die zentrale Lehre des Brexits. – Ich danke für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. Nachdem Sie allen, die beteiligt waren und mitgewirkt haben, so umfangreich gedankt haben, will ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses dafür danken, dass Sie den Kommissionsvorsitz übernommen haben und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen und den Sachverständigen einen anstrengenden Arbeitsprozess zu einem guten Ergebnis und einem wunderbaren Bericht gebracht haben, den Sie uns eben dargestellt haben. Herzlichen Dank Ihnen allen!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, Sven Werner Tritschler [AfD] und Christian Loose [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kennen wir den Bericht und kommen zur Aussprache über den Bericht. Als Erster hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Tigges das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Brexit, liebe Kolleginnen und Kollegen, war über die letzten Jahre häufig das Topthema in den Nachrichten. 2013 haben wir noch weitestgehend unbeeindruckt die Ankündigung eines Referendums durch David Cameron zur Kenntnis genommen und riefen uns dann aber spätestens im Juni 2016 ungläubig die Augen, als die Abstimmung über einen Brexit eine denkbar knappe Mehrheit von 51,9 % fand.

Wir beobachteten in der Folge oftmals genervt – kann man schon fast sagen – das zähe Ringen der Staatschefs und der Unterhändler um einen Austrittsvertrag, ohne vielleicht schon zu realisieren, was da auf uns zukommen mag. Eher belustigt verfolgten wir die ebenso turbulenten wie tradierten Debatten im britischen Unterhaus, wovon uns besonders Speaker John Bercow und seine markanten „Order“-Rufe in Erinnerung bleiben.

Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union war geprägt von wechselhaften Entwicklungen und Stimmungslagen. Davon war auch die zweijährige Arbeit unserer Enquetekommission geprägt, die sich immer wieder auf neue, tages-

aktuelle Entscheidungen und Ereignisse einstellen musste.

Aber nach mehrfachen Verschiebungen wurde dann tatsächlich der Brexit am 31.01.2020 Realität und mündete in eine Übergangsphase bis zum Jahresende 2020 voll Unsicherheit für Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Kaum einer hatte noch damit gerechnet, dass es dann an Heiligabend im letzten Jahr noch zu einer Einigung kommen würde über ein Handelsabkommen, welches zumindest die schlimmsten Befürchtungen noch abwenden konnte. Aber der Vorsitzende der Enquete Stefan Engstfeld hat es gerade gesagt: Es steht zur Ratifizierung noch ein Austrittsabkommen an. Insofern bleibt ein Restrisiko eines harten Brexits.

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zutiefst bedauern, ist doch gerade unser Bundesland dem Vereinigten Königreich seit Ende des Zweiten Weltkrieges in besonderer Weise eng und freundschaftlich verbunden.

Nicht nur deshalb war die Einberufung dieser Enquetekommission richtig. Denn bereits jetzt zeigen sich erste Folgen des Brexits, insbesondere für die Wirtschaft. So berichtete der Logistikverband Road Haulage Association, dass die Exporte aus dem VK in die EU und umgekehrt im Januar im Vergleich zum Vormonat schon deutlich eingebrochen sind. Natürlich muss man hier auch die Auswirkungen der Coronapandemie auf den Handel berücksichtigen, aber hauptsächliche Ursachen liegen in neuen Zollformalitäten und Kontrollen.

Der Brexit darf nicht das Ende, sondern er muss ein neuer Anfang für unsere gemeinsamen Beziehungen sein, meine Damen und Herren. Mit dem Abschlussbericht legen wir nun 127 gemeinsam erarbeitete Handlungsempfehlungen vor, um diese Beziehung auf neue Beine zu stellen.

Dabei haben wir nicht, wie die SPD es hin und wieder mal forderte, die Gründe des Brexits tief analysiert, sondern wir haben versucht, den Blick nach vorne zu richten und ein möglichst umfassendes Bild der Folgen des Brexits für Nordrhein-Westfalen zu skizzieren.

Besonderes Anliegen der CDU-Fraktion war es, unser gesellschaftliches Miteinander, persönliche Begegnungen, Freundschaften und Austausch weiter zu ermöglichen. Gerade bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit wollen wir, nein, müssen wir sogar bei Bürgerinnen und Bürgern weiter für vertrauensvolle und enge Beziehungen werben, insbesondere bei jungen Leuten. Ich denke hier besonders an die vielen Städte-, Vereins- und Schulpartnerschaften oder auch an die Kooperationen unserer Hochschulen.

Mit Blick auf den universitären Bereich lassen sich momentan die Auswirkungen des Brexits auf Studium, Lehre und Forschung noch nicht endgültig absehen; so viel steht aber fest: Das Studieren an britischen Hochschulen wird teurer und unattraktiver. Hier müssen wir gemeinsam versuchen, Brücken zu bauen.

Der CDU-Fraktion ging es selbstverständlich auch darum, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und NRW auf eine solide und zukunftsfähige Grundlage zu stellen, unseren Unternehmen Chancen aufzuzeigen und Hilfestellung zu geben. Daher befassen sich nicht wenige unserer Handlungsempfehlungen mit den wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen, der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt.

Auch möchten und müssen wir gemeinsam regionale Strategien für Unternehmensansiedlungen und für Dialog- und Netzwerkstrukturen schaffen, um bürokratische Hürden abzubauen. Das ist unser Ziel; das haben wir hier auch verfolgt.

Zum Ende meiner Rede möchte ich unseren Sachverständigen in der Enquetekommission danken, die uns immer wieder wertvolle Impulse von außen mitgegeben haben.

Mein Dank gilt genauso auch dem Kommissionssekretariat der Landtagsverwaltung, den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen sowie unseren Fraktionsreferenten für die konstruktive und überparteiliche Zusammenarbeit.

Ich möchte mit einem Zitat von Oscar Wilde schließen, das es meiner Meinung nach zum Abschluss der Arbeit in der Enquetekommission, vielleicht aber auch zur zukünftigen Zusammenarbeit der beiden Länder ganz gut auf den Punkt bringt: Everything is going to be fine in the end. If it's not fine, it's not the end. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tigges, auch für den Ausblick durch das Zitat am Ende. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zu Beginn herzlich bei allen Beteiligten für die wirklich sehr konstruktive Zusammenarbeit in der Enquetekommission bedanken.

Wir waren uns bei Grundsätzlichem oft einig. Manchmal haben wir lange gerungen, um tragfähige Kompromisse zu finden, die diese Wahlperiode überstehen und in die Zukunft hineinwirken. Genau so soll es, finde ich, aber auch sein.

Unsere Arbeit fand unter wahrlich historischen Rahmenbedingungen statt: Am Tag der ersten Arbeitssitzung kämpfte Theresa May um ihr Amt als Premierministerin. Heute, am Tag der Vorlage unseres Berichts, streiten EU und Vereinigtes Königreich um die Regeln für den Im- und Export von Impfstoffen.

Dass es wenige Monate nach dem Ende der Übergangszeit im gemeinsamen Markt um derart existenzielle Fragen gehen würde, war nicht vorhersehbar. Dass Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit leiden würden, war aber von Anfang an klar.

So hat die SPD-Fraktion über die gesamten zwei Jahre der Kommissionsarbeit hinweg immer wieder darauf gepocht, das für ein Bundesland Mögliche zu tun, um für die zukünftige Zusammenarbeit faire und verbindliche Regeln und Standards zu vereinbaren bzw. unter neuen Rahmenbedingungen zu definieren – das sogenannte level playing field. Wir erleben gerade, wie wichtig, ja lebenswichtig das ist.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte eingehen, die der SPD-Fraktion bei der Arbeit in der Kommission besonders wichtig waren. Es beginnt mit einer Einordnung des Brexits: Das Referendum und das knappe Votum für den Austritt aus der EU kamen in einer extrem aufgeheizten politischen Stimmung zustande.

Unter dem Eindruck hoher Arbeitslosigkeit in den Industrieregionen Nordenglands, eines Sozialabbaus, eines marode gesparten Gesundheitswesens und einer populistischen und radikalisierten Rhetorik, die auch nicht vor Lügen zurückscheute, entschied sich eine Mehrheit der Bevölkerung für den Austritt aus der EU. Das war eine souveräne Entscheidung, ganz gewiss, aber leider keine gute; das zeigt sich gerade in diesen Tagen deutlich.

Der SPD-Fraktion ist es daher sehr wichtig, dass nicht ausgerechnet die Menschen in NRW, die es ohnehin nicht leicht haben, von den Folgen des Brexits besonders hart getroffen werden. Das gilt zum Beispiel für die rund 130.000 Beschäftigten, deren Arbeitsplätze an engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich hängen.

Sie sind der Hauptgrund für unsere Forderung nach einer guten Beratungsstruktur für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Solo-Selbstständige und freiberuflich arbeitende Menschen. Die Landesregierung hat sich aus unserer Sicht bisher nicht ausreichend darum gekümmert.

In der Kommission legen wir nun einen einstimmigen Vorschlag mit der Maßgabe vor, den Aufbau entsprechender Stellen bei den Industrie- und Handelskammern sowie dem Westdeutschen Handwerkskammertag zu unterstützen, damit Handel und Austausch nicht an fehlender Beratung scheitern. Dafür, dass das einstimmig gelungen ist, bedanke ich mich ausdrücklich bei den Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall von Frank Müller [SPD] und Volkan Baran [SPD])

Das gilt ebenso für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Kommunen, die ohne die Unterstützung des Erasmus+-Programms nun deutlich weniger Chancen auf Schul- und Studienaustausch in UK haben; Kollege Tigges hat es gerade ausgeführt.

Der Städtetag NRW sowie der Städte- und Gemeindebund haben uns hierzu mahnende Worte ins Stammbuch geschrieben: Gerade mit Blick auf wirtschaftlich schwächere junge Menschen, denen Chancen genommen werden, müssen wir sehr darauf achten, dass es einen Ausgleich gibt. Die Realisierung eines Jugendwerks unterstützen wir ausdrücklich und hoffen, dass es bald kommt.

(Beifall von der SPD und Raphael Tigges [CDU])

Die Interessen des Landes NRW standen auch in der Wissenschaftspolitik im Vordergrund. Seit Jahren mahnen wir die Landesregierung, die Hochschulen bei strategischen Partnerschaften mit Hochschulen im Vereinigten Königreich proaktiv zu unterstützen und dafür eigene Programme aufzulegen.

Das Interesse an Kooperation war vonseiten der Briten noch nie so hoch wie in den letzten Jahren; Berlin und die LMU in München haben es durch Kooperationsverträge vorgemacht.

Dieses Window of Opportunity hat sich allerdings geschlossen. Die Landesregierung hat es – bisher zumindest – nicht genutzt, sich lieber hinter der Freiheit der Wissenschaft versteckt und nicht gehandelt.

Niemand – auch wir nicht – will in die Hochschulautonomie eingreifen, doch wir wollen, dass das Land NRW proaktiv Hochschulpolitik zugunsten des Landes betreibt und unsere Hochschullandschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig macht.

(Beifall von der SPD)

Nach langer Diskussion haben wir konkrete Vorschläge für Forschungsk Kooperationen und weitere Formen der Zusammenarbeit mit britischen Hochschulen formuliert; das ist gut so. Die SPD-Fraktion fordert darüber hinaus ein strategisches Konzept mit klaren Zielsetzungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich zum Schluss für die SPD-Fraktion noch festhalten: Die Arbeit in der Enquetekommission war – ähnlich wie die Verhandlungen zu einem Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich – der Versuch der Quadratur des Kreises.

Es war gut und richtig, dass wir mit dem Worst Case, den Folgen eines harten Brexits, gerechnet und für diesen Fall – zu 100 % ist er ja auch noch nicht ausgeschlossen, auch das haben die Vorredner bereits dargestellt – ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Zwei Sätze noch, wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin. – ... Handlungsoptionen aufgezeigt haben.

So sind Vorschläge gelungen, die Nachteile des Brexits für NRW abzumildern und neue Perspektiven zu eröffnen. Uns muss aber klar sein, dass es mit Zöllen, Grenzkontrollen und rein nationaler Herangehensweise unter dem Strich für alle Beteiligten schlechter wird. Deshalb sagen wir für den Moment „Farewell UK“

(Vizepräsidentin Carina Gödecke räuspert sich.)

und hoffen auf ein „Welcome back“ in der Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, Stefan Engstfeld [GRÜNE] und Christian Mangan [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Reuter.

Ulrich Reuter (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Heute, nach etwas mehr als zwei Jahren, schließen wir die Arbeit der Brexit-Enquetekommission ab.

In dieser Zeit haben wir uns parallel zum präzedenzlosen Austritt eines Mitgliedsstaates aus der Europäischen Union damit befasst, wie Nordrhein-Westfalen in der Zukunft mit den Folgen umgehen soll und wie wir unsere Beziehung zum Vereinigten Königreich gestalten wollen.

Wie die meisten Mitglieder des Hohen Hauses bedaure ich nach wie vor den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Gleichzeitig glaube ich, dass wir mit unserem Bericht eine gute Grundlage geschaffen haben, um weiterhin unter neuen Bedingungen eng verbunden zu bleiben.

Für uns in Nordrhein-Westfalen ist das Vereinigte Königreich ein besonderer Partner: Nachdem britische Truppen uns im Zweiten Weltkrieg befreiten, gründete die britische Militärverwaltung im Jahr 1946 unser Land Nordrhein-Westfalen. Rund 25.000 Britinnen und Briten haben heute zwischen Rhein und Ruhr ihre Heimat.

Die Britischen Inseln bleiben auch nach dem Ende der EU-Mitgliedschaft in unserer unmittelbaren Umgebung. Wir erreichen das 600 km entfernte London in normalen Zeiten aus unserer Landeshauptstadt mit dem Zug oder dem Auto innerhalb von etwas mehr als sechseinhalb Stunden. By the way: Durch den Eurotunnel bleibt der Kontinent dauerhaft mit dem Vereinigten Königreich verbunden.

Die historische Verbundenheit unseres Landes definiert unsere Aufgabe, und die geografische Nähe ermöglicht sie. Die Aufgabe ist, den Kontakt zu halten. Ich meine hiermit nicht nur unsere zweifellos bedeutenden Wirtschaftsbeziehungen, die ihren Ausdruck im regen Handel sowie in den zahlreichen britischen Unternehmen, die sich in Nordrhein-Westfalen angesiedelt haben, finden; nein, ich denke hier in erster Linie an den Kontakt zwischen den Menschen in unserem Land sowie in England, Wales, Schottland und Nordirland.

Ich bin aus diesem Grunde besonders glücklich, dass wir in unserem Bericht einen der Schwerpunkte auf die Zivilgesellschaft und den Erhalt des Austauschs gelegt haben. Gerade, wenn wir nun nicht mehr institutionell in der Europäischen Union verbunden sind, ist es umso wichtiger, dass wir uns weiter gegenseitig verstehen.

Daher bedaure ich es sehr, dass Programme der Europäischen Union, die sich bewährt haben, nicht in den Vertrag über die zukünftigen Beziehungen aufgenommen worden sind. Ich denke hier besonders an das Austauschprogramm Erasmus oder das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, das die Zivilgesellschaften in der Europäischen Union darin unterstützt, gemeinsame Projekte durchzuführen.

Wir brauchen Mittel und Wege, damit die rund 400 Schulpartnerschaften, 150 Städtepartnerschaften und zahlreichen Kontakte zwischen den Hochschulen, der Forschung, der Kunst und der Kultur erhalten bleiben. Zu diesem Zweck empfehlen wir zahlreiche Maßnahmen; so schlagen wir vor:

- im Vereinigten Königreich das Verständnis über NRW zu verbessern und das Vereinigte Königreich mithilfe von Veranstaltungsformaten in Nordrhein-Westfalen zu würdigen,
- verschiedene Instrumente zu nutzen, die den zivilgesellschaftlichen Austausch bewahren und in der Zukunft ausbauen,
- die Akteure des Austauschs in NRW besser zu vernetzen, um Synergien zu nutzen,
- Möglichkeiten zu schaffen, damit Schülerinnen und Schüler, Auszubildende sowie Studierende weiterhin dazu in der Lage sind, einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren – insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung der englischen Sprache müssen wir das Zielland Großbritannien im Blick behalten –, sowie
- den parlamentarischen Austausch zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und den gesetzgebenden Instanzen im Vereinigten Königreich zu stärken.

Ich freue mich, dass wir in der Enquetekommission zwischen den Fraktionen über die großen Linien Einvernehmen hergestellt haben, auch wenn wir in

Detailfragen unterschiedlicher Auffassung waren, wie die Kollegin dos Santos Herrmann durchaus schon bemerkte.

Auch ich möchte zum guten Schluss den Kolleginnen und Kollegen sowie den Referentinnen und Referenten für die in den vergangenen zwei Jahren geleistete Arbeit danken. Ich denke, Sie werden mir alle zustimmen, dass wir mit dem vorliegenden Bericht gute Impulse für die künftigen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich gegeben haben.

Abschließend möchte ich die Aussage unseres Vorsitzenden, Stefan Engstfeld, im Vorwort unseres Berichts unterstreichen: Sollten sich unsere Freundinnen und Freunde im Vereinigten Königreich eines Tages dazu entschließen, in die Europäische Union zurückzukehren, werden wir sie mit offenen Armen empfangen.

Lieber Stefan, vielleicht begleite ich dich – sollte es je zu dieser Gelegenheit kommen – vor das Parlament in London. Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen wären hierzu ebenfalls bereit. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Reuter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Engstfeld, allerdings nicht als Vorsitzender der Enquetekommission, sondern als Sprecher seiner Fraktion.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reuter, so machen wir das. Mal gucken, wann das passiert, aber dann trommeln wir noch mal alle zusammen und fahren nach London vor das Parlament. Das tue ich sehr gerne.

Nach zwei Jahren Arbeit möchte ich auch in meiner Funktion als Sprecher der grünen Fraktion einen Dank an meinen Kollegen Johannes Rimmel aussprechen, der an der Kommission mitgewirkt hat.

Mein Dank geht natürlich auch an unseren wissenschaftlichen Referenten Niklas Graf, an Eva Wald-Striedelmeyer – früher Eva Weber – in der Sachbearbeitung.

Vor allen Dingen geht ein wirklich großer Dank an Dr. Daniel Schade, der als Experte, als Sachverständiger wirklich sehr hilfreich für unsre Arbeit war.

Mein Dank geht natürlich auch an mein Büro; wenn man Vorsitzender ist, bekommt das Büro doch ab und zu was ab. Sowohl Nils Kleibrink als auch Ina Besche-Krastl haben von Anfang an diese Kommis-

sionsarbeit begleitet. Insofern allen erst einmal einen herzlichen Dank.

Ich wollte gar keine der 127 Handlungsempfehlungen von unserer Seite nach vorne stellen. Ich meine, wir haben natürlich ein hohes fachliches Interesse in bestimmten Bereichen – das wird niemanden überraschen – wie Klimaschutz, Euratom, Verbraucherschutz und Weiteres.

Für uns Grüne war bei dieser Kommissionsarbeit aber das Wichtigste, dass es diese Kommission überhaupt gegeben hat, dass wir die politische Kraft und den Willen hatten, diese Kommission auf den Weg zu bringen, dass wir unseren Beitrag leisten konnten, damit sich Nordrhein-Westfalen, damit sich dieses Parlament intensiv mit dem Brexit beschäftigt, damit das nicht nur die Exekutive macht, sondern auch die Legislative, und dass wir hier Know-how aufgebaut und einen, finde ich, sehr guten Abschlussbericht hinbekommen haben.

Ich glaube, das ist unser grüner Beitrag; der erfreut mich sehr. Der ist europäisch. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Fraktion der AfD spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich vertrete in dieser Runde meinen Kollegen Herrn Dr. Vincentz, der sich krankheitsbedingt entschuldigen lässt – keine Angst, es ist nicht Corona – und der für meine Fraktion Teil der Enquetekommission „Brexit“ war.

In seinem Namen möchte ich mich ganz herzlich beim Vorsitzenden Stefan Engstfeld, bei den übrigen Mitgliedern der Kommission und natürlich auch bei den Mitarbeitern und Sachverständigen ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken.

In der Bewertung des Brexits besteht zwischen uns als AfD und den übrigen Parteien hier im Haus ein massiver Dissens. Einig sind wir uns allerdings darin, dass der Brexit Deutschland und NRW vor massive Herausforderungen stellt.

Die Briten haben sich in einem demokratischen Volksentscheid mehrheitlich und eindeutig für die Loslösung von der EU entschieden. Dies bedeutet aber keine Loslösung von Europa, auch nicht von Deutschland oder NRW: Wir sind weiterhin Handelspartner, Freunde und militärische Verbündete.

Die Altparteien haben geschlossen ablehnend und mit Unverständnis auf die Entscheidung reagiert. Wir haben es gerade gehört: Zum Beispiel Frau dos

Santos Herrmann hat es wohl immer noch nicht ganz verkraftet.

Freiheit ist aber eben eine britische Tradition; sie liegt den Briten im Blut. Schon in der EU haben sie sich einen gewissen Rest an Souveränität bewahrt: Sie lehnten eine immer engere Union ab, und sie waren nie Mitglied des Schengenraums, was ihnen die eine oder andere Unannehmlichkeit – Stichwort: Flüchtlingskrise – erspart hat. Auch in die Eurofalle sind sie übrigens nicht getappt.

Es ist noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen der Austritt von Großbritannien im Detail für Großbritannien selbst, für die EU, für Deutschland und letztlich auch für NRW hat oder noch haben wird, insbesondere weil derzeit vieles durch die Coronakrise überlagert wird.

Flüge werden eingestellt, der internationale Handel wird durch Grenzsicherungen und zusammenbrechende Lieferketten gehemmt. Probleme beim Schüler- und Studentenaustausch und bei Städtepartnerschaften, wie sie uns am Anfang noch beschäftigt haben, erscheinen daher derzeit eher nebensächlich.

Man kann sich aber gerade in puncto Corona auch einiges bei den Freunden in Großbritannien anschauen: Während in Deutschland nach fünf Monaten Dauerlockdown nächtliche Ausgangssperren eingeführt werden sollen, ist im konservativ regierten Großbritannien die Hälfte der Erwachsenen bereits geimpft; 2 Millionen haben sogar schon eine zweite Dosis erhalten. Großbritannien nutzt schließlich den selbst produzierten Impfstoff; hierzulande nennt man das dann bezeichnenderweise Impfnationalismus.

Ich – und, ich glaube, mit mir viele Deutsche – würden lieber von Impfnationalisten regiert als von EU-Besoffenen, die auf Zuteilung von Brüssel warten. Lassen Sie uns von den Briten lernen, lassen Sie uns Selbstbewusstsein und den aufrechten Gang zurückgewinnen, auch gegenüber Brüssel.

Der britische Premier Johnson verkündete, es gelte die Kunst der Behauptung gegenüber Staaten mit entgegengesetzten Werten wieder zu erlernen. Davon können sich die EU und insbesondere Deutschland ein Scheibchen abschneiden, nicht nur im Hinblick auf China, dessen geostrategische Bedeutung und auch Bedrohung Boris Johnson richtig identifiziert hat. Ich jedenfalls bin froh, dass Großbritannien sich als größter europäischer Beitragszahler weiterhin stark in der NATO engagiert.

Lassen Sie uns die richtigen Konsequenzen aus dem Brexit ziehen: Erkennen wir an, dass die EU mit ihrem Zentralismus ursächlich für den Brexit war. Die europäische Einigung war und ist ein vielversprechendes Projekt, aber besinnen wir uns eben auf die Gründerväter de Gaulle und Adenauer, die von einem Europa der Vaterländer träumten und nicht von einem Superstaat.

Der Brexit ist ein unübersehbares Symptom dafür, dass sich die Herrschenden in der EU längst von diesem Grundgedanken verabschiedet haben. Das ist ein Warnsignal, denn auch andere Völker, vor allem in Osteuropa, werden das nicht mehr lange mitmachen. Sie haben ihre Freiheit noch nicht so lange wie wir, wissen sie vielleicht deshalb auch noch etwas besser zu schätzen und werden sie jedenfalls nicht so leichtfertig abgeben, wie wir das manchmal tun.

Lassen Sie uns unsere eigene Freiheit und Souveränität in einem Europa guter Nachbarn neu entdecken; dann klappt es auch wieder mit den Briten, den Polen und den Ungarn. Die AfD jedenfalls wird genau für dieses Europa weiterhin kämpfen.

Weil ich jetzt, glaube ich, der Letzte bin – außer der Frau Präsidentin natürlich und falls nicht noch eine unqualifizierte Bemerkung von der Ministerbank kommt –, wünsche ich Ihnen frohe Ostern, Gottes Segen und viel Freude mit der Familie. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Es erschließt sich mir nicht so ganz, warum Sie von unqualifizierten Bemerkungen von der Ministerbank reden und dann auf eine leere Ministerbank zeigen.

(Beifall von der CDU und der SPD)

Abgesehen davon steht es weder der Landesregierung zu, Beiträge von Abgeordneten zu kritisieren,

(Andreas Keith [AfD]: Machen die doch andauernd!)

noch steht es Ihnen zu, umgekehrt abzuqualifizieren.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie sind auch nicht der letzte Redner, sondern Herr Kollege Engstfeld hat erneut das Wort.

(Andreas Keith [AfD]: So lächerlich! Nicht zu überbieten!)

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie beim Tagesordnungspunkt davor bin ich auch der Meinung, dass beim Thema „Brexit und Europa“ die AfD nicht das letzte Wort in diesem Haus haben sollte.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet – nach den Bemerkungen von Herrn Tritschler erst recht.

Ich möchte es nicht versäumen, Sie aufzurufen: Helfen Sie, die Ergebnisse dieses Berichts weiterzutragen. Helfen Sie mit, dass die Handlungsempfehlungen mit politischem Leben gefüllt werden.

Tragen Sie diesen Bericht an Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen weiter. Tragen Sie ihn in Ihre Parteienfamilien weiter, an die Bundestagsabgeordneten, an die Europaabgeordneten.

An die Sachverständigen gerichtet bitte ich Sie.

Tragen auch Sie ihn bitte mit in die Wissenschaft, tragen Sie ihn in die Zivilgesellschaft und in die Wirtschaft. Sorgen Sie dafür, dass dieser Bericht irgendwann anfängt, politisch zu leben.

Ich möchte es nicht versäumen, Sie alle ganz zum Schluss noch einmal ganz herzlich zu unserer heutigen digitalen Abschlussveranstaltung dieser Brexit-Enquetekommission ab 15 Uhr im Livestream, auf der Homepage des Landtags zu sehen, einzuladen. Es wird ein spannendes Programm. Dabei sind der Landtagspräsident André Kuper, der britische Generalkonsul Rafe Courage sowie der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales, Herr Dr. Holthoff-Pförtner.

Wir haben Liveschaltungen nach London und Brüssel, nach London zur ARD-Korrespondentin Annette Dittert und nach Brüssel zum ARD-Korrespondenten Markus Preiß. Die Sprecherinnen und Sprecher sowie Sachverständige stehen in einer Podiumsdiskussion auch noch zur Verfügung, also ab 15 Uhr auf www.landtag.nrw.de. Schauen Sie hinein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und eine schöne Osterzeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld, auch dafür, dass Sie noch mal auf die Veranstaltung, die traditionell zum Abschluss einer Enquetekommission gehört, aufmerksam gemacht haben.

Damit haben wir den Bericht der Enquetekommission II insgesamt zur Kenntnis genommen. Die Debatten dazu müssen nicht automatisch enden, aber sie enden für heute hier im Plenarsaal, denn wir sind am Ende unserer heutigen Plenarsitzung angekommen.

Bevor ich die Sitzung endgültig schließe, darf ich Ihnen im Namen des Präsidiums wunderbare Ostertage wünschen. Wir möchten Sie daran erinnern, dass es gut ist, Regeln einzuhalten, insbesondere wenn es der eigenen Gesundheit, der Ihrer Familie und Ihrer – jetzt hätte ich fast gesagt – Freunde und Bekannten dient. Das tut es auch, aber treffen Sie die bitte möglichst auch nur im Chat oder mit Abstand.

Bleiben Sie alle gesund, damit wir uns hier in mehr als 14 Tagen alle wiedertreffen können. Ich wünsche Ihnen eine wunderbare Osterzeit und gute Erholung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:56 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.